

RotFuchs

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Mitgegangen Mitgefangen Mitgehangen

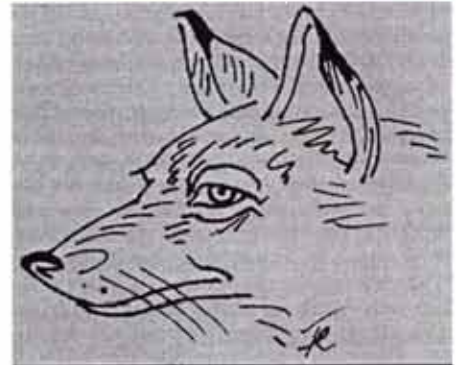
Während USA-Präsident George W. Bush, der zu einem 20stündigen Treffen mit 10000 bundesdeutschen Polizisten nach Berlin gekommen war, im Reichstag seine von Pomp und Gloria begleitete „historische“ Rede hielt, vollbrachten drei beherrschte PDS-Abgeordnete – Ulla Jelpke, Heidi Lippmann und Winfried Wolf – eine Tat, die in die Geschichte eingehen wird. Vor der Kulisse einer durch ihre Vorturner zu feigem Schweigen verpflichteten und daher in „parlamentarischer Körpersprache“ stumm verharrenden PDS-Fraktion entrollten die drei Parlamentarier, die keine Parlamentäre sein wollten, ein Spruchband, das Bushs und Schröders Kriege an den Pranger stellte. Ein sofort hinzuspringender Bundestagslakai entriß ihnen zwar die Antikriegslosung, doch die fünf Sekunden genühten den Fotografen, um jene Bilder zu schießen, die dann in Windeseile um die Welt gingen. In dem selben Bau, in dem einst Karl Liebknecht den Schmähungen der Kaisertreuen aus allen Lagern, einschließlich des eigenen, die Stirn geboten und den Kriegsbesessenen sein NEIN entgegengeschleudert hatte, wurde den Regisseuren der Bekundung uneingeschränkter Solidarität mit Amerika die Suppe versalzen. Roland Claus, der eifertigste und widerwärtigste unter den Tempelwächtern der PDS-Führung, diente sich einmal mehr der bourgeoisen Obrigkeit als Speichellecker an. Er habe sich bei Bush entschuldigt und diesem gesagt, daß er das Transparent (Mr. Bush! Mr. Schröder! Stop Your Wars!) sehr bedauere. Es habe „die Fraktion in Mißkredit gebracht“. Wolfgang Gehrcke, der sich sonst gerne als weiser Marabu in Friedensangelegenheiten ausgiebt, fand den Vorfall „ärglich“. Daß auch Petra Pau in die gleiche Kerbe schlug, versteht sich von selbst. Anlässlich Bushs als Staatsbesuch ausgegebener Inspektion der im Hochsicherheitstrakt Berlin zusammengezogenen Polizeikohorten – sie waren bei der bravourösen Abschirmung auch des letzten Gullilochs in der City von preußisch-deutscher Einmaligkeit – haben mehr als hunderttausend Menschen ihre Abscheu gegen die Politik des „klugen“ und „hochgebildeten“ Gastes aus Texas demonstriert. Dabei standen unzählige PDS-Genossen – neben Kommunisten und Sozialisten aus anderen Parteien, Gewerkschaftern, parteilosen Antimperialisten, Vertretern der Friedensbewegung und ATTAC-Anhängern – in den vordersten Reihen. Sie hatten sich durch das Geschwätz der Medien, die Kundgebungen seien antiamerikanisch, nicht blaffen lassen,

sen, und waren gegen den mörderischen Kurs der Vereinigten Staaten auf die Straße gegangen.

Ein Prominenter, der sonst keine Gelegenheit ausläßt, sich zur Schau zu stellen, fehlte diesmal allerdings. Nach seinem Gregorianischen Kalender sei er am 21. Mai durchs Amtieren verhindert, deutete Gysi zunächst vornehm an. Dann aber kam die ganze politische Schweinerei an den Tag. Die drei Berliner PDS-Senatoren hatten nämlich am 7. Mai gemeinsam mit ihren sozialdemokratischen Chefs einen neuen fabelhaften Text unterzeichnet, der die berühmte Präambel zum Koalitionsvertrag noch in den Schatten stellte. „Die Dankbarkeit für den Einsatz der Amerikaner ... bei der Verteidigung der Freiheit unserer Stadt ist unverändert hoch“, bekundeten auch Gregor Gysi, Thomas Flierl und Heidi Knaake-Werner. Gemeint war die Verteidigung der imperialistischen Frontstadt samt ihrer 80 Geheimdienste gegen den „Kommunismus“. Und auch das unterschrieben die wackeren Genossen: „Der Senat steht in dieser Tradition der besonderen Beziehung Berlins zu den Vereinigten Staaten und bekennt sich zur Freundschaft und zur Partnerschaft mit dem amerikanischen Volk und seinen Repräsentanten.“ Akzent auf Repräsentanten! Mit anderen Worten: Gysi sieht in Bush, der mit Tricks ins Amt gehievt wurde und nur 25 Prozent der amerikanischen Wähler vertritt, einen Freund. Sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, wer du bist!

Warum die PDS-Senatoren solche Unterwürfigkeitsbekundungen abzuliefern haben, verdeutlichte Roland Claus in vertrauter Plumpheit. „Durch die öffentliche Belastung der Berliner Koalition ist den Senatoren quasi das Selbstbestimmungsrecht ... entzogen worden“, verkündete der stromlinienförmige Karrierist an der Spitze der PDS-Fraktion am 18. Mai im ND. Und Gysi setzte noch eins drauf: „Ich wundere mich, wie gering inzwischen bei einigen in meiner Partei das Verständnis für Arbeitsteilung ist. Man kann nicht Leute verheizen und ihnen ständig demonstrative Bekenntnisse abverlangen“. (ND 21. 5.) Damit hat der linkspopulistische Showmaster den Nagel auf den Kopf getroffen: Die PDS wird in der Koalition mit der SPD regelrecht verheizt. Denn: Wer mit Schröders Leuten gemeinsame Sache macht, muß sich darüber im klaren sein: Mitgegangen – Mitgefangen – Mitgehangen. Schon die nächsten Berliner Wahlen werden's zeigen.

Klaus Steiniger



INHALT

Gotteskrieger und Gotteslästerer	S. 2
Den Teufel mit dem Belzebub austreiben?	S. 3
Bei Gisela Steineckert zu Gast	S. 4
P.E.N. schloß Erich Köhler aus	S. 5
Aus meiner Sicht	S. 6
Geheimdienstler decken Karten auf	S. 7
Dank und Ehre	S. 7
Die Rückkehr der Junker	S. 8
Kriminalitätsbelastung in DDR und BRD	S. 9
Prämie für Piraten	S. 9
Zur Phrase vom „Volksstaat“	S. 10
Der „RotFuchs“ an der Waterkant	S. 11
Kur Franke strahlte Wärme aus	S. 11
Ein Brief aus dem Militärknast	S. 12
Pflöcke, die den Weg markieren	S. 12
Schuppenstädte am Frankfurter Tor	S. 13
Pietistenmoral	S. 13
Dehm in Togliattis Toga	S. 14
Wie „Neues Deutschland“ einen Star-Kolumnisten verlor	S. 14
Eine bemerkenswerte Rede	S. 15
Verwirrspiel	S. 15
Vom Versager zum Verräter	S. 16
Trampelnde Elefantenherde	S. 17
Einladung zum Nachdenken	S. 17
Der beleidigte CSU-Kandidat	S. 18
Trauerbonus für Pim Fortuyn	S. 18
Die Terroristen der Legion Condor	S. 19
Rigas ethnische Säuberungen	S. 20
Reinigendes Gewitter?	S. 21
Die Enkel der Dschungelpartisanen	S. 22
Freispruch im Clabecq-Prozeß	S. 22
Herostraten-Taten	S. 23
Drohgebärde gegen Cuba	S. 23
¡Presente!	S. 24
Leserbriele	S. 25
Termine & Anzeigen	S. 28

Über Bushs „monumentalen Kampf zwischen Gut und Böse“

Gotteskrieger und Gotteslästerer

Seit der schweren – wie wir hoffen nicht unumkehrbaren – Niederlage des sozialistischen Lagers steht die Menschheit vor einem Abgrund an Terror und Leid, in den der vorläufige Siegeszug des Kapitals weite Territorien unserer bewohnten Erde hineinziehen wird. Gegenwärtig starren viele Menschen immer noch wie gebannt auf jene schlimme Tat vom 11. 9. 2001, die von der USA-Administration als willkommener Vorwand zur Durchsetzung ihrer weltweiten Hegemonialpolitik benutzt wird. Der zu verurteilende Massenmord an den Menschen in den beiden Handelstürmen, der – wie Eingeweihte inzwischen verlauten ließen – vielleicht sogar mit Wissen oder gar Billigung der US-Geheimdienste durchgeführt wurde, soll angeblich eine völlig neue Wertsituation geschaffen haben. Doch wirklich neu daran ist eine einzige Tatsache: daß dieser Anschlag diesmal die unverwundbar geglaubte Hauptmacht selber traf. Das verletzte Selbstwertgefühl der manipulierten Massen in jener sieggewohnten Supernation macht es ihren herrschenden Kreisen leicht, Schuldzuweisungen an eine imaginäre Macht des Bösen zu richten und unliebsame Staaten wie ihre Führer nach Belieben zu „Schurken“ zu erklären: Iran, Irak und Nordkorea ...

USA-Präsident George W. Bush, der sich wohl als Christ verstehen möchte, sprach kurz nach einem Gottesdienst in Washington, bei dem im donnernden Gleichschritt Militärfahrten zum Altar gebracht wurden, von einem „monumentalen Kampf zwischen Gut und Böse“, den er nun zu führen gedenkt.

Es muß daran erinnert werden, daß er sich damit zwar des Beifalls all jener sicher sein kann, die nun von Rachegefühlen erfüllt sind, aber daß er sich damit zu Recht weder auf Gott noch auf die Bibel berufen kann. Der Spaltungsirrsinn, die Menschen in angeblich „gute“ und angeblich „böse“ aufteilen zu wollen, ist nämlich seit den Tagen des biblischen Urvaters Noah hinfällig. Selbst wenn die Sintflutgeschichte von Theologen und Historikern als eine mythische Erzählung über eine von zahlreichen menschheitlichen Katastrophen eingeordnet werden muß, enthält sie dennoch eine rationale ethische Kernaussage: Seit her kann Gott nicht mehr vorgestellt werden als Rächer böser Taten, als der er vorher noch geglaubt wurde. Nach seiner Rede an Noah am Ende des verheerenden Wassers offenbart sich der biblische Gott als der, der die Menschen besser kennt als diese sich selbst: „Ich will hinfort nicht mehr die Erde verfluchen um der Menschen willen; denn das Dichten und Trachten des menschlichen Herzens ist böse von Jugend auf. Und ich will hinfort nicht mehr schlagen alles, was da lebt, wie ich getan habe.“ (1. Mose 8,21)

Was folgt daraus, egal ob für Gläubige oder auch für die Atheisten oder Agnostiker unter uns? Als der Sitz des Bösen ist damit das menschliche Herz erkannt, wohlgeordnet jedes menschliche Herz. Folglich wird die Einteilung in „Gute“ und „Böse“ hinfällig. Weil man die Sintflut-Legende als mündlich überliefertes Material ansehen muß, das viel älter als die ersten schrift-

lichen Glaubensurkunden ist, reicht ihre Herkunft also weit hinter das Jahr 800 v. u. Z. zurück. Mit der etliche Jahrhunderte danach erfolgten Einführung des Teufels in die späten ersttestamentlich-biblischen Schriften, vor allem aber mit der fatalen Übernahme des persischen Dichtoms-Denkens von Licht und Finsternis, Gut und Böse, Gott und Teufel in einige Schriften des Neuen Testaments wurde diese alte Einsicht leider aufgegeben, wonach die Kultivierung aller Menschen auf dieser Erde zur Aufgabe der Menschheit gehört. Mit dem Verlassen dieser menschheitlichen Errungenschaft, wonach Gut und Böse streng individuelle Kategorien sind, die sich nicht kollektivieren lassen, begann der Rückfall in atavistische Schemata, die Einteilung von Gruppen und Gemeinschaften in „Licht und Finsternis“, „Helden und Schurken“, „Gut und Böse“. Daraus ergeben sich jene irrwitzigen Fehlinterpretationen menschlichen Lebens, besonders durch bestimmte Gemeinschaften und Sekten mit Endzeit-Erwartung, die sich zum Beispiel gern auf die Offenbarung des Johannes als vermeintliches Prophezeiungs-Buch für den „Weltuntergang“ stützen. Man wiegelt die Menschen auf zur Einwilligung und zum Mitmachen in einem angeblich bevorstehenden „letzten Kampf“ zwischen Gut und Böse, Gott und Teufel. Die Redeweise von einem „letzten Gefecht“ – so sehr ich auch das Internationale-Lied schätze, sei es kritisch angemerkt – entstammt eben dieser von der Apokalypse des Johannes hervorgebrachten endzeitlichen Weltuntergangs-Dramatik. Halten wir fest: Wer kriminell böse ist, muß vor ein Gericht gestellt und entsprechend rechtsstaatlichen Grundsätzen verurteilt werden. Wenn jedoch jemand meint, auch durch begrenzte militärische Aktionen diesen Kriminellen vernichten zu sollen, entzieht er ihn seinem Richter und bricht also selber das Recht.

Wenn der Mann an der Spitze der USA-Regierung theologischen Argumenten zugänglich wäre, möchte ich ihm am liebsten zurufen: Mr. President, vor dem Zuhören noch mal in die Bibel zu schauen, könnte nicht schaden! Für diejenigen Geistlichen seines Landes jedoch, die ihm gegenwärtig einen Blankoscheck als Rächer der Enterbten ausstellen, kann ich mich nur schämen. Sie fälschen von einem Glauben, der mit dem Wort und dem Willen des biblisch bezeugten Gottes nichts zu tun hat. Gotteskrieger sind Gotteslästerer, egal, ob in christlicher, jüdischer, islamischer oder hinduistischer Verkleidung.

In seiner zehn Tage nach dem Anschlag vom 11. 9. 2001 gehaltenen Rede vor dem USA-Kongreß stellte Bush die Regierungen in aller Welt vor die Wahl: „Entweder seid ihr mit uns, oder ihr seid mit den Terroristen!“ Damit benutzte der Repräsentant der einzig verbliebenen Supermacht in seiner Kriegerhetorik eine Aussage, die direkt einem Abschnitt der synoptischen Evangelien, des Matthäus- und des Lukas-Evangeliums entlehnt ist. Dort verteidigt sich der als Psychotherapeut auftretende Heiler und Wanderprediger Jesus aus Nazareth gegen den an ihn gerichteten Vorwurf, er treibe bei seiner Praxis der Heilung von Geisteskranken den Teufel mit einem anderen Teufel aus – benutze also unlautere Mittel – mit der Argumentation: Wer destruktive, den Menschen zerstörende Neurosen und Psychosen abbauen könne, erweise sich doch darin als Anwalt des Humanen, einer menschlichen Welt oder – wie er es in der religiösen Sprache seiner Zeit ausdrückte – als authentischer Repräsentant eines „Reiches Gottes“. Und wer also auch wie er für eine solche humanisierte Welt ohne die Macht destruktiver Psychosen über die Menschen sei, der müsse mit ihm kämpfen und nicht gegen ihn: „Wer nicht mit mir ist, der ist gegen mich; und wer nicht mit mir sammelt, der zerstreut.“ (Matth. 12,30 par. Luk. 11,23)

Bush hat also die Chuzpe, einmal sich selber und seine Nation in der Rolle des Menschensohnes der zweittestamentlichen Evangelien zu sehen, und zum anderen, seine angekündigten und begonnenen Aggressionskriege in eine Analogie zu jenem humanitären Tun zu bringen, das Jesus aus Nazareth einst erfüllt hat. Bedarf es eigentlich noch weiterer Hinweise dafür, daß Gotteskrieger zugleich Gotteslästerer sind? **Peter Franz, ev.-luth. Theologe**



Warum Schröder keine Alternative zu Stoiber darstellt

Den Teufel mit dem Belzebub austreiben?

lee

Für eine revolutionäre Arbeiterpartei bringen Wahlen in der bürgerlichen Gesellschaftsordnung dreierlei: die Möglichkeit, während dem Wahlkampfes eigene politische Vorstellungen breiten Bevölkerungsschichten zu erläutern; die Chance, im Wahlergebnis, das den politischen Reifegrad der Massen widerspiegelt, das Maß des eigenen Einflusses auf die Wähler zu ermitteln; die Gelegenheit, wenn Kandidaten der Partei zu Abgeordneten geworden sind, das Parlament als Tribüne zur Entlarvung der Politik der herrschenden Klasse und zur Darlegung eigener Vorschläge zu nutzen. Das ist eine ganze Menge von Vorteilen. Wer aber bei Wahlen in der bürgerlichen Gesellschaft mehr erwartet, etwa eine grundsätzlich andere Politik, ja sogar positive gesellschaftliche Veränderungen, der ist im besten Falle ein Illusionär.

Der alte Antikommunist Ossip Flechtheim betrachtete eine politische Partei als „... relativ festgefügte Kampforganisation, die ... mittels der Übernahme von Stellen im Herrschaftsapparat ...“ ihre Ziele zu verwirklichen sucht. (Staat und Politik. Frankfurt/M. 1972, S. 242 f.) Aber welche Ziele sind das? Von wem werden sie bestimmt? In Wahrheit vertreten Parteien doch Gesellschaftsklassen oder deren Fraktionen, formulieren sie deren Interessen in politischen Programmen, um sie dann im Parlament zu verfechten. Eine herrschende Klasse verfügt über viele Mittel, ihre Anliegen durchzusetzen, sie übt ja die ökonomische und geistige, aber auch die militärische Macht aus. Doch oft treten spezifische Interessen bestimmter Teile oder Flügel der Klasse, auch taktische Meinungsverschiedenheiten, die deren Durchsetzung betreffen, gerade im parteipolitischen Gerangel zutage. Welche Parteien stellen sich uns nun am 22. September zur Wahl, wie schätzen wir ihre Spitzenpolitiker ein?

Als politische Wortführer der deutschen Großbourgeoisie fungieren – im Gewande einer „Volkspartei“ – wiederum CDU und CSU. Nach Weimarer Erfahrungen mit der Katholischen Zentrums- und der Bayerischen Volkspartei und anderen 1945 neu gegründeten und langjährig durch Adenauer und Strauß geführt, stehen die konservativen „Schwarzen“ für deutsche Großmachtspolitik in aller Welt. Sie waren die Hauptkraft bei der Spaltung Deutschlands, beim Wiedererstehen des deutschen Imperialismus, bei der Remilitarisierung der BRD und dann unter Kohl bei der Einverleibung der DDR. Ihre „Zugmaschine“ ist heute der Rechtsaußen-Nationalist und Revanchist Edmund Stoiber, der gerade erst auf dem sudetendeutschen Scharfmachertreffen gegen Tschechien vom Leder gezogen hat. Er ist die Gefahr Nr. 1.

Die SPD stellt hierzu keine Alternative mehr dar. Sie beschritt unter Schumacher den Weg des Antikommunismus, vollzog mit dem Godesberger Programm 1959 die Annäherung an die Außen- und Wirtschaftspolitik der CDU, ging unter Brandt und Bahr zur „Neuen Ostpolitik“ und zum „Wandel durch Annäherung“ als einer verfeinerten Variante der Konterrevolution über, setzte die Berufsverbote durch und leitete unter Schmidt mit der Stationierung

atomarer Mittelstreckenraketen in Westdeutschland eine neue Runde des Werrüstens ein. Ihr Spitzenkandidat Gerhard Schröder – ein Mann der Monopole – ist der erste Kriegskanzler in der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Die FDP, die Stoiber mit einem optimalen Wahlergebnis zur Kanzlerschaft verhelfen will, bildet die taktische Reserve der CDU/CSU. Sie schminkt sich dazu von der „Partei der Besserverdienenden“, als die sie vorher auftrat, eilig in eine „Partei des ganzen Volkes“ um. Den Stallgeruch der schärfsten Verfechter eines ungezügelter Kapitalismus verliert sie dadurch nicht. Ihr Spitzenmann Guido Westerwelle möchte Vizekanzler werden und ist deshalb Stoibers aktivster Steigbügelhalter.

Die feldgrauen Grünen – einst Wahrnehmer von Umweltinteressen und Teil der Friedensbewegung – haben einen „Wertewandel“ vollzogen. Unter Josef Fischer stellen sie nur noch ein Zerrbild ihrer selbst dar.

All diese Parteien stehen heute – mit Nuancen – für die grundgesetzwidrige Umwandlung der Bundeswehr in eine weltweit operierende Interventionsarmee. Schon befinden sich deutsche Soldaten in mindestens 10 Ländern – von Jugoslawien über Afghanistan bis zum Horn von Afrika. Ohne eine solche Militärpräsenz meint der deutsche Imperialismus seinen Zugriff auf verknäppte Ölquellen und andere Energieressourcen nicht mehr sichern zu können. Auch im Lande selbst erweisen sich die „Modernisierungs“-Konzepte der genannten Parteien als zynische Interessenpolitik zur Erhöhung vor allem der Konzern- und Bankprofite. Zwischen 1996 und 2000 stiegen sie um über 50 %, die Umsatzrendite von 2,5 auf 3,5 %. (Quelle: Deutsche Bank) Damit das so bleibt, hält sich das Finanzkapital seinen Geschäftsführenden Ausschuss – die Bundesregierung. Das Wechselbad der alternierenden Parteien – mal schwarz-gelb, mal grün-rot – ist Teil des scheindemokratischen Spektakels. Es soll den Wählern die Möglichkeit zur Auswahl vorgaukeln. Doch immer mehr von ihnen durchschauen das Spiel und gehen nicht zur Wahl. Ihre zunehmende Abstinenz und der Koalitionsschacher haben dazu geführt, daß die BRD-Regierungen nicht einmal formal die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich haben. Das sind amerikanische Verhältnisse. Dennoch wird behauptet, das jeweilige Kabinett sei „demokratisch“ legitimiert.

Keine der bisher erwähnten Parteien und keiner ihrer maßgeblichen Kandidaten geben Antwort auf die entscheidenden Fragen, die sich angesichts der Kriegsverstrickung Deutschlands, zunehmender innenpolitischer Gewalt und Repression sowie des rapiden Sozialabbaus stellen. Deshalb sind keine und keiner von ihnen wählbar.

Und wie steht es um die PDS? Vertritt wenigstens sie unsere Interessen? Der Wähler ist zumindest verunsichert. Noch hält die Partei, die vieles bereits aufgegeben hat, am Antikriegsbeschuß ihres Münsteraner Parteitag fest. Doch schon werden Stimmen laut, die gerade daran rütteln wollen,

und im Bundestag sehen sich die mutigsten Aggressionsgegner unter den PDS-Abgeordneten der Beschimpfung durch die eigene Fraktionsspitze ausgesetzt. Die Anbiederung der Berliner PDS-Senatoren ausgerechnet an die Bush-Administration und die „westliche Wertegemeinschaft“ ist ein böses Omen. Gysi fühlt sich jetzt für Berlins kapitalistische Wirtschaft „verantwortlich“ und kuscht vor den Unternehmern. Während den Großbanken ihre Gewinne garantiert bleiben, geht es mit der Infra- und Sozialstruktur der Hauptstadt weiter bergab.

Viele möchten am 22. September der PDS ihre Stimme geben. Sie erwarten aber, daß sich nicht wiederholt, was bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus geschehen ist: Da wurde aus einem Votum für die Opposition und gegen die herrschende Politik ein angepaßtes „Mitregieren“, wobei man selbst im Lohnkampf der Gewerkschaften plötzlich PDS-Spitzen auf der falschen Seite der Barrikade fand.

Schon stellen Gysi, Holter und andere ihre Überlegungen an: Wenn es weder für CDU/CSU noch für die SPD mit den Grünen im Gepäck zu einer Regierungsmehrheit reichen sollte, dann wäre doch die PDS das Zünglein an der Waage ... Da man keine Stoiber-Regierung zulassen dürfe, werde man Schröder tolerieren. Feiner wäre freilich mitregieren. Doch das sind Sandburgenräume. Die NATO wird eine PDS in ihrer gegenwärtigen Verfaßtheit nicht in einer deutschen Bundesregierung dulden. Überdies ist Schröder für Linke – wie gesagt – keine Alternative zu Stoiber. Allesamt sind sie nur Marionetten der wahren Herren Deutschlands. Und wenn Schröder, Scharping und Fischer diesen politisch weniger zugkräftig erscheinen als Stoiber, Späth und Westerwelle, dann sind die Tage von SPD und Grünen ohnehin gezählt. Die Medien werden's schon richten und den „Wählerwillen“ entsprechend manipulieren.

Und noch ein Wort zur PDS. In ihrem vom Rostocker Parteitag beschlossenen Wahlprogramm heißt es, sie gehe „als oppositionelle Partei ... in den Bundestagswahlkampf und in die neue Legislaturperiode“. Wenn darauf Verlaß wäre, könnten wir die PDS als wählbare Partei betrachten, zumal der Verzicht auf die Stimmabgabe nur Stoiber, Schröder und Westerwelle in die Hände spielt. Aber ist darauf Verlaß? Dort, wo kommunistische Kandidaten antreten, wird manchem die Entscheidung leichter fallen.

Und auch das sei hier gesagt: Über unsere Zukunft wird nicht in erster Linie an den Wahlen entschieden. Keine der hier skizzierten Parteien ist eine revolutionäre oder gesellschaftsverändernde Kraft, die für die Interessen der Arbeitenden und der Arbeitslosen, der Jugendlichen, der Frauen und der Alten die Klinge kreuzt. Sie fehlt uns heute in Deutschland: eine einheitliche und einflußreiche marxistische Partei, die in Wahlen und parlamentarischer Arbeit nur eine der Kampfformen sieht und die im Parlament wie in der außerparlamentarischen Aktion konsequent für unsere Interessen streitet.

Ernst Heinz

Streiflichter aus der DDR-Wirklichkeit

Bei Gisela Steineckert zu Gast

Gisela Steineckert (71), namhafte DDR-Schriftstellerin, Nationalpreisträgerin, veröffentlichte bisher 38 Bücher, dazu unzählige Liedtexte. „RotFuchs“ war am 23. 5. 2002 in ihrer Wohnung in der Leipziger Straße Berlins zu Gast, um sie nach ihren Reminiszenzen an die DDR zu befragen.

Wie entstand Deine tiefe geistige und politische Bindung zur DDR?

Ich hatte mit 16 Jahren die Filme „Die Mörder sind unter uns“ und „Ehe im Schatten“ gesehen. Das hatte mich zu einer glühenden Antifaschistin gemacht. Davon bin ich Zeit meines Lebens nie wieder abgekommen. So ging es mir auch mit den Schriftstellern, deren Werke vorher verboten, verbrannt und verschollen waren: Wenn man Tucholsky las, kam man zu Walter Mehring und Mehring führte einen zu Polgar und zu Kerr, und dann kam man zu Heinrich Mann und zu Thomas Mann – sie alle haben mich als Nachkriegsmädchen und junge Frau an die Hand genommen und jeweils zum nächsten Autor geführt. Später, als ich schon Mitte dreißig war, habe ich zum ersten Mal das „Manifest“ von Karl Marx gelesen. Da habe ich durch die Stube geschrien: Ja, der sagt es ja, was ich dauernd zu sagen versuche, aber nicht formulieren kann. Dort stand es, in schöner deutscher Sprache, in völlig klaren Gedanken. Ich habe es aufgenommen wie eine Offenbarung und lernte, damit umzugehen.

Erinnerst Du Dich an Erlebnisse und an Begebenheiten, die Dir auf diesem Weg Schübe verliehen haben?

Wer Herausforderungen sucht, findet sie auch – und ich suchte sie ja. Ich war neugierig, wißbegierig, vorlaut, unwissend, kam aus sehr ärmlichen, asozialen Verhältnissen. 1949 wurde ich in eine richtig großbürgerliche Familie in Eberswalde eingeführt. Ich lernte deren Lebensumstände, ihren Sprachgestus kennen, und war zu tiefst befremdet. Die ganze Wohnung war vollgestellt mit wertvollen Barockmöbeln und Meißner Porzellan, die Dame des Hau-

Ich hatte ein Vaterland
das war mir mütterlich gesonnen
es schwankte immer am brüchigen Rand
hat alles verloren und was schon gewonnen

Ich hatte ein Vaterland
das verhiß mir friedliche Zeiten
es dachte sich aus eine schützende Wand
die wucherte in unsere Breiten

Ich hatte ein Heimatland
da gab es Wärme und Nähe
und viel, das ich nicht sah, oder nicht
verstand
mein Herz wollt, daß ichs anders sähe

Heut wärs einfach, nur das zu sehn
was schwer zu ertragen war.
Aber manchmal möchte ich mich
umdrehn
und wieder nach Hause gehn

GISELA STEINECKERT

ses war mit Klunkern angetan, aber unentwegt tönte sie: „Die Russen haben uns ja alles genommen, wir haben ja gar nichts mehr!“ In der gleichen Zeit habe ich eine kleinbürgerliche Familie kennengelernt, deren geistiger Radius gerade bis zum Hausgarten und zurück reichte, deren Ansichten man in wenigen Vorurteilen unterbringen kann: Gott ist gut, der Russe ist schlecht, wir sind die allerbesten. Da wußte ich: Das ist nicht meine Welt. Kurz danach wurde im Fernsehen der Film „Du und mancher Kamerad“ gesendet. Ich war jung verheiratet, wir besaßen den ersten DDR-Fernseher, Typ „Rembrandt“. Zu der Sendung hatte sich ein Nachbar eingestellt, nur, weil er gehört hatte, daß der Kaiser zu sehen sein sollte. Und dann merkte ich zu meinem Entsetzen, daß mein damaliger Ehemann den Film nur sehen wollte, weil Hitler, Göring und Goebbels darin vorkamen. Das und sein Leugnen der Nazi-Greueln haben ausgereicht, unsere Ehe zu zerbrechen, aber auch, mich an die Seite der Antifaschisten zu schubsen.

Wie wurde man in der DDR Schriftstellerin?

Talent war in mir angelegt. Mit fünf Jahren konnte ich schon fließend die Zeitung lesen. Lesen blieb für mich eine Lebenslust, die bis heute nicht aufgehört hat. Meine Kindheit vollzog sich vor allem im Krieg, wo es einen großen Bedarf an Briefen gab, aber keiner wollte sie schreiben. Ich jedoch riß mich darum. Damit wurde ich in der Familie zur ehrenwerten Persönlichkeit. An manchen Tagen schrieb ich 10 verschiedene Briefe. Später, nach der Trennung von meinem ersten Mann, stand ich ohne Geld da, mit einem zweijährigen, nicht kindergartenfähigen Kind, das ich tagsüber betreuen mußte. Wir beide haben damals in einer elf Quadratmeter großen Dachwohnung gelebt. Nachts versuchte ich zu schreiben und belagerte dann die Redaktionen. Schwer war es aber nur für eine Übergangszeit, dann wurde die Arbeit zum Selbstläufer. Anfangen habe ich im „Bauernecho“ und in der „Handelswoche“. Dann hat sich das Kinderhörspiel gemeldet, der „Eulenspiegel“ wohl wegen meines kessenen Tones, und einer reichte mich zum anderen weiter. Das war in der DDR so. Dann kam ich zum Oktoberklub, eine neue Herausforderung. Ich merkte, daß ich fast gar nichts weiß. Die wollten von mir erfahren, ob ihre Texte gut sind. Woher sollte ich das wissen? Ich war Autodidaktin und lernte abends, was ich denen am nächsten Tag erzählen wollte.

Eine richtige Ausbildung als Journalistin oder Germanistin hattest Du nie?

Nein, ich wurde mal zum Arbeitskreis junger Autoren geschickt. Da war eine lustige Clique zusammen, aber gelernt habe ich nicht viel, außer, daß eine Geschichte einen Anfang und ein Ende haben muß. Ich kann mich schwer irgendwo hinsetzen und mich belehren lassen. Außer seit dreißig Jahren von meinem Mann. Der hat ordentlich studiert. Und natürlich von den Großen unter den Schriftstellern.

Die Zeit im Oktoberklub war wichtig. „Learning by doing“ sagt man heute dazu. Ich wollte nicht für alle die Lieder schreiben, sondern sie selber zum Schreiben ermutigen. Eine wunderbare Zeit: eine Welt, in der junge Leute vom Schmalzstulle-Schmieren über Kartenabreißen, Plakate malern, Singen oder Spielen, oder Schreiben, oder Komponieren wirklich alles machten oder versuchten. Eine kritische und schwer zu lenkende Kollektivbestie. Was die nicht wollten, haben sie nicht gemacht. Dort habe ich entdeckt, daß das Lied für mich eine Welt ist, mit der ich umgehen lernen könnte und die mich magisch angezogen hat.

Später warst Du Präsidentin des Komitees für Unterhaltungskunst. Was hattest Du da zu tun?

Die Künstler der DDR hatten in Gestalt ihrer Verbände Interessenvertretungen, die jedoch für Unterhaltungskünstler nicht offenstanden. Ein Schlagerkomponist etwa konnte selten Mitglied des Komponistenverbandes werden – was ja auch mit einigen Vorteilen verbunden gewesen wäre. Statt dessen existierte ein Staatliches Komitee für Unterhaltungskunst, dessen jährliche Zusammenkunft jedoch ohne Auswirkungen für die Unterhaltungskünstler blieb. Dann wurde das ehrenamtliche Komitee geschaffen, zu dessen Präsidentin ich gewählt wurde. Die Chance bestand darin, dass wir alle Partner wie Medien, Konzert- und Gastspielfunktionen und Künstler-Agentur an den Tisch holen konnten. Jedoch waren wir nirgendwo gleichgestellt. Ich konnte mich lediglich in Einzelfällen mit meinem Temperament wie eine Dampfmaschine dorthin begeben, wo Unrecht geschehen war. Das habe ich getan und das hat auch immer geklappt, weil ich dort so auftauchte, als ob hinter mir mindestens die Rote Armee stünde. Manches habe ich nicht geschafft, so z. B. die Einrichtung eines Lehrstuhls für Unterhaltungskunst an der Humboldt-Universität oder eines Secondhand-Ladens für Bühnennecessaires. Da haben sich Leichtindustrie, Handel und Versorgung und Kulturministerium so lange gezankt, bis es zu spät war.

Aber Du selbst warst Mitglied des Schriftstellerverbandes?

Ja, ich war Mitglied des zentralen Vorstandes und stellvertretende Vorsitzende in Berlin. Ich habe die Zerwürfnisse und Konflikte tiefer weltanschaulicher Natur sehr früh kommen sehen. Einige von uns haben gewarnt, daß hier Gegensätze entstanden, die geeignet waren, mit zu entscheiden über Bestehen oder Untergang der DDR. Die Partei hat das jedoch lange nicht ernst genommen, obwohl die Konflikte zu groß waren, um sie unter Schriftsteller-Kollegen allein auszutragen.

Eins Deiner großen literarischen Themen ist die Persönlichkeit der Frau, ihre Entfaltung bzw. Unterdrückung. Was ist typisch für Dein Frauenbild?

Ich träume davon, daß eine zweite Lern- und Arbeitswelt nach den Möglichkeiten der Frau eingerichtet wird, damit sie neben dem Beruf auch Frau und Mutter sein kann. Studium oder Berufsausbildung müßten so gestaltet werden, daß die Intelligenz der Frauen, die Schnelligkeit, mit der sie etwas begreifen, besser genutzt werden. Frauen haben kürzere Lernzeiten als Männer, aber die müßten ihnen unbelasteter zur Verfügung gestellt werden. Man braucht doch nicht drei Jahre Lehrzeit, um Jeans über den Ladentisch zu schieben.

Wir haben auch in der DDR die Gleichberechtigung nur bis zu einer gewissen Ebene geschafft. Von der ab war die Frau die Ausnahme. Wenn wir gescheiterte Frauen an bestimmten Stellen gehabt hätten, hätten wir mehr bewegen können. Die Schaffung von Bedingungen für die soziale Selbständigkeit der Frauen, die Pille, das Schwangerschaftsabbruchsgesetz, das Baby-Jahr - alles große Siege für die Frauen. Aber was überhaupt nicht angefaßt wurde, wo wir kein Konzept hatten: Wie ermöglichen wir es, daß die Frauen drei verschiedene Welten als Weib, als Mutter und im Beruf unter einen Hut bekommen?

Gab es in der DDR-Literatur Frauengestalten, die Deinem Traum entsprechen oder nahekommen?

Ja, sie sind zu finden bei Irmtraud Morgner, interessant waren für mich die Gedanken, die Maxie Wander in ihren Tagebüchern und Briefen dazu entwickelte oder Sarah Kirsch in der „Leopardenfrau“. Elfriede Brüning hat es mit „Eine Frau allein“ versucht, Eberhard Panitz war uns ein Ritter mit „Die sieben Affären der Dona Juanita“. Auch Heidrun Hegewald hat dieses Thema z. B. in ihrem Bild vom weiblichen Sisyphus aufgegriffen, und der Film „Das verflixte siebte Jahr“ stellte diesen Konflikt ebenfalls dar. Sehr schöne kraftvolle Frauengestalten hat Helmut Sakowski z. B. in „Wege übers Land“ geschaffen. Ich denke, die DDR-Literatur war da schon auf dem richtigen Weg - auf jeden Fall waren wir sehr viel weiter als in der anderen deutschen Welt.

Du betreibst seit Jahren strapaziöse Tourneeprogramme. Wie ist die Reaktion des Publikums auf Deine Schilderungen aus der und Anspielungen auf die DDR?

Phantastisch. In den letzten zwei Jahren ist etwas Neues hinzugekommen. Wenn Veronika Fischer von der Kälte singt, die die Menschen umgibt, dann ist das inzwischen auch eigene Erfahrung der Leute hier im Osten. Nach einer Talk-Show bei Erich Böhme habe ich aber auch die Bekanntschaft mit Morddrohungen machen müssen. Dabei hatte ich da gar nicht viel gesagt. Ich wurde gefragt, warum die Leute im Osten so wählen. Ich antwortete, daß dies eine Folge der Erfahrungen mit gelebter Politik sei. Ich lebe nach wie vor als ein Mensch, der nicht anders kann als aufschreiben, reflektieren und sich einmischen. Eins allein würde mir nicht genügen.

Kann man - zusammenfassend - Dein Verhältnis zur DDR mit der Kurzformel der Erzählung „Trauer, kein mea culpa“ beschreiben?

Seit ich diese Kurzformel benutzt habe, sind schon wieder einige Jahre vergangen. Das ist angesichts der Schnelligkeit und Ereignishaftigkeit unseres jetzigen Lebens viel Zeit. Seit 1990 habe ich 15 Bücher geschrieben und mich mit dieser Frage immer wieder auseinandergesetzt. Die Trauer ist geblieben um eine Jahrtausend-Chance, die wir vielleicht nicht besser nutzen konnten - aber manches hätten wir mit mehr Schneid, mehr Courage ändern müssen. Geblieben ist für mich, daß die DDR meine Heimat war, in der ich gern gelebt, in der ich zum großen Teil zu mir selber gefunden habe. „Ich kann und will nicht leugnen, daß ich alles hatte, was ein Mensch braucht, um sich zu verschwenden, zu entäußern und allmählich zu verbrauchen.“ Die DDR war meine erste und bislang einzige wirklich große Chance.

Das Gespräch führte Frank Mühlefeldt.

P.E.N. schloß Erich Köhler aus

Der politisch immer konservativer eingefärbte Literatenclub P.E.N. Deutschland hat den standhaften DDR-Schriftsteller Erich Köhler, der sich schon vor Jahren ohne Reue als Inoffizieller Mitarbeiter des MfS bekannte, nach jahrelangen Diskriminierungsbemühungen auf seiner Darmstädter Beratung am 27. April 2002 ausgeschlossen. Erich Köhler hatte zuvor erneut in einer scharfen und pointierten Rede seine politische Überzeugung und seine Lebensmaximen als DDR-Bürger verteidigt.



Marx-Grafik aus der deutschen Zeitung „Sichel und Hammer“ (1923)

Der Weg eines Arbeiters in der DDR (3)

Aus meiner Sicht

Anfang 1980 wurde ich – nach zwischenzeitlicher Tätigkeit als Kraftfahrer und Transportarbeiter in einer kleineren Firma, zu der mich ein persönlicher Fehler geführt hatte – Betriebszeitungsredakteur im größten Industriekomplex des Territoriums, dem VEB Plauener Gardine. Etwa 6 000 Beschäftigte, verteilt auf drei Dutzend Produktionsstätten in den Kreisen Plauen, Zwickau und Oelsnitz, gehörten dazu. Ich war für den Teilbetrieb Plauen zuständig, der immerhin rund dreieinhalbtausend Werkstätige in 13 Produktionsstätten umfaßte.

In einem Betrieb von solcher Dimension war natürlich viel mehr los als in der Chemieabteilung, in der ich „groß“ geworden bin. Vielschichtige Arbeitsprozesse bestimmten den Produktionsablauf: Flächenherstellung (Ende der 80er Jahre wurden mehr als 100 Millionen m² Gardine im Jahr erzeugt), Veredlung (Waschen, Appretieren, Spannen, Fixieren), Konfektionieren eines Teiles davon, und dazwischen viel Transport. Oft alles im Drei-Schichten-Rhythmus.

Trotzdem vermochte der Betrieb ein recht vielseitiges kollektives Leben außerhalb der Arbeitszeit zu organisieren, hauptsächlich auf dem Gebiet des Sports: Fußball, Schach, Kegeln, Tischtennis, Wandern, Schwimmen, Pop-Gymnastik. Alljährliche Höhepunkte waren die Betriebssportfeste, Ausstellungen von Exponaten Bildender Künstler aus Plauen und Betriebsfestspiele mit vielen kulturellen Veranstaltungen in größerem und kleinerem Kreis. Besonders beliebt waren die „Oberhofer“ und später dann Vogtländische Bauernmärkte im betriebseigenen Kulturhaus mit Unterhaltungsprogrammen der Konzert- und Gastspielformen der DDR, Tombola, Schlachtfestessen, Tanz. Unentgeltlich. Eintritt gezahlt wurde bei unseren Silvesterpartys für Betriebsangehörige und Gäste an gleicher Stelle. Hier spielte unsere eigene Tanzkapelle. Und die „Bude“ war voll. Einmal habe ich als Aushilfskellner fungiert. Da kam mir angesichts der Trinkgelder kurz der Gedanke, daß ich vielleicht den falschen Beruf gewählt hätte. Das war zum Jahreswechsel 1988/1989. Davor lagen acht Jahre, in denen vieles anders lief als in den 70ern. Die internationale Situation und auch die Entwicklung im eigenen Land hatten sich zu Ungunsten des Sozialismus verändert.

Mitte der 80er Jahre wurde auf Betriebsleitungsebene ein Qualitätsstab gebildet, der sich umfassend mit der Qualitätssicherung und -erhöhung befaßte, auch mit der Verschmutzung. Seine diesbezüglichen Festlegungen wurden – wie vieles andere – zu wenig beachtet und durchgesetzt. Das betraf z. B. die Abdeckung der mit Docken beladenen LKW beim Transport mit Planen, um das Eindringen von Staub und Regen zu verhindern. In einem Beitrag der Betriebszeitung sah ich mich veranlaßt, die Nützlichkeit des Qualitätsstabes in Zweifel zu ziehen. Der „Stabschef“ hat zwar die nächsten vier oder fünf Tage meinen Gruß nicht erwidert, aber dann ging alles wieder seinen „sozialistischen Gang“.

Diese Inkonsistenz bei der Durchsetzung von Festlegungen zur Nutzung erkannter

und vorhandener Reserven hat mich befremdet. Einerseits wurde zu den Betriebs- und Parteileitungssitzungen immer wieder nach Möglichkeiten zur stofflichen und finanziellen Erfüllung der hohen Planaufgaben gesucht, andererseits lagen betriebliche Potenzen brach. Vielleicht waren Organisation und Kontrolle der Betriebsabläufe aufgrund der Größe und Zersplittertheit des Betriebes zu unübersichtlich und zu aufwendig? Oder entsprachen die Produktionsverhältnisse nicht mehr den Erfordernissen? Hätten mehr Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Betriebe zu größerem Engagement und höherer Kreativität geführt?

In den 70er Jahren waren in dieser Richtung mit einigen Kombinat Pilotprojekte gestartet worden. Aus irgendwelchen Gründen gelangten diese nicht zur Perfektion. Nach meinem Verständnis war das Experiment von vornherein zum Scheitern verurteilt. In einem Umfeld von zentralstaatlich geplanter und gelenkter Produktion konnte es keine Insellösungen geben. Es hätte flächendeckende Veränderungen in der Verfügbarkeit über die gesellschaftlichen Produktionsmittel durch die unmittelbaren Nutzer bedurft.

Dennoch wurde in der täglichen Arbeit ständig um hohe Leistungen und Ergebnisse gerungen. Die Designer der Plauener Gardine entwarfen immer wieder einige exzellente Muster, die in der Produktion durch Fleiß und Aufmerksamkeit der Raschler(innen) körperliche Gestalt annahmen. In fast jedem Jahr wurde der Betrieb zu Leipziger Messen mit ein oder zwei Goldmedaillen ausgezeichnet. Solche Ereignisse waren für mich als Redakteur sehr lukrativ und ergiebig, boten sie doch hinreichend Stoff für interessante Reportagen, Beiträge und Interviews. Neben der Fak-

tenvermittlung konnten die Geschäftigkeit des Messepersonals geschildert, die Resonanz auf unsere Kollektionen unter Kunden und Besuchern wiedergegeben, Messeabschlüsse vermittelt und bewertet und daraus resultierende Konsequenzen dargestellt werden. In das Ensemble journalistischer Beiträge fügten sich Portraits von Schöpfern der „Goldgardinen“ gut ein. Solche Geschehnisse boten Möglichkeiten, die Leistungsfähigkeit des Betriebskollektivs zu schildern und Stolz darauf zu wecken. Die Folge waren neue Anregungen und Anstrengungen.

Dazwischen lagen Wochen und Monate alltäglicher Arbeit. Diese waren indes nicht uninteressant und ereignislos. Im Gegenteil. Im Laufe der Jahre tat sich in verschiedenen Bereichen allerhand. 1981 entstand z. B. in einer Produktionsstätte ein Erweiterungsbau mit neuen Raschelmäschinen der Firma Meyer aus der BRD. Andere Betriebsteile wurden später mit noch moderner Technik ausgerüstet. Auch eine EDV-Station gehörte dazu.

Im Jahre 1984 erfolgte die Umfunktionalisierung des VEB Plauener Gardine zum Stammbetrieb des VEB Kombinat Deko Plauen – eines Industrieimperiums von jetzt nahezu 60 000 Menschen. In ihm waren alle Gardinen-, Spitzen-, Teppich- und Textilfadenproduzenten der DDR vereinigt. Selbst Schnürsenkel und Litzenhersteller gehörten dazu. Für mich brachte diese Umstellung keine nennenswerten Veränderungen, sieht man einmal davon ab, daß bestimmte Probleme nun in größeren Zusammenhängen betrachtet werden mußten.

Im Jahr der Kombinatbildung wurde unser Betrieb anlässlich des 35. Jahrestages der Gründung der DDR mit der höchsten Auszeichnung des Landes – dem Karl-Marx-

Orden – geehrt. Erwähnenswert ist die Errichtung des bedeutendsten Investitionsobjektes zu meiner Zeit – einer neuen Produktionsstätte an Plauens Peripherie. Hier wurde auf einer mit Trümmerflora bewachsenen Schutt- und Schrottlagerstätte ein Werk mit Produktionshalle für 62 Raschelmäschinen geschaffen. In dem viergeschossigen Gebäude befanden sich auch zwei Konfektionsebenen sowie geräumige soziale und sanitäre Einrichtungen. Ich verfolgte das Geschehen mit Interesse und Eifer, hielt es in Wort und Bild fest. „Meine“ Zeitung publizierte es. Die Übergabe erfolgte am 30. November 1990. Zuvor waren in der DDR Entwicklungen losgetreten worden, von deren Auswirkungen die meisten Menschen nichts ahnen konnten. Im Verlauf des Jahres 1989 kam es in Dresden, Leipzig, Berlin und anderen Städten zu Demonstrationen und Kundgebungen, die letztlich in einer Staatskrise mündeten. Initiatoren waren oppositionelle Strömungen. Sie erzwangen die „ersten freien Wahlen“ zur Volkskammer am 18. März 1990. Von da an ging die DDR ihrem Ende entgegen – nicht ohne Zutun von Kollaborateuren.

Siegfried Joch



Zwei faktenreiche und informative Bände zur Abwehrarbeit des MfS

Geheimdienstler decken Karten auf

Für Sachbücher, deren erste Auflagen schon kurz nach dem Erscheinen vergriffen sind, besteht offenkundig Interesse. Weit über einen spezifischen Leserkreis hinaus. Das trifft für die bei Edition Ost verlegten beiden Bände „Die Sicherheit – Zur Abwehrarbeit des MfS“ zu. Ihre Herausgabe war notwendig. Die Verfasser des Kompendiums – 20 Generäle und hohe Offiziere des Ministeriums für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik – widersetzten sich dem offiziellen Zeitgeist. Sie machen Front gegen die „Siegerideologie“ der weltweiten Allianz aus Sozialistenfeinden und Kommunistenhassern.

In Deutschland wies ihr die herrschende Klasse eine vorrangige Aufgabe zu: Die 1990 liquidierte DDR auch geistig ausmerzen, jede Erinnerung an deren politische, soziale und kulturelle Errungenschaften zu tilgen. Denn ihr Lebendigbleiben birgt für die derzeitigen Machthaber der BRD Gefahr.

Bei dem Ziel, die DDR total zu delegitimieren, spielt die sogenannte Stasi-Problematik eine besondere Rolle. Von Geheimdienstthematik geht nun einmal jener gewisse Reiz aus, den Enthüllungen über bislang Verborgenes besitzen und der die Neugier eines breiten Publikums zu befriedigen verspricht. Die von den Siegern verfolgte „Offenlegung“ ist allerdings höchst selektiv erfolgt. Sie verwenden den bedauerlicherweise in ihre Hände gefallenen Nachlaß des MfS zweckgebunden dafür, ihren Thesen von der DDR als „Überwachungs- und Unterdrückungsstaat“ und seiner Staatssicherheit als dazu geschaffenen Instrument den Anschein von Glaubwürdigkeit zu verleihen. Dem mit solchen „Enthüllungen“ bedienten Publikum soll suggeriert werden, es sei „flächendeckender Ausspähung“ ausgesetzt und „kollektives Opfer“ des MfS gewesen. Solcherart erzeugte Stasi-Phobie zielt darauf ab, einstige DDR-Bürger nun auch innerlich von ihrem untergegangenen Staat zu lösen. Sie sollen in der Bundesrepublik „ankommen“ – wenn auch nur als Bürger zweiter Klasse.

Eine nach Personalbestand und Finanzausstattung voluminöse Einrichtung – nach ihrem ersten Chef als Gauck-Behörde bezeichnet – ist mit inquisitorischem Eifer am Werk, die MfS-Aktenbestände politisch wunschgemäß zu verwerten.

Die Gier nach hohen Auflagen und Einschaltquoten veranlaßt Print- wie elektronische Medien, Verleger und Regisseure, am Antistasi-Zirkus teilzunehmen.

Was der Kumpanei dieser „Aufarbeiter“ an Seriosität und Sachlichkeit abgeht, ersetzt sie mit Unterstellungen und Lügen. Bei den Beschuldigungen, mit denen das MfS kriminalisiert werden soll, fehlt es an fast keiner Untat. Nur: tausendfache Versuche, den Beweis für solche Behauptungen gerichtsfest erbringen zu können, scheiterten gründlich. Im Arsenal der DDR-Staatssicherheit ließ sich nichts aufspüren, was zum „Standard“ etlicher Geheimdienste „freiheitlich verfaßter“ Staaten gehört: Darunter das Provozieren bewaffneter Konflikte, Flugzeugentführungen, mit Gift oder Sprengstoff verübte Attentate gegen miß-

liebige Spitzenpolitiker, das Inszenieren von Staatsstreichen und verdeckten Kriegen. Der Flut von Diskriminierung und Verleumdung stellen nun die Autoren des vorgelegten Kompendiums, die in dieser Sache kompetenter sind als die Gauck- und Birthler-Jünger, ihre Sicht entgegen. Sie waren durchweg – meist über Jahrzehnte – in leitenden Funktionen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR tätig. Diese Insider sind keine neutralen Beobachter. Sie sind in der Sache natürlich Partei. Das mindert nicht ihr Bestreben, sich streng an Tatsachen zu halten. Seriosität zeichnet die Publikation aus. Sie wurde im Wissen darum geschrieben, daß derzeit in der Auseinandersetzung mit der Gegenseite keine „Waffengleichheit“ besteht. Sie kann ihr angemessenes Deutungsmonopol medien- und manipulationswirksam nutzen. Den Autoren der beiden Bände aber wurde jeder Zugang zu den Originalquellen verwehrt. Einstige Mitarbeiter des MfS genießen nicht das Privileg der Akteneinsicht. Verhindert werden soll, daß anhand des reichhaltigen, hieb- und stichfesten Beweismaterials vor allem zwei Legenden widerlegt werden können:

Erstens die stereotyp strapazierte Behauptung, das MfS sei als gegen die eigene Bevölkerung gerichtetes Repressionsinstrument geschaffen worden.

Zweitens die Dauerbrennerthese, die Politik der vom Gegner unablässig umlauernden DDR sei von einem „pathologischen Sicherheitsbedürfnis“ geprägt gewesen, das dann auch die Praxis des MfS bestimmt habe. Die Original-Archivbestände des MfS enthalten eine Fülle von Tatsachenmaterial, um diese Unterstellungen ad absurdum zu führen. Daß sich der sozialistische deutsche Staat gegen seine mit allen politischen, ideologischen und wirtschaftlichen Mitteln sowie unter Einsatz auch subver-

siver (terroristischer) Kräfte angestrebte Abschaffung zur Wehr setzte, war seine Selbsterhaltungspflicht sowie durch das Völkerrecht legitimiert. Das MfS handelte im Rahmen der Verfassung und der Gesetze der DDR.

Allerdings: Was für jeden Geheimdienst in jedem Staat der Welt gilt, galt auch für das MfS. Es wurde von der politischen Führung als ein Instrument ihrer Politik gehandhabt. Die Leitlinien, an denen sich das Ministerium in seiner Tätigkeit zu orientieren hatte, wurden vom Zentrum der politischen Macht, dem ZK der SED, vorgegeben. Ihnen konnten – und wollten – sich die Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit nicht entziehen. Dabei blieb das MfS in seiner Arbeit von politischen Fehlentscheidungen der Führung nicht unbetroffen. Sie resultierten auch in zweckfremdeter und mißbräuchlicher Benutzung seiner Dienste. Frustrierend war für dessen Mitarbeiter, daß durch sie akribisch ermittelte Erkenntnisse zur Lage und zu Details von zentraler Stelle zunehmend nicht als Alarmsignale verstanden und entsprechend genutzt wurden. Dies festzustellen bedeutet nicht, eigene Fehler und Fehlentwicklungen im Wirken des MfS zu bagatellisieren oder zu verschweigen. Die Autoren, die sich ihrer Verantwortung stellen, benennen sie selbst.

Thematisch beschränkt sich die Publikation auf Bereiche der Abwehrarbeit und damit befaßte Dienstleistungen des MfS. Gegen sie richtet sich die Diffamierungskampagne der Gegenseite im besonderen. Mit ihrer betont sachlichen, auf Fakten gestützten, in der Polemik sparsamen Bearbeitung der Problematik geben die Verfasser Antwort auf die Frage, wie das MfS wirklich funktioniert hat und warum welche Faktoren sowohl den Umfang als auch die Methodik seiner Arbeit bestimmten. Sie gingen bei ihrer Rechenschaftslegung vor der Öffentlichkeit davon aus, daß eine objektive Bewertung des MfS zur Voraussetzung hat, seine Tätigkeit im Zusammenhang mit dem konkreten gesellschaftlichen Umfeld und den gegebenen Bedingungen zu analysieren.

Die Aktionen der Sicherheitsorgane beider Seiten vollzogen sich unter den Bedingungen harter Klassen- und Systemkonfrontation in einer bipolaren Welt mit unversöhnlichen Gegensätzen zwischen zwei großen Rivalen – Sozialismus und Imperialismus. Der Kalte Krieg und die ständige Gefahr seines Umschlagens in einen weltweiten atomaren Schlagabtausch setzten die Rahmenbedingungen, unter denen auch der Geheimdienst des sozialistischen deutschen Staates zu wirken hatte. So wie es historisch gerechtfertigt war, in Gestalt der Deutschen Demokratischen Republik eine gesellschaftliche Alternative – den Sozialismus – auf deutschem Boden zu wagen, so legitim und notwendig war es, dieses Vorhaben zu schützen. **Wolfgang Clausner**

DIE SICHERHEIT Zur Abwehrarbeit des MfS, Edition Ost im Verlag Das Neue Berlin 2002, 1 248 Seiten, im Grauschuber, bis Ende Juni 54,00, dann 68,00, ISBN 3-360-01030-2

Dank und Ehre

„Der Mann, der am Schluß als Major aus den bewaffneten Organen ausschied, ist ein treues Kind seiner Republik gewesen und hat ihr bis zum bitteren Ende gedient. Aber welch ein Unterschied war das zum Abtreten der anderen deutschen Reiche, die einst untergingen: das Kaiserreich in einem verlorenen Krieg und das Hitlerreich in einer Trümmersüste vieler Völker. Nichts derartiges hat die DDR der Welt zugefügt ... Die Welt wird sich einst an den Sozialismus erinnern als an eine menschliche Lebensweise. In dieser Erinnerung wird auch das Tun solcher Menschen aufbewahrt sein, die den Sozialismus als Staatsform verteidigt haben. Ihnen allen und ihm heute besonders sei dafür Dank gesagt und Ehre erwiesen!“
Aus der Trauerrede von Peter Franz, Weimar, für den Arbeitersohn Alfred Lampe, Obermaschinist auf dem Minenräumboot „Karl-Marx-Stadt“ und Elektromeister, später Diplomingenieur, der von der Volksmarine der DDR zur Kreisdienststelle Apolda des MfS ging.

Wie die demokratische Bodenreform unterlaufen wird

Die Rückkehr der Junker

Schon wenige Tage nach Öffnung der Grenze zwischen DDR und BRD, im November 1989, „saßen in den Firmenetagen, Parteizentralen, Anwaltskanzleien und an Wohnzimmertischen die Bundesbürgerinnen und Bundesbürger und teilten die DDR unter sich auf ... Kein Fleckchen zwischen Elbe und Oder, zwischen Thüringer Wald und Ostseeküste blieb verschont“, las man in dem von Klaus Humann herausgegebenen Buch „Wir sind das Geld“ (Reinbek 1990).

Was den Grund und Boden betraf, meldeten sich die Junker sehr bald, ermutigt durch ihre mächtige Lobby in den Bonner Regierungsparteien und Verfassungsrechtler vom Schläge eines Rupert Scholz. Sie erhoben Anspruch auf die Rückgabe des seit 50 Jahren den Bauern gehörenden Landes. Genau um dies zu verhindern, wurde am 15. Juni 1990 in einer „Gemeinsamen Erklärung“ der Regierungen der DDR und der BRD zur Regelung offener Vermögensfragen festgeschrieben, daß „die Enteignungen auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage (1945-1949) ... nicht mehr rückgängig zu machen“ sind. Obwohl Gorbatschow, wie er am 2. 10. 1995 in einem SPIEGEL-Interview zugab, die DDR an die BRD auslieferte („Schön, ich gab die DDR weg.“), wurde von sowjetischer Seite eine Revision der Eigentums- und Bodenverhältnisse am 9. und am 22. Juni 1990 bei 2 + 4-Treffen auf hoher Beamtenebene in Berlin-West und am 30. August 1990 bei der Unterredung zwischen dem sowjetischen Vizeaußenminister Julij Kwi-zinskij und dem Abteilungsleiter im auswärtigen Amt Dieter Kastrup in Moskau ausdrücklich ausgeschlossen. Die „Gemeinsame Erklärung“ wurde Bestandteil des Einigungsvertrages.

„Wie wichtig der Sowjetunion die Behandlung dieser Fragen war, hatte Kastrup mit dem Hinweis deutlich gemacht, daß die Bodenreform im Verhandlungspapier Moskaus an vierter Stelle von 14 Punkten behandelt worden sei und noch vor der NATO-Problematik gestanden hätte“, berichtete die „Frankfurter Rundschau“ am 31. 8. 1994. Sowohl die Regierung der DDR als auch die Volkskammer haben dem „Beitritt“ zur BRD erst zugestimmt, nachdem die Bundesregierung die Festschreibung einer Nichtrevision in der Eigentumsfrage im Einigungsvertrag ausdrücklich zugesichert hatte. Durch das Volkskammergesetz vom 16. 3. 1990 wurden die bodenreformbegünstigten Bauern zu Volleigentümern erklärt. In einem Urteil vom April 1991 bestätigte das Bundesverfassungsgericht ebenfalls die Unumkehrbarkeit der Bodenreform.

Für Beunruhigung bei den Bauern und Freude bei den Junkern sorgte indes eine Äußerung Gorbatschows, in der er das Festhalten an den Ergebnissen der Bodenreform keineswegs als Bedingung für die „Wiedervereinigung“ betrachtete. Trotz eindeutiger gesetzlicher Regelungen haben die Großgrundbesitzer absolut nicht aufgegeben. Sie sind inzwischen gut organisiert. Eine Reihe sogenannter „Interessengemeinschaften“, teils in Vereinsform, wurde gegründet. Unterstützt vom Zentral-

organ der deutschen Bourgeoisie, der FAZ, und anderen Blättern sind sie auch publizistisch in die Offensive gegangen und bezeichnen die Bodenreform als „ein dunkles Kapitel des Unrechts“. Zu ihrer Verteidigung und in der Absicht, die Geschichte im Sinne bürgerlicher Geschichtsklitterung und reaktionärer Fälschung umzuschreiben, haben sie schon ein Buch im Umfang von 582 Seiten veröffentlicht.

Unterdessen vollzog die Bundesregierung eilig praktische Maßnahmen zur Aushebelung der Bodenreform. Das von ihr eingebrachte Entschädigungs- und Ausgleichsgesetz ist eine Aushöhlung der im „Einigungsvertrag“ festgelegten Bestandskraft der veränderten Eigentumsverhältnisse. Es ermöglicht eine vertragswidrige Rückgabe des Landes an die Junker durch die Hintertür. So sollte der „dickste Brocken“ des DDR-Eigentums – nämlich von 3,3 Millionen ha Bodenreformland rund 1,3 Mio. ha – privatisiert bzw. für einen Spottpreis von 3 000 DM je ha an die Junker verschertelt werden. Die „Treuhand“ ging sogar so weit, das „Bodenreformland nur mit dem Einverständnis der Alteigentümer zu verpachten“. Das ermunterte die Junker so sehr, daß sie in Mecklenburg-Vorpommern (Bredentin) sogar das Denkmal der Bodenreform im See versenkten.

Die vorerst von den Gerichten nicht immer befriedigten Ansprüche der Großgrundbesitzer sind gigantisch. Ein einziger, nämlich der Nachfahre derer zu Putbus, klagte auf Rückübertragung von 10 000 ha Land und Wiesen einschließlich 78 Höfen und 5 000 ha Wald sowie 29 fürstlichen Bauten auf Rügen. Er wollte ein Viertel der ganzen Insel.

Nicht wenige Junker und ihre Nachkommen waren Offiziere der Wehrmacht und damit direkt an Krieg und Vertreibung anderer Völker beteiligt. Um sich nach 1945 im Osten der Strafe zu entziehen, flohen sie in den Westen und gelangten bei der wieder neu organisierten Armee der BRD abermals auf Kommandoposten. Etwa 10 % der Offiziere der Bundeswehr waren und sind Adlige. Auch hohe und höchste Ämter im Staatsapparat wurden und werden von Junkerfamilien besetzt. Einige von ihnen forderten prompt ihr „altes Eigentum“ auf früherem DDR-Gebiet zurück. Der Bundeswehroffizier und Urenkel des im mecklenburgischen Buraw enteigneten Junkers Schramm verlangte die Rückgabe der 120 ha „seines Urgroßvaters“. Er ließ sich für kurze Zeit von der Truppe suspendieren, weil eine Klausel im Entschädigungsgesetz die Ortsansässigkeit des neuen Gutsherrn als Voraussetzung für die Wiedergabe vorschreibt. Obwohl das Land schon an die Marktfucht GmbH Har-

nack durch die „Treuhand“ verpachtet war, bekam des Junkers Nachkomme es dennoch. Schramm setzte einen Verwalter ein und kehrte zur Bundeswehr zurück. Dieser Erfolg ermutigte auch andere. Plötzlich forderte ein Freiherr Falk von Maltzahn, Bundesrichter in Karlsruhe, von der „Treuhand“ 821 ha Land, das bereits an die Frese-Radloff GbR verpachtet war. Der Pachtvertrag wurde durch eine Entscheidung des Ministerpräsidenten des Landes vom 28. 8. 1995 aufgehoben und 300 ha an den besagten Rechtswahrer übergeben. Auch ersetzte einen Verwalter ein und ging nach Karlsruhe zurück, um den Rest des beanspruchten Landes zunächst zu pachten und später zu erwerben. Die Entscheidung über den Antrag des Freiherrn von Maltzahn ist ein Präzedenzfall und bezeichnend für die Umsetzung der Vorgaben der Bundesregierung zur Bodenreform. Es gibt Junker wie Hermann Graf von Pückler, die gar nicht verstehen können, warum sie „ihren“ Grundbesitz nicht sofort, in Gänze und bedingungslos zurückbekommen, obwohl er doch unter der Kontrolle des Bundes liegt. Zugleich hatten sich etliche westdeutsche „Bauern“ gemeldet, die endlich einmal Landwirtschaft in großem Stil betreiben wollen, nachdem sich auf dem Gebiet der früheren DDR überraschend die Möglichkeit dazu ergeben hatte. Thomas Holm aus Reinfeld in Schleswig Holstein, der dort 140 ha besaß, kaufte sich z. B. in Warnkenhagen (Mecklenburg) weitere 450 ha hinzu – eine Größenordnung, die auch im Westen fast nur Gutsbesitzer ihr eigen nennen. Schon Ende 1991 waren 1 075 westdeutsche Agrarbetriebe von der Treuhandanstalt mit 250 000 ha gekauften oder gepachteten Bodens versorgt worden.

Die Reprivatisierung des DDR-Eigentums im allgemeinen und der Ländereien im besonderen gleicht einer Eroberung ohne Waffen. „Der Eindruck der Ostdeutschen, ihre Heimat werde im Kolonialstil von den Westdeutschen in Besitz genommen, ist keinesfalls nur ein subjektives Zerrbild der Realität. Auch objektiv gesehen läuft beinahe alles auf eine Kolonialisierung der Wirtschaft und Gesellschaft der einstigen DDR hinaus.“, stellten Peter Christ und Ralf Neubauer in ihrem 1993 bei Reinbek erschienenen Buch „Kolonie im eigenen Land“ fest. Ein Fazit, dem sich der Autor dieses Artikels nur anschließen kann.

Dr. Matin Baraki



RA Prof. Dr. Erich Buchholz zum Amoklauf von Erfurt

Kriminalitätsbelastung in DDR und BRD

Kürzlich erklärte Innenminister Rechtsanwalt Otto Schily anlässlich der Vorstellung der Kriminalstatistik des Jahres 2001, die Bundesrepublik gehöre zu den sichersten Ländern der Welt. Zur Zeit des Bestehens der DDR war er noch nicht in der Regierung. Seine Beamten haben ihm später geflissentlich vorenthalten, daß die Kriminalitätsbelastung in der DDR – umgerechnet auf die Bevölkerungszahl – nur rund ein Zehntel jener der BRD ausmachte. So dürfen wir ihm in Erinnerung bringen, daß das Leben in der DDR – nach Schilys Berechnungsmethoden – also etwa zehnmal sicherer war, als es heute in der Bundesrepublik ist. Jedenfalls gehörte die DDR nach einer von der UNO im Jahre 1983 veranlaßten Untersuchung zu den 10 Ländern der Welt mit der geringsten Kriminalitätsbelastung. Unter den ehemals sozialistischen Staaten nahm sie in dieser Hinsicht wohl den Spitzenplatz ein. Dies war in Fachkreisen damals allgemein bekannt. Westliche Experten „erklärten“ dieses die DDR auszeichnende Phänomen damit, die weitaus höhere Kriminalität in den kapitalistischen Ländern sei der „Tribut an die Freiheit“. Wir haben uns für diese „Freiheit“ stets bedankt.

In unseren Tagen hat sich der Massenmord eines jungen Amokläufers in Erfurt zugegetragen. Er bedrückt uns, wir empfinden Trauer um die Opfer und Mitgefühl mit den Hinterbliebenen. Wenn aber der CDU-Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, der ehemalige Chefarzt Dr. Böhmer, dieses Geschehen als Tat eines Psychopathen, die „überall“ vorkommen könne, bezeichnet, und damit jeglichen gesellschaftlichen Zusammenhang, jegliche Verantwortung „der Politik“ für den Tod dieser 16 Menschen beiseite schiebt, dann kann man dazu nicht schweigen.

Ich behaupte: Wenn es die DDR heute noch gäbe, wären die 16 Erfurter nicht Opfer eines solchen Massakers geworden. Wie zahlreiche andere im Gefolge der „Einheit“ zu Tode Gekommene könnten sie noch leben. Hierzu einige Feststellungen:

Erstens: Nachdem die vier alliierten Sieger über Hitlerdeutschland durch Kontrollratsbefehl Nr. 2 vom 7. Januar 1946 jeglichen Besitz an Waffen und Munition verboten und Zuwiderhandeln unter strenge Strafe, auch Todesstrafe, gestellt hatten, war durch die DDR dieses strikte Verbot – nach Aufhebung der Alliiertengesetze – durch eigene Gesetzgebungsakte aufrechterhalten worden. So durch die VO vom 29. 9. 1959 über die Bestrafung von unbefugtem Waffenbesitz und Waffenverlust und seit 1968 durch die §§ 206 ff. StGB/DDR. In über 40 Jahren strikter Kontrolle über jeglichen Waffen- und Munitionsbesitz wurde in der DDR erreicht, daß es fast keinen illegalen Waffenbesitz gab. Die Verwendung von Schußwaffen, Munition und Sprengmitteln stellte bei Straftaten eine absolute Ausnahme und Seltenheit dar. Legalen Waffenbesitz – bei Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane, bei der Gesellschaft für Sport und Technik und bei Jagdkollektiven unterlag strengster Kontrolle. Es gab ganz wenige individuelle Waffenträger. In der DDR war es absolut ausgeschlossen, daß ein junger Mensch solche Waffen, wie sie Robert Steinhäuser besaß, und solche Mengen Munition bei sich zu Hause hätte aufbewahren

können. Persönliche Rachegefühle eines einzelnen hätten damals nicht solche Auswirkungen gehabt.

In der Bundesrepublik hingegen wurden unkontrolliertem Waffenbesitz im Namen der „Freiheit“ Tür und Tor geöffnet. Wenn man jetzt, nach dem schrecklichen Geschehen von Erfurt und vor dem Hintergrund anstehender Parlamentswahlen in auffälliger Hektik scharfe und „nachbessernde“ Gesetze erlassen möchte, dann ist das für die Opfer des Amoklaufs zu spät. Es ist offensichtlich, daß man 20 Millionen Waffen, die sich in der BRD legal und illegal in Privathand befinden, nicht kurzfristig aus dem Verkehr ziehen kann. Sie werden uns noch über Jahrzehnte bedrohen.

Zweitens: Die Möglichkeit, über die Erweiterte Oberschule (EOS) das Abitur erwerben zu können, war in der DDR aus gutem Grund „reglementiert“ und kontingentiert. Die nach strengen Prinzipien ausgewählten Schüler boten mit ihrem schulischen Leistungsvermögen alle Voraussetzungen, das Abitur ablegen zu können. Wer eine EOS besuchen durfte, wollte und sollte deren Ziel auch erreichen. Soweit es im Einzelfall besondere Probleme gab und alle kollektive Hilfe fehlschlug, blieb auch jemand, der letztendlich die EOS verlassen mußte, nicht allein. Ihm wurden Alternativen und zumutbare Möglichkeiten eröffnet, sei es durch Vermittlung einer adäquaten Lehrstelle oder die Chance, das Abitur im Abendstudium über die Volkshochschule doch noch ablegen zu können. Für die DDR war es charakteristisch, daß sich einer um den anderen kümmerte. Kollektivität und Mitmenschlichkeit, die jetzt auf einmal heuchlerisch eingefordert werden, waren in der DDR Alltag – ein Alltag, der aus der Sicht westlicher Freiheitsverkünder als „üble Sozialkontrolle“ oder „Diktatur“ abqualifiziert und denunziert wurde.

Hinzu kommt, daß sich junge Bürger im Osten heute mit Problemen konfrontiert sehen, die es in der DDR nicht gab. Angesichts hoher Jugendarbeitslosigkeit verringern sich die Berufsaussichten und Lebensperspektiven derer, die das Abitur verpaten, drastisch. Die Entfernung von einem Gymnasium – noch dazu ohne jegliches Abschlußzertifikat – kommt unter diesen Umständen einer persönlichen Lebenskatastrophe gleich, aus der ein Betroffener oft keinen Ausweg sieht.

Drittens: In der BRD gehört die Gewalt zum Alltag, nicht nur in den Medien und im Internet. Auch wenn jetzt erklärt wird, man wolle deren Freiheit, in hohen Dosen Gewalt, Brutalität und Menschenverachtung vorzuführen, einschränken, dann ist das nur die halbe Wahrheit, denn die Kriegsverherrlichung hält an. Der Blick wird auf „Böse“, „Schuldige“ und „Schurken“ verengt. Wenn heutzutage Großmächte und sie stützende oder von ihnen gestützte Staaten ungestraft Tausende und Abertausende Unschuldiger ermorden oder auf andere Weise zu Tode bringen dürfen – von Jugoslawien über Afghanistan bis nach Palästina oder Irak –, dann demonstrieren die Mächtigen, daß für sie ein Menschenleben nicht zählt. Und wenn solche Politik auch durch die derzeitige Bundesregierung „aus Bündnisverpflichtungen“ mitgetragen wird, dann darf man nicht erstaunt sein, wenn sich ein junger Bürger in einer Verzweiflungssituation ebenfalls das „Recht“ anmaßt, über das Leben anderer zu verfügen!

Die Imitierung „amerikanischer Verhältnisse“ ist doch ebenso zeitgemäß wie die Nachahmung amerikanischer Herrschaftsstrategien.

Unser Autor war langjährig Direktor des Instituts für Strafrecht der Berliner Humboldt-Universität.

Europas Räuber Nr. 1 erhielt den Karlspreis

Prämie für Piraten

Der Aachener Karlspreis ist eine Auszeichnung für Leute, die sich in den Augen der deutschen Reaktion besonders verdient gemacht haben. Die Liste der bisherigen Preisträger spricht Bände.

Doch diesmal blieb selbst dem abgehärteten Publikum bei der Laudatio die Spucke weg. Kein Bannerträger konservativer Ideen oder konterrevolutionärer Praktiken wurde gekürt und auf den Aachener Thron gehoben. Der holländische Bankier Wim Duisenberg, den sich einst Kohl und Waigel (übrigens der Erfinder des Wortes „Euro“) für den Chefessel der nicht zufällig in Frankfurt/M. angesiedelten Europäischen Zentralbank ausbedungen hatten, nahm die „hohe Ehrung“ entgegen. Stellvertretend. Denn sie galt nicht ihm, sondern dem größten Piraten Europas: dem Euro. Als die DDR-Bürger 1990 mit der D-Mark beglückt wurden und beim Umtausch feststellen mußten, daß sie die Hälfte ihrer Ersparnisse und Barguthaben verloren hatten, glaubten die Jüngeren unter ihnen, nur einmal im Leben einem solchen Taschenraub zum Opfer zu fallen; die Alten hatten ja be-

reits die Erfahrungen aus der Inflation. Doch durch die Einführung des Euro sind auch sie ein zweites Mal geprellt worden – und mit ihnen die Bürger aller anderen EU-Staaten. Denn der ökonomische Haupteffekt dieser politisch auf die kontinentale Vorherrschaft Deutschlands und Frankreichs und finanziell auf ein Ausbieten des Dollars als der alleinigen Leitwährung des Kapitalismus abzielenden Operation bestand in der kollektiven Teilenteignung sämtlicher europäischer Sparvermögen. Keiner weiß genau, wie hoch der Prozentsatz des Ärmerwerdens tatsächlich ist, aber jeder spürt es täglich beim Einkauf, bei Dienstleistungen, bei Gebühren, daß ihm der Euro einen Teil seiner Kaufkraft weggefressen hat. Selbst Schröder mußte das jetzt thematisieren.

Der Karlspreis von Aachen – sonst nur Reaktionären deutscher und fremder Zunge vorbehalten – ist in diesem Jahr zur Prämie für einen Räuber geworden. Die Banker und andere Börsenmagnaten haben ihm und sich selbst dazu gratulieren können, wie erfolgreich das breite Publikum eingeseift und über den Löffel balbiert worden ist.

C. A.

Diskurs über wissenschaftlichen Sozialismus (44)

Zur Phrase vom „Volksstaat“

In der Ausarbeitung der Staatsfrage nach der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse in der Schrift „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ konzentrierte sich Marx auf die Problematik des notwendigen „Zerbrechens“ der Repressivorgane des alten Staatsapparates. Aber in diesem Werk sind zugleich auch schon andere Momente enthalten, die im weiteren staats-theoretischen Denken von Marx und Engels zu einem bedeutenden Erkenntnisfortschritt führen sollten. Bereits im „Bürgerkrieg“ stellte Marx die Frage nach den „berechtigten Funktionen“ der Staatsorgane, die der alten herrschenden Klasse zu entreißen und den „verantwortlichen Dienern“ der Gesellschaft zurückzugeben seien. Schon aus diesem Satz wird klar, daß es der Arbeiterklasse nicht um die Zerstörung des Staates gehen kann. In seiner „Kritik des Gothaer Programms“ (1875) formulierte Marx die Frage genauer: „Welche Umwandlungen wird das Staatswesen in einer kommunistischen Gesellschaft untergehen? (1891: erleiden), welche gesellschaftlichen Funktionen bleiben dort übrig, die jetzigen Staatsfunktionen analog sind?“ (MEW 19/28) Diese Frage konnte Marx in seiner Zeit, wie er sich ausdrückte, „nur wissenschaftlich“ beantworten. Aber eins war klar: Es blieben nach der „Zerstörung“ der Repressivorgane „gesellschaftliche Funktionen“, die bisher von Staatsorganen ausgeübt wurden, übrig, die nunmehr „umzuwandeln“ waren.

Wichtig scheint der Hinweis von Marx, daß man „dem Problem durch tausendfache Zusammensetzung des Worts Volk mit dem Wort Staat auch nicht um einen Flohsprung näher“ komme. (Ebd.)

Desgleichen polemisierte Engels in seinem Brief an Bebel (März 1875) gegen die Phrase vom „Volksstaat“, der ihnen „von den Anarchisten bis zum Überdruß in die Zähne geworfen worden“ war. Der Staat sei nun mal „nur eine vorübergehende Einrichtung“ in der sozialistischen Gesellschaft, der „sich von selbst auflöst und verschwindet“. In der Revolution bediene man sich des Staates zur gewaltsamen Unterdrückung ihrer Gegner. So sei es „purer Unsinn, vom freien Volksstaat zu sprechen“, denn solange das Proletariat den Staat noch benötige, gebrauche es ihn „nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen“. (MEW 19/6 f.) Fristen über das „Solange“ gab Engels nicht an. Spekulationen waren ihm und Marx fremd.

Diesen „puren Unsinn“ proklamierte dann Chruschtschow im Oktober 1961 auf dem XXII. Parteitag der KPdSU wohl in dem illusionären Glauben, daß es in der Sowjetunion keine Gegner mehr gäbe, mit der programmatischen Verkündung des „Staates des ganzen Volkes“ als einer neuen Etappe in der Entwicklung des sozialistischen Staates, eines überaus wichtigen Marksteins auf dem Wege des Hinüberwachsens des sozialistischen Staatswesens in die kommunistische gesellschaftliche Selbstverwaltung. Die Ergebnisse dieser „schöpferischen“ Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen Staats-



theorie sind inzwischen hinreichend bekannt.

In einem Brief an Philip Van Patten vom 18. April 1883 ging Engels nochmals auf die Anarchisten ein: „Sie erklären, die proletarische Revolution müsse damit anfangen, daß sie die politische Organisation des Staates abschafft. Aber die einzige Organisation, die das siegende Proletariat fertig vorfindet, ist eben der Staat“. (MEW 36/11)

Der Staat möge der Änderungen bedürfen, ehe er seine neuen Funktionen erfüllen könne, aber ihn gänzlich zu zerstören bedeute, „den einzigen Organismus“ zu beseitigen, „vermittelst dessen das siegende Proletariat seine eben eroberte Macht geltend machen, seine kapitalistischen Gegner niederhalten“ und die notwendigen ökonomischen Reformen durchsetzen kann. Engels präziserte den Gedanken, daß das siegreiche Proletariat den alten Leitungsapparat übernehmen, ihn in seinem Interesse umwandeln, verändern muß, um die neue, sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Ohne die Übernahme – und Umwandlung – des alten Leitungsapparates ist die politische Macht nicht zu sichern. Dieser Gedanke bildet die Nahtstelle zur Staatstheorie Lenins, wie sie in dessen Schrift „Staat und Revolution“ vom August 1917 ihren konzentrierten Ausdruck fand.

Anfang der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts brachte eine Gruppe halbanarchistischer Studenten und Literaten erneut die mit der Staatstheorie eng verbundene Frage nach der Autorität in die Diskussion ein, eröffnete sie „einen regelrechten Kreuzzug gegen das, was sie Autoritätsprinzip“ nannte. (MEW 18/305) Bis in die Gegenwart wird dieses Problem immer wieder aufs neue diskutiert, obwohl es doch eigentlich als geklärt gelten sollte. Es spielte auch 1920 in der jungen, politisch noch wenig erfahrenen Kommunistischen Partei Deutschlands

eine Rolle. Hier wurde es von den „Linken“ in der Partei aufgeworfen.

Autorität sei von Übel, denn sie setze auf der anderen Seite Unterordnung voraus. Diese zwei Worte hätten einen „üblen Klang“, so Engels, denn das Verhältnis, das sie zum Ausdruck brächten, sei „für den untergeordneten Teil unangenehm“. (Ebd.)

Der Machtmißbrauch herrschender Ausbeuterklassen, die mit dem Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapital zunehmende Machtfülle der Staatsorgane sowie autoritäre Maßnahmen auch des sozialistischen Staates im Klassenkampf gegen die innere und äußere Konterrevolution – auch Einzelfälle von Machtmißbrauch durch Funktionäre der am Ruder befindlichen Partei – sind heute der Nährboden für diesen halbanarchistischen intellektuellen-Antiautoritarismus.

Autorität in der Führung und Leitung gesellschaftlicher Prozesse ist keine Erfindung des Marxismus-Leninismus. Nach Engels variieren Autorität und Unterordnung in verschiedenen Phasen der sozialen Entwicklung. Sie gingen aus der maschinellen Großproduktion, aus kombinierter Tätigkeit hervor. Mit Ausbreitung der modernen Industrie, der Anwendung von Wissenschaft und Technik im gesamten Reproduktionsbereich der Gesellschaft dehnt sich das Feld der Autorität immer weiter aus. Hier sei nur auf die Beherrschung der Atomenergie verwiesen.

Engels wies nach, daß es nur darum gehen kann, die politische Autorität der herrschenden Ausbeuterklasse durch die proletarische Revolution aufzuheben. Dies aber bedeute, die politische Autorität des Proletariats zu errichten. In der klassenlosen kommunistischen Gesellschaft, wenn der Staat abstirbt, stirbt auch die politische Autorität ab, aber nicht jede Autorität. Diese wird ihre Form wechseln. Aber auch in der kommunistischen Gesellschaft wird es Leitung der Produktion, des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses als Ganzes geben und damit Autorität und Unterordnung.

Ulrich Huar

LESEEMPFEHLUNG:

K. Marx: Kritik des Gothaer Programms, Abschn. IV. In: MEW 19/27-32

F. Engels: Von der Autorität. In: MEW 18/305-308



Kürzere Arbeitszeiten sind unfair zu Profiten

Aus „The Guardian“, Sydney

Aus dem Leben der Hamburger Regionalgruppe des Fördervereins

Der „RotFuchs“ an der Waterkant

Angefangen haben wir mit regelmäßiger Sammlung von Spenden für den RF. Nach der Gründung des Vereins sind die Genossen und Genossinnen unseres Leserkreises dann Mitglieder geworden und im Herbst 2001 haben wir den Beschluß gefaßt, die Regionalgruppe Hamburg zu bilden. Fast genau die Hälfte von uns sind Frauen. Unser Durchschnittsalter liegt erheblich unter dem der Gesamtmitgliedschaft und die Mehrheit hat (noch) einen festen Arbeitsplatz. Politisch aktiv sind alle seit langem und aus der Arbeit in der antiimperialistischen und antifaschistischen Bewegung auch miteinander vertraut. Auf alle übt der „RotFuchs“ eine große Anziehungskraft aus, wobei sicher seine Position der konsequenten Verteidigung der DDR als der größten Errungenschaft in der Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung eine ganz zentrale Rolle spielt. Es wäre ein Beitrag für sich, die Gründe zu erklären, warum das bei uns – wir sind durchweg aus der BRD oder aus Westberlin – so ist: Sie waren jedenfalls schwerwiegend genug, um sich, trotz früherer negativer Erfahrungen mancher mit politischen Gruppierungen, wieder zu organisieren.

Unsere Gruppe kommt regelmäßig im Abstand von einigen Wochen zusammen. Darüber hinaus treffen sich manche auch zu inhaltlichen Gesprächen und in anderen politischen Zusammenhängen, z. B. in der „Internationalen Jugoslawien-Solidarität“. Wir beraten uns auch mit RF-Lesern, die keine Vereinsmitglieder sind. Abgesehen von der Analyse der politischen Lage und anderen aktuellen Fragen, auch auf der Grundlage von RF-Artikeln, richtete sich unsere bisherige Diskussion vor allem darauf, wie wir für den RF gezielt neue Leser, Unterstützer und Vereinsmitglieder gewinnen können. Zu diesem Zweck haben wir erste Aktionen beschlossen und durchgeführt, die unsere Zeitschrift bekannt(er) machen sollten und zugleich die Haupttrichter unserer Arbeit vermittelten: Kampf gegen den imperialistischen Krieg, für internationale Solidarität, Frieden und Sozialismus.

Unsere erste Aktion fand allerdings nicht in Hamburg statt, sondern in Berlin auf der Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Demo, wo wir unter einem großen, die ganze Straße überspannenden Transparent mit dem „RotFuchs“-Zeitungskopf verdeutlichten, wofür wir stehen: „Nieder mit dem imperialistischen Krieg“, hieß unsere Losung.

Da alle Gruppenmitglieder dieses Auftreten als Erfolg werteten, beschlossen wir auf dem nächsten Treffen, uns in gleicher Weise am Hamburger Ostermarsch zu beteiligen. Er stand in diesem Jahr ganz im Zeichen des Widerstandes gegen die zionistische Aggression in Palästina und wurde weit größer, als von den Organisatoren erwartet – vor allem auch durch die Teilnahme zahlreicher arabischer Kampfgefährten. Gerade in diesem Zusammenhang war unser Transparent richtig und fand Zustimmung. Einige, so ein Genosse von der DKP, waren erstaunt, daß der RF-Verein in Hamburg existiert, Fuß faßt und demonstriert. So konnten wir bei der folgenden Gruppen-

sitzung auch diese Aktion positiv bewerten und uns bereits auf die nächste am 1. Mai orientieren.

Angeichts andauernder grausamer Operationen der israelischen Soldateska beschlossen wir, die gesamte Seite 1 des April-RF mit dem Artikel „Antisemit Sharon“ zum Flugblatt zu machen. Auf der Rückseite plazierte wir den Beitrag „Der ‚RotFuchs‘ stellt sich vor“ und unser Impressum.



sum. Das Interesse unter den etwa 5 000 Demonstranten war groß, viele erbaten Auskünfte über Zeitschrift und Verein. Unsere 500 Flugblätter ließen sich schnell und problemlos verteilen. Aufmerksamkeit fanden auch die RF-Exemplare, welche von Genossen der iranischen Tudeh-Partei an ihrem Info-Stand mit ausgelegt worden waren – wir danken ihnen an dieser Stelle noch einmal für ihre solidarische Unterstützung!

Trotz aller hier geschilderten guten Ansätze soll dies kein Jubelartikel sein. In der kurzen Zeit unseres Bestehens stießen wir auch auf Probleme, die sich u. a. aus beruflich bedingtem Zeitmangel und jenen nicht gerade erfreulichen Erfahrungen ergeben, die wir alle bei der politischen Arbeit gerade in dieser Stadt gemacht haben. Dennoch sind wir guter Dinge und davon überzeugt, daß genaues und zielgerichtetes Handeln auch in Hamburg Erfolg haben und zur Stärkung unserer Gruppe wie des gesamten Vereins führen wird. Damit wollen wir, wie es der „RotFuchs“ landesweit anstrebt, zum Zusammenschluß von Kommunisten und Sozialisten unterschiedlicher Herkunft, mit und ohne Parteibuch, beitragen.

Werner Hoppe

Ein anregender und lehrreicher Vortrag über Medizin gestern und heute

Kurt Franke strahlte Wärme aus

Für den 30. Mai hatte die inzwischen gut in Schwung gekommene Berliner Regionalgruppe des „RotFuchs“-Fördervereins erneut in das angenehme Ambiente des Begegnungszentrums der Volkssolidarität in der Torstraße zu einer Veranstaltung mit Prof. Dr. sc. med. Kurt Franke – einem aus der Garde international bekannter Mediziner der DDR – eingeladen. Genosse Franke, der sich besonders über die Teilnahme zweier erfahrener Operationsschwester aus seinem einstigen Kollektiv im Krankenhaus Friedrichshain freute, gab einen Mix aus Buchlesung, Darstellung autobiographischer Details und politischer Parteinahme. Er stellte sein im letzten „RotFuchs“-rezensiertes Buch „Chirurg am linken Ufer der Panke“ vor, das in der Pause schnell ausverkauft war. Der mitgebrachte Vorrat reichte bei weitem nicht aus.

Auf die dem Vortrag folgende Diskussion übertrugen sich die Wärme und Sachlichkeit des Redners, der sich als fest mit der DDR und ihren besten Traditionen verbundener Sozialist bekannt hatte. Und noch ein weiterer Zug Kurt Frankes wurde als besonders wohlthuend empfunden: seine persönliche Bescheidenheit, die den Moderator veranlaßte, von einem „Understatement“ des Gastes zu sprechen. Der berühmte Chirurg, dessen Name national wie international nicht zuletzt mit der jahrzehntelangen von ihm praktizierten modernen Kniechirurgie verbunden ist, hatte diese Seite seiner Tätigkeit nicht in den Vordergrund gerückt.

Als eine der früheren OP-Schwester Kurt Franke einen prächtigen Blumenstrauß überreichte, spürte der durch die neuen Machthaber gemäßregelte Chefchirurg des Krankenhauses Berlin-Pankow, daß sein engagiertes Wirken bei Patienten und Kollegen bis heute Anerkennung findet. Die Teilnehmer der ermutigenden und inspirierenden Veranstaltung, die vor allem auch Bildungscharakter trug, werteten die Zusammenkunft als einen weiteren Schritt bei der Entwicklung und Festigung der Berliner Regionalgruppe.

E. H.

Generalleutnant a. D. Dr. Wolfgang Schwanitz und weitere Generale des MfS der DDR stellen ihr neues Buch

Die Sicherheit Zur Abwehrarbeit des MfS in Schwerin vor.

Die Regionalgruppe des „RotFuchs“-Fördervereins e. V. lädt für
**Sonntag, den 22. Juni 2002,
10.00 Uhr** in den Saal des Schweriner Restaurants „Lindengarten“,
Lübecker Straße 270, herzlich ein.

Arretierter Totalverweigerer Ringo Ehlert bleibt sich selbst treu

Ein Brief aus dem Militärknast

Der im Bundeswehr-Arrest gehaltene Totalverweigerer Ringo Ehlert schrieb an Genossen Dieter Itzerott, Torgau, folgenden Brief:

Lieber Dieter. Vielen Dank für den Brief und Deine Solidarität. Ihr gebt mir viel Kraft in meinem, in unserem Kampf. Gerade solchen wie Dir – Genossen und Veteranen des Aufbaus – widme ich meine Handlung. Ich ziehe meinen Hut und kann nur in Hochachtung sagen: Nichts und niemand ist vergessen! Es war damals eine verdammte harte Zeit, und ich beneide Euch ein bißchen darum, diesen Neuanfang gewagt und mitgemacht zu haben. Es waren weniger die großen Namen, die dieses Land des Friedens erbauten; es waren die vielen, deren Namen oft nicht bekannt sind. Ihr habt mit Euren Händen die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse aus der Asche und dem Schmutz des

Weltkrieges gekratzt. Daß die anderen nun doch wieder die Uhr zurückgedreht haben, ist am Ende doch nur eine Galgenfrist für ihr verfaultes System, das sie schon viel zu lange durch die Jahrhunderte schleppen. Ich bin mir sicher, wir werden Fehler nicht zweimal begehen und aus unseren Errungenschaften, Euren Errungenschaften lernen, auch aus manchem, das uns nicht so von der Hand ging. So wie Lenin aus der Pariser Commune, die Völker der Erde aus der Oktoberrevolution, so werden auch wir aus 40 Jahren Frieden durch Arbeiter- und Bauernhand lernen! Was viele von uns jungen Genossen, obgleich es uns an Erfahrung oft mangelt, wissen: Keinen Cent und keinen Mann für dieses System!

Freundschaft Ringo

P. S. Heute ist der 8. Mai, mein erster hinter Gittern, da mach ich schon mal große Worte.

Der „RotFuchs“ übermittelt dem Genossen Ringo Ehlert herzliche revolutionäre Grüße in den Militärknast. Seine Haltung ist dem besten Teil der jungen Generation Vorbild. Wir stehen fest zu ihm, denn er gibt das Beispiel eines standhaften Kämpfers gegen jene, die Deutschland in imperialistische Aggressionskriege verstricken. Wir bitten unsere Leser, an Ringo zu denken, ihm Solidaritätspost, Blumen und kleine Geschenke auf folgende Adresse zu senden:

Ferdinand-von-Schill-Kaserne
2. Bataillon 413
Ringo Ehlert, z. Z. Arrest
Neumühlener Straße 10 b
17358 Torgelow

Aktuelle Infos unter: www.FDJ.de

„Rote Kalenderblätter“ - eine bemerkenswerte Reihe aus Brandenburg

Pflöcke, die den Weg markieren

Seit Beginn der modernen kommunistischen Bewegung Ende der 40er Jahre des 19. Jahrhunderts steht und fällt diese damit, daß es in Stadt und Land selbstlose, kluge, einsichtige, im Leben und im Meistern von Problemen erfahrene und organisatorisch befähigte Einzelkämpfer und Kollektive gibt. War die Bewegung zahlenmäßig stark, entsprach auch der Zulauf dem Einfluß. Wer jedoch in Zeiten finsterner Reaktion der Sache treu blieb, wußte, was er tat und was ihm schlimmstenfalls „blühen“ konnte. In solchen Situationen verabschiedeten sich schnell gewisse Leute, die zwar zungenfertig versichert hatten, Mitstreiter sein zu wollen, tatsächlich jedoch vor allem Selbstbestätigung, Profilierung und eigenen Vorteil gesucht hatten. Nicht zuletzt hat das zur Niederlage sozialistischer Gesellschaften beigetragen.

Wo immer Menschen lebten, die die Bezeichnungen Sozialist oder Kommunist verdienten, traten sie dadurch hervor, daß sie imstande waren, die reale Lage, das jeweilige Kräfteverhältnis und die eigenen Möglichkeiten nüchtern zu beurteilen und sich entsprechend in öffentliche Debatten einzumischen.

In Publikationsorganen der Arbeiterbewegung, z. B. nach Erlaß des „Sozialistengesetzes“ (1878-1890) waren Rubriken, die über den Fortgang und die Formen des Kampfes in den einzelnen Regionen informierten, äußerst wichtig. Sie gaben Denkanstöße und berichteten über die Vielfalt der Geschehnisse und Aktionen. Obwohl inzwischen Funk, Fernsehen und Internet umwälzend in die gegenseitige Verständigung und die geistige Beeinflussung großer Bevölkerungskreise Einzug gehalten haben, besitzen die gedruckten Informationsmittel nach wie vor ihren Wert. Goethes Devise „... denn was man schwarz auf weiß besitzt, kann man getrost nach Hause

tragen“ (Faust I, Schülerszene) gilt immer noch.

Wozu diese Vorbemerkungen? Sie kamen mir bei der Lektüre ganzer Jahrgänge der einmal monatlich erscheinenden und vom DKP-Landesverband Brandenburg herausgegebenen „Roten Kalenderblätter“ in den Sinn. In ihrer Gestalt liegt ein linkes Drukkerzeugnis vor, das kein DKP-Handbuch für „Kleinzeitingen“ empfiehlt, obwohl es im besten Sinne des Wortes bemerkenswert ist. Man sehe sich zum Vergleich Kalendarien an, die normalerweise im Buchhandel angeboten werden. In denen gibt es nicht einmal eine antifaschistisch-demokratische Rubrik; auch diesbezüglich wird zielstrebig „delegitimiert“.

Dessen überdrüssig, sich öffentlich für ihre aktive Teilnahme am Aufbau des Sozialismus „entschuldigen“ zu sollen oder lesen zu müssen, was nicht aus der DDR oder der Arbeiterbewegung stammende Pseudohistoriker seit 1990 über uns an ideologischem Unrat verbreiten, faßten beherzte Brandenburger Genossen vor über drei Jahren den Entschluß: Wir schreiben unsere Geschichte selbst. Ideenreiche Leute, die bis 1989 in verschiedenen Bereichen, vor allem in der DDR, aber auch in der alten BRD gewirkt haben, entwickelten ein Konzept und griffen zur Feder. Darunter sind neben altgedienten Berufs- und Hobby-Historikern auch solche, die früher keine vorrangig „schreibende Tätigkeit“ ausgeübt haben. Unter den Autoren befinden sich Arbeiter und LPG-Bauern, Lehrer, Ärzte, Offiziere und Journalisten, Partei- und Staatsfunktionäre mit gesellschaftswissenschaftlichem Diplom. Die Mitwirkung betrachten alle als ihren Beitrag zur politischen Auseinandersetzung, manche auch als spezifischen Teil ihrer Parteiarbeit. Unter den Schreibern befinden sich Genossinnen und Genossen aus DKP, KPD und PDS sowie Parteilose.

Verantwortliche Redakteure sind Prof. Dr. Erich Kundel und Klaus Weber. Das Layout besorgt Michael Forbrig. Drucker ist Peter Müller.

Wohlwissend, daß das derzeitige gesellschaftliche Sein das Ergebnis eines langen Prozesses ist und daß Tradition wörtlich „Übergabe“ bedeutet, erinnern die Kalenderblätter, deren Lektüre wir wärmstens empfehlen, an die verschiedensten historischen Ereignisse und Persönlichkeiten. Sie veranlassen zum Nachdenken und vermitteln damit aktuelle Einsichten. Dem kleinen Kollektiv ist eine bemerkenswerte Form des „Reaktivierens“ verdienstvoller und kenntnisreicher Menschen gelungen. Der „RotFuchs“ fühlt sich den auf gleicher Welle sendenden „Blättern“ solidarisch verbunden.

Eike Kopf



Wie die Berliner Proleten in den Gründerjahren „wohnten“

Schuppenstädte am Frankfurter Tor

„Daß der heutige Staat der Wohnungsplage weder abhelfen kann noch will ist sonnenklar“. Man könnte annehmen, dieser Satz wäre einer der letzten Nummern der UZ oder des „RotFuchs“ oder einem anderen linken Blatt entnommen. Aber das stimmt nicht. Zu dieser vernichtenden Einschätzung kam Friedrich Engels schon vor 130 Jahren. Als er 1872/73 in der in Leipzig erscheinenden Arbeiterzeitung „Der Volksstaat“ eine Artikelserie unter dem Titel „Zur Wohnungsfrage“ veröffentlichte, griff er damit in eine Diskussion ein, die unmittelbar nach dem Sieg Preußen-Deutschlands über Frankreich die Gemüter sehr bewegte, besonders die der Arbeiter. Die Reichseinigung 1871 und der von Frankreich erpreßte „Milliardensegen“ hatten zu einer sprunghaften Entwicklung der Industrie geführt, deren unmittelbare Folge eine enorme Zusammenballung des Proletariats in den Großstädten und Ballungszentren war. Das Wohnungselend der Arbeiter nahm katastrophale Formen an. Kaum in einer anderen Stadt waren die Wohnverhältnisse für die Masse der Bevölkerung so miserabel wie in Berlin. Im Jahre 1870 zählte es 775 000 Einwohner, 1873 waren es bereits über 900 000. Und schon 1876 wurde die Millionengrenze überschritten. Berlin wuchs Anfang der 70er Jahre jährlich um etwa 50 000 Menschen. Die Wohnungsnot rigoros ausnutzend, trieben die Hausbesitzer die Mieten in die Höhe. Ihre Einnahmen stiegen von 1871 bis 1873 auf 190 Prozent. Wer die Wuchermieten nicht zahlen konnte, wurde unbarmherzig auf die Straße gesetzt. Im April 1872 registrierte man in Berlin 250 Familien mit 1 500 Personen ohne Obdach. Vor dem Kottbusser, Frankfurter und Landsberger Tor – heute die Gegend um Ostbahnhof, Strausberger Platz und Platz der Vereinten Nationen – begannen regelrechte Schuppenstädte aus dem Boden zu wachsen. Es waren elende, aller Zivilisation Hohn sprechende Bretterbuden, in denen Hunderte von Obdachlosen mit ihrer kümmerlichen Habe hausteten. Die Berliner Sozialdemokraten protestierten in mehreren Volksversammlungen gegen die menschenunwürdige Behandlung der Obdachlosen. Die Stadt unternahm jedoch nichts. Und so kam es Ende Juli 1872 zu regelrechten Straßenkämpfen zwischen Bevölkerung und Polizei. Als am 25. jenes Monats ein armer Schuhmacher in der Blumenstraße 51 seine Wohnung unter Zwang räumen mußte, führte das sonst alltägliche Ereignis zu einer Ansammlung von Tausenden empörten Menschen. Und als dann auch noch in dieser angespannten Situation die Polizei vor dem Frankfurter Tor die Hütten der Obdachlosen niederriß, brachte das brutale Vorgehen gegen die Ärmsten der Armen den angestauten Volkszorn zur Entladung. Drei Tage lang war der ganze Berliner Osten – die Frankfurter-, Strausberger-, Weber-, Blumen- und Krautstraße sowie deren Nebenstraßen – in Aufruhr. Aus Rinnsteinböhlen und Pflastersteinen entstanden Barrikaden, ebenso unweit des Andreasplatzes und am Küstriner Platz. Das Polizeibüro in der Langestraße wurde gestürmt. Der Staat setzte nahezu 1 000 Polizisten gegen die erregten Massen ein. Zwei Bataillone des Kaiser-Alexander-Regiments und zwei Schwadronen der Garde-Drägeron standen in Bereitschaft, um den Widerstand der empörten Bevölkerung mit Waffengewalt

zu brechen. Der sogenannte Blumenstraßen-Krawall wurde brutal niedergeschlagen. Die Säbelhiebe der Polizei verletzten 159 Personen, einige davon schwer. 33 „Anführer“ wurden vor Gericht gestellt und zu insgesamt 33 Jahren Zuchthaus und 30 Jahren Gefängnis verurteilt. Während Polizei und Militär die Arbeiter niederknüppelten und die Klassenjustiz schwere Strafen verhängte, verbreiteten kleinbürgerliche Reformer und Bourgeoisideologen, der kapitalistische Staat könne und werde den Arbeitern helfen. Ein Anhänger Proudhons, Dr. Arthur Mühlberger, verkündete, das Problem wäre gelöst, wenn man den Arbeiter zum Eigentümer seiner Wohnung machen würde. Auch Dr. Sax, ein Sozialreformer aus der Schule der Katheder-Sozialisten, war der Meinung, der Staat werde die Arbeiter vom Übel des Wohnungselends erlösen. Für Marx und Engels zählten neben hinreichender Nahrung und Kleidung angemessene Wohnverhältnisse zu den wichtigsten materiellen Bedürfnissen der Menschen. In der Wohnungsfrage hatten sie schon frühzeitig eines jener sozialen Probleme erkannt, die das Leben weiter Kreise der Werktätigen unmittelbar berühren, jedoch vom Kapitalismus nicht gelöst werden können. Auch deshalb müsse der Sozialismus an seine Stelle treten. Diese Erkenntnis hatte Engels schon 1845 in seinem Werk „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ gewonnen. Als sich dann Jahrzehnte später während der Gründerjahre die Wohnungsnot in allen kapitalistischen Ländern enorm verschärfte, stellte Engels in seiner Schrift „Zur Wohnungsfrage“ fest, daß in allen Klassengesellschaften die arbeitenden Massen dazu verdammt waren, in schlechten, überfüllten und ungesunden Quartieren zu leben. Obwohl der Kapitalismus eine außerordentliche Entwicklung der Produktivkräfte bewirkte, änderte er daran nichts. Die Wohnungsnot bleibt „eine notwendige Institution, sie kann samt ihren Rückwirkungen auf die Gesundheit usw. nur beseitigt werden, wenn die Gesellschaftsordnung, der sie entspringt, von Grund auf umgewälzt wird“. Engels erörterte zugleich, wie die Arbeiterklasse im Prozeß der kommunistischen Um-

gestaltung die Wohnungsfrage lösen wird. Die proletarische Revolution werde auch hinsichtlich der Wohnverhältnisse anfangs „die Dinge nehmen müssen wie sie sie findet, und den schreiendsten Übeln mit den vorhandenen Mitteln abhelfen müssen“. Darüber hinaus wird es ihre Aufgabe sein, den vorgefundenen Wohnraum entsprechend den wachsenden Bedürfnissen zu vermehren. In diesem Sinne forderten die Kommunisten in ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 „wirkungsvolle Maßnahmen zum Wiederaufbau der zerstörten Schulen, Wohn- und Arbeitsstätten“. Die Berliner Stalinallee wurde dann für die Werktätigen der DDR zum Symbol des Nationalen Aufbauwerks. Eisenhüttenstadt, Schwedt, Halle-Neustadt und Hoyerswerda entstanden als moderne Städte in unmittelbarer Nähe neuer Industriezentren. 1971 wurde das Wohnungsbauprogramm beschlossen. Bis Mitte der 80er Jahre baute die DDR 2,4 Millionen Wohnungen, was die Wohnbedingungen für 7,2 Millionen Bürger verbesserte. Damit war der Weg zur endgültigen Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem vorgezeichnet. Nach Schätzungen des Deutschen Städtetages lebt heute bundesweit mindestens 1 Million Menschen in ungesicherten Mietverhältnissen, ist damit akut von Wohnungsverlust bedroht. Besonders in den Großstädten ist die Zahl der so gefährdeten Haushalte oft dramatisch angestiegen. Allein in Leipzig erhöhte sie sich von 3 746 im Jahre 1995 auf 6 228 im Jahre 1999. Im gleichen Zeitraum nahmen die Zwangsräumungen um 105 % zu. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungshilfe prognostiziert eine Zunahme der Zahl der Obdachlosen. Diese beträgt z. Z. rund 500 000. Der Anteil der Frauen liegt bei 23 %, der der Kinder und Jugendlichen bei 22 %. Circa 14 % der alleinstehenden Wohnungslosen, also 24 000 Personen, lebten im Jahr 2000 ohne jede Unterkunft auf der Straße, darunter 2000 bis 4000 Frauen. Diese Schätzungen bestätigen auch nach 130 Jahren die Erkenntnis von Friedrich Engels, daß „der heutige Staat der Wohnungsplage weder abhelfen kann noch will“.

Prof. Dr. Erich Kundel (zuerst erschienen in „Rote Kalenderblätter“)

Notizen aus der Geburtsstadt von Friedrich Engels Pietistenmoral

„Gewinn mit Gottes Segen“, steht unter dem ersten Jahresabschluß des Hauptbuches der Textilfabrik „Ermen & Engels“. Engels senior hatte das 1837 geschrieben, nachdem er aus dem Familienbetrieb ausgeschieden war und in Braunsenwerth (Heute Engelskirchen) eine für die damalige Zeit moderne Fabrik zur Herstellung von englischem Baumwollzwirn mit leistungsfähigen Spinnmaschinen gegründet hatte. Beschwört der Pietist Gottes Segen, so geht sein Kapital recht irdische Wege. Es folgt dem Lohngefälle von Bermen ins Oberbergische. 1839 illustriert der junge Engels das Niveau der Entlohnung: „In Elberfeld allein werden von 2500 schulpflichtigen Kindern 1 200 dem Unterricht entzogen und wachsen in den Fabriken auf, bloß damit der Fabrikherr nicht einem Erwachsenen das Doppelte des Lohnes zu geben nötig hat, den er einem Kinde gibt ... Und ein Kind mehr oder weniger verkommen zu lassen, bringt keine Pietistenseele in die Hölle.“ Auch junge Friedrich Engels mußte selbst den besseren Verwertungsbedingungen des Kapitals Tribut zollen. Hatte der „fanatische und störrische Alte“ (F. E. 1839) noch 1835 geschrieben: „Auf Geld dürfen wir bei dem Wohle des Kindes

nicht sehen“, so verfügte er jetzt „zum Wohle ... des Betriebes“ dessen Abgang von der Schule noch vor dem Abitur und den Beginn einer kaufmännischen Lehre. Mehr als 150 Jahre später zählt die PISA-Studie die Schüler jener Stadt, in der Friedrich Engels geboren wurde – er korrespondierte später in zehn Fremdsprachen –, zu den Dummsten Europas. Aber auch dieses vernichtende Urteil einer internationalen Untersuchung reißt in der bergischen Metropole keinen rechten Sozialdemokraten aus dem stadtväterlichen Ohrensessel. Allein die Bildungsministerin weiß Rat: „Das Brot bleibt in der Tasche, das Kaugummi ungekauft, das Handy aus und beim Klingelton sitzt alles auf seinem Platz. Darüber werden Verträge abgeschlossen, an die sich alle zu halten haben.“ Und keiner kommt auf die Idee zu fragen, warum die Finnen die laut PISA weltweit wenigsten Alphabeten haben, da es dort eine für jeden verbindliche flächendeckend neunklassige Schule gibt. Letzteres könnte allerdings daran erinnern, daß es ein Bildungssystem mit einer zehnklassigen Polytechnischen Oberschule für alle schon einmal in einem deutschen Staat gab. Dort hätte die PISA-Studie ein anderes Ergebnis gebracht. Heinz Lüdtke, Wuppertal

Äpfel und Birnen lassen sich nicht zusammenzählen

Dehm in Togliattis Toga

Das Aus für „Rot-Rot“ bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt hat die PDS-Träume vom „Regieren“ zerplatzen lassen und Rollenwechsel verfügt. Landesparteichefin Hein forderte plötzlich „konsequent linke Politik“. Was sie auch immer darunter versteht – erfüllt die Partei diese Forderung nicht, befreit sie sich nicht vom Machttumel mancher ihrer Funktionäre, wird es sie eines Tages als sozialistische Partei nicht mehr geben. Doch obwohl selbst Gregor Gysi, mit noch zwei PDS-Senatoren der Berliner Stadtregierung durch Koalitionswahl eigener Entscheidungsfreiheiten beraubt, jetzt rät, sich als Oppositionspartei mehr um Inhalte als um Modelle zu bemühen, wird offensichtlich in Kreisen der PDS-Zentrale vor der Bundestagswahl, bezugnehmend auf italienische Verhältnisse von 1944, eifrig an einer Theorie der „Dialektik von Regieren und Opponieren“ gebastelt. Dafür muß die vor fast 60 Jahren von Palmiro Togliatti ausgearbeitete Konzeption einer breiten antifaschistischen Regierungszusammenarbeit erhalten, die PDS-Vize Dieter Dehm im ND zunächst und richtig als ein strategisches Meisterwerk seiner Zeit bezeichnet. Als die „Wende von Salerno“ ging sie in die Geschichte ein. Ihre historische Bedeutung bestand in der Schaffung einer Regierung der Nationalen Einheit gegen den Duce-Faschismus und die deutschen Okkupanten mitten im Zweiten Weltkrieg. Zeit und Bedingungen waren damals für einen solchen Schritt gegeben; die mächtige IKP verkörperte die

anerkannte Hauptkraft des antifaschistischen Widerstandes.

Für die Leser der unter dem Titel „Demokratischer Sozialismus und die Wende von Salerno“ veröffentlichten ND-Seite stellt sich nun aber doch manche Frage. Zuerst wohl die: Warum bemüht Dehm nach dem von den Wählern erzwungenen Verzicht der PDS „aufs Regieren“ in Sachsen-Anhalt auf einmal das wohl nicht recht passende Salerno-Modell für aktuelle politische Absichten der Partei? Sind es die immer noch nicht gestillten Erwartungen einiger für die bevorstehende Bundestagswahl? Soll so der scheinbar ungebrochene Regierungswille der PDS-Spitze theoretisch begründet und das „Krötenschlucken“ bei Regierungsbeteiligungen als vertretbar im Bewußtsein der Wähler erhalten werden? Wofür und wogegen müßte denn eine solche breite Regierungszusammenarbeit heute in Deutschland eintreten, wenn sie von Nutzen wäre? Natürlich gegen die Teilnahme deutscher Soldaten an Kriegen der USA und eigenen aggressiven Unternehmungen in aller Welt. Unbedingt für den effektiven Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Gegen eine Gesundheitspolitik, bei der sich Wohlergehen immer nur rechnen muß. Für die soziale Gleichstellung der Bürger in West- und Ostdeutschland, freilich nicht erst in 20 Jahren.

Doch die bürgerliche Schnurre von der „Konsenzdemokratie“ funktioniert so nicht. Regieren und Opponieren zu verbinden, erweist sich unter den gegebenen Bedingungen in der Bundesrepublik möglicherweise als eine Kunst, die keiner kann. Kam doch erst jüngst der Vorsitzende der PDS-Fraktion im Bundestag, Claus, in einem ND-Interview ins Stottern, als er zugeben mußte, daß die Berliner PDS-Senatoren ihres Selbstbestimmungsrechtes beraubt wurden, an der Antikriegsdemonstration anlässlich des Bush-Besuchs in der Hauptstadt teilzunehmen, obwohl diese von ihrer eigenen Partei mitgetragen wurde. Das sind die neuen Sorgen mit der Macht. Rot-Rot erlitt in Sachsen-Anhalt Schiffbruch. In Berlin und Mecklenburg-Vorpommern ist die Kröte geschluckt, aber es erscheint nur als eine Frage der Zeit, wann erbrochen wird. Man muß kein Politikstudium absolviert haben, um zu erkennen, daß hierzulande eine breite politische Allianz à la „Salerno“ für gesellschaftliche Veränderungen im Sinne eines demokratischen Sozialismus Utopie bleibt.

Im Bund regiert eine auf rechten Opportunismus und kapitalismusimmanente Strukturen bauende sozialdemokratische Führung, die vom Gründungsgedanken der SPD historisch noch viel weiter entfernt ist, als ihr grüner Koalitionspartner, der durch Preisgabe aller Anfangsideale eigenständiges politisches Profil längst verloren hat, von seinem. In der Mehrzahl deutscher Länder dominieren heute Schwarz und Schwarz-Gelb. Jahrzehntlang während der Ausbau des politischen Herrschaftssystems auf kapitalistischer Grundlage durch bürgerliche und sozialdemokratische Kräfte im Westen und 40 Jahre DDR mit diametral entgegengesetzten politischen Zielen haben unter dem Einfluß oder Druck der Besatzungsmächte nach dem Zweiten Weltkrieg auf deutschem Boden unterschiedliche Machtstrategien geprägt. Bis heute unterscheiden sich die Denkweisen von Mehrheiten in beiden Teilen des Landes.

Für die einen war das Ende der UdSSR, der sozialistischen Staatengemeinschaft und der damit verbundene Untergang der DDR ein nicht unbedeutender Teil ihrer Lebensgeschichte. Die anderen feierten die Einheit als willkommenen gesellschaftlichen und persönlichen Zugewinn für die alte BRD. Beiden aber – und damit der absoluten Mehrheit – hat die Einvernahme des einen durch den anderen deutschen Staat gleichermaßen schmerzhaft Zäsuren gebracht. Mit dem Abtritt des realen Sozialismus aus der Weltgeschichte fiel nämlich auch der Schamvorhang der westlichen Wohlstandsgesellschaft, und der bisher sozial kaschierte Kapitalismus entlarvte sich als ganz reales System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Die daraus erwachsenen Widersprüche in der Gesellschaft werden durch Unwillen und Unvermögen der bürgerlichen Politiker im allgemeinen und der regierenden im besonderen zu wirklichen gesellschaftlichen Veränderungen nicht gelöst. Wer kann denn von Regieren träumen, wenn die entscheidenden Hebel der Macht bereits auf Dauer besetzt sind und nur alternierend genutzt werden dürfen? Was soll der erhabene Ausdruck von „konstruktiver Opposition“, wenn parlamentarischer Widerspruch nur Sand in die Wüste weht oder die lediglich am Wesen der Gesellschaft kratzenden Reformen nicht mehr als Anlaß für einen neuen Farbanstrich geben?

Was der Kampf und die Geschichte der italienischen Kommunisten linke Parteien heute lehrt ist wohl vor allem, die sozialistische Idee als antikapitalistische Bewegung zu verstehen, um „in den Massen“, wie es Dehm durchaus richtig formuliert, „Unentschlossenheit und Apathie zu überwinden, Einsicht in die Notwendigkeit des Klassenkampfes ... zu befördern“. Bedenkliche Bündnisse mit imaginären politischen Mitteln, das beweisen Vergangenheit wie Gegenwart, bedrohen nur die Lebensadern der Linken zu ihren natürlichen Verbündeten, den proletarischen und arbeitenden Massen. Wer zu diesem Preis „Regierungsbeteiligung“ als „vertretbar“ erklärt, wird beim „Krötenschlucken“ den Erstickungstod in Kauf nehmen müssen. „Tolerierung“ und „Beteiligung“ der Sozialisten reduzieren die Opposition auf politischen Streit in geschlossenen Räumen, vernachlässigen den außerparlamentarischen Kampf und senden kaum Signale zu einem die Massen einbeziehenden Ringen um Rechte und Freiheiten des „gemeinen Volkes“. An bürgerlicher Herrschaft teilzunehmen oder sie zu dulden hat sich bisher immer als Irrtum dafür erwiesen, mit der Einnahme von Ämtern und Posten etwa antikommunistische Vorbehalte bei der bürgerlichen Politprominenz und ihren Anhängern abbauen zu können. Im Gegenteil, der im Volke aufkeimende Verdacht, sich dabei mehr zum eigenen als zum allgemeinen Nutzen „von der Bourgeoisie ausgeliehener Privilegien“ zu bedienen, wird durch die Euphorie regierungswilliger PDS-Politiker und ihrer damit verbundenen Selbstdarstellung nur noch bestärkt.

Die neudeutsche „Dialektik von Regieren und Opponieren“ durch „Linke“ in dieser kapitalistischen Gesellschaft ist, wie es der Beschreiber im ND selbst sagt, wohl nur die Theorie einer „entwurzelten Zierpflanze auf fremdem Terrain“, ohne Wachstumschancen.

Hans-Dieter Krüger

Wie „Neues Deutschland“ einen Star-Kolumnisten verlor Eine peinliche Geschichte

Daß der Populist, Fallschirmspringer und Postenjäger Jürgen Möllemann jemand vom rechten Rand der FDP ist, gilt als „olle Kamele“. Dennoch fand das stolz seinen Pluralismus betonende ND es besonders chic und charmant, ihn als Kommentator ins Boot zu holen. Im Wechsel mit Woweretts Gregor Gysi, von dem der kühne Personalvorschlag wohl auch stammen dürfte, sollte er in der „Sozialistischen Tageszeitung“ sein „neoliberales“ Konzept ausbreiten und für die „Partei der Besserverdienenden“ werben dürfen. Selbst den abgeharteten unter den bereits an Zumutungen aller Art gewöhnten ND-Lesern stockte das Blut in den Adern. Nun auch noch Möllemann ...! Nicht nur Sozialdemokraten und Grüne, sondern auch Sprecher des Großkapitals sollten sich in den Spalten des weit nach rechts gerückten Zentralorgans der deutschen Renegaten fortan austoben können.

So war es angedacht. Doch Möllemann verhaselte seinen neuen journalistischen Auftraggebern die Petersilie. Zunächst suchte man Distanz, weil er zum Zionismus auf Abstand gegangen war, was manche Roßtäuscher für Antisemitismus ausgeben. Doch dann entpuppte er sich als Bewunderer „rechtspopulistischer“ Vorstöße anderswo. In den Spalten des ND „würdigte“ er die Wahlsiege Jörg Haiders und Pim Fortuyns. Die Zeitung druckte selbst das noch ab. Daneben stellte sie allerdings das Adieu Gregor Gysis. Es entsprach der bürgerlichen Mainstream-Absage an Möllemann. Das sozialdemokratische Tageblatt hat einen Star-Kolumnisten verloren. So etwas schmerzt. S. R.

DKP Nordost: Holz/Köbele-Angebot ist Grundlage weiterer Programmdiskussion

Eine bemerkenswerte Rede

Im Rahmen ihrer Programmdiskussion hatte die DKP-Gruppe Berlin Nordost am 27. Mai zu einer Veranstaltung geladen, an der sich etwa 50 Genossinnen und Genossen, darunter Gäste aus anderen DKP-Gruppen, aus der KPD und aus dem Marxistischen Arbeitskreis, beteiligten. Vorausgegangen war ein Beschluß der Gruppe, mit dem sie die vom Parteivorstand veröffentlichten „Ersten Grundlagen zur Diskussion und Erarbeitung eines Programmentwurfs“ (UZ-Sonderbeilage, Frühjahr 2002) prinzipiell abgelehnt und eine völlige Neuarbeitung gefordert hatte. Inzwischen ist ein Angebot von Hans Heinz Holz und Patrik Köbele erschienen (UZ v. 19. April), das in dieser Versammlung viel Zustimmung fand, obwohl auch an ihm noch gearbeitet werden muß. Alle 15 Diskussionsredner begrüßten den Schritt der beiden Autoren, der von P. Köbele in einer bemerkenswerten Rede erläutert wurde.

„Wir haben bisher einen Vorschlag für die ersten drei Kapitel veröffentlicht und hoffen, noch im Juni ein Material zum Sozialismus-Teil herauszubringen.“ In der Programmkommission habe es zu etlichen Fragen Übereinstimmung gegeben. Strittig sei u. a. die Einschätzung des gegenwärtigen Imperialismus. Vom Redner wurde entschieden verneint, daß das gemeinsame Handeln der imperialistischen Mächte als Haupttendenz definiert werden könne. „Natürlich ist nicht damit zu rechnen, daß es in nächster Zeit zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den USA, einem von Deutschland geführten Europa und Japan kommt. Das ist angesichts der klaren militärischen Dominanz der USA völlig ausgeschlossen. Aber die Zielsetzung der gegenwärtig schwächeren imperialisti-

schen Mächte, den Abstand innerhalb von 10 bis 15 Jahren auszugleichen, werde zu gewaltigen sozialen Belastungen für das Volk führen. Die ungleichmäßige Entwicklung der kapitalistischen Länder, der Konzerne und Konzerngruppen, die sich gesetzmäßig vollziehe, schließe aus, daß Gemeinsamkeiten in der Politik der führenden Staaten auf lange Sicht als Haupttendenz wirken könnten.

Der Referent wandte sich entschieden gegen die im „Entwurf“ vertretene Ansicht, auf der Grundlage der G-7-Staaten-Gruppierung würde sich derzeit eine „unipolare Machtstruktur“, also eine Art einheitliche Weltregierung, herausbilden. „Ich halte das für Unsinn.“ Gegensätzliche Auffassungen gebe es auch zu der Frage, ob die seit etwa 20 Jahren sichtbaren Entwicklungen eine Wesensveränderung des Imperialismus signalisierten. Der Redner bekannte sich nachdrücklich zu den von Lenin untersuchten Grundzügen des Monopolkapitalismus, „ohne die Notwendigkeit zu verneinen, die neuen Erscheinungen gründlich zu analysieren“. Eine Streitfrage sei auch die Bewertung der künftigen Rolle von Nationalstaaten. P. Köbele widersprach heftig einer eurozentristischen Sicht auf diese Prozesse: „In Amerika oder Japan ist von einer Abtretung von Hoheitsrechten an internationale Organe nichts zu spüren.“

„Wir sind nicht sehr glücklich, daß jetzt zwei Papiere nebeneinander stehen“, sagte der Redner. Die kleine DKP sei gar nicht veranlaßt, unter Zeitdruck öffentlich zu erklären, wie der gegenwärtige Imperialismus beschaffen ist. Er halte es für viel besser, in der Partei eine gründliche Diskussion um die Probleme zu führen. Leider habe

der Parteivorstand auf seiner vorletzten Tagung trotz dreistündiger konstruktiver Diskussion, die zu vielen Themen konsensfähige Auffassungen deutlich gemacht habe, den „Entwurf“ ohne die kleinste Änderung beschließen lassen. So sei er auch veröffentlicht worden. „Wir wollten kein Gegenpapier herausbringen, sondern die kollektive Weisheit der Gesamtpartei herausfordern“ – dieses Credo zog sich wie ein roter Faden durch die Rede und durch die Antworten, die der Gast aus Essen kompetent und konkret auf die vielen Diskussionsfragen gab.

Die DKP-Gruppe Berlin Nordost beschloß einstimmig, ihrer weiteren Programmdiskussion nur das ja bald vervollständigte Holz/Köbele-Angebot zugrunde zu legen.

Frank Mühlefeldt



Hat etwa noch jemand eine eigene Meinung?
Aus „Solidaire“, Brüssel

Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln

Verwirrspiel

Die Berliner DKP tut sich schwer mit der Frage, ob sie nun am 22. September gewählt werden will oder nicht. Offenbar spielen auch die mageren Ergebnisse bei der vorjährigen Wahl zum Abgeordnetenhaus eine dämpfende Rolle. Hier trat die Partei mit einem lapidaren Programm und meist wenig profilierten Kandidaten an, wobei sie auf 0,2 Prozent kam. Auf einer Bezirksmitgliederversammlung vor zwei Monaten ging es um die Frage von Direktkandidaturen, die wenig bringen dürften, und der Aufstellung einer DKP-Landesliste zu den Bundestagswahlen, die von der Mehrheit der Teilnehmer befürwortet wurde. Ihre Entscheidung überschneit sich jedoch mit der zentralen Beschlußlage. Der noch immer in Essen angesiedelte DKP-Parteivorstand hatte sich gegen Widerstände an der Basis dafür ausgesprochen, auf Landeslisten generell zu verzichten und nur in ausgewählten Kreisen Direktmandate anzustreben.

Die Berliner Situation erfuhr eine zusätzliche Brisanz aus der Tatsache, daß sich

die 1990 in der Noch-DDR-Hauptstadt gegründete KPD bereits für eine Landesliste entschieden hatte und dabei war, Unterstützer-Unterschriften zu sammeln. Zwei kommunistische Listen – hinzu käme sicher noch das Angebot der politisch völlig anders gelagerten MLPD – würde die ohnehin zersplitterten Kräfte noch aussichtsärmer machen, wendeten Kritiker ein.

Der Berliner DKP-Beschluß löste in der Essener Zentrale rege Betriebsamkeit aus. Emissäre wurden in Marsch gesetzt, Parteivorsitzender Heinz Stehr intervenierte persönlich mehrere Male. Der in der Frage der Kandidatur selbst uneinige Berliner Bezirksvorstand wurde massiv unter Druck gesetzt, den „gegen die Prinzipien des demokratischen Zentralismus verstoßenden Entscheid“ wieder aufzuheben. Da dieser aber von einer BMV ergangen war, konnte er auch nur durch eine neue Bezirksmitgliederversammlung aufgehoben werden. Also: Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln. Totale Konfusion. Die DKP beschloß beim zweiten Anlauf mehrheitlich,

auf Landesebene nicht mehr zu kandidieren. Nach dem ganzen Verwirrspiel war der Zug ohnehin abgefahren.

Der Vorgang ist um so bedauerlicher, als es gerade in Berlin nach wie vor ein recht großes Wählerpotential gibt, das zu kommunistischen Auffassungen neigt und heute überwiegend der PDS zugute kommt. Immerhin finden in der Stadt Jahr für Jahr die Liebknecht-Luxemburg-Ehrungen mit etwa 100 000 Teilnehmern und als ihr fester Bestandteil die größte rote Demonstration Deutschlands (LL) statt. In Berlin besaß die SED 1989 fast 190 000 Mitglieder und Kandidaten. Und in Westberlin übersprang die SEW bei Wahlen zwar niemals die 5-Prozent-Schranke, erzielte aber in ihren besten Tagen auch dort beachtliche Ergebnisse.

Das Gerangel um die DKP-Kandidatur ist vor diesem aktuellen und historischen Hintergrund nicht dazu geeignet, die politische Arbeit von Kommunisten in der Hauptstadt zu erleichtern.

S. R.

Warum sich Gorbatschow an den Imperialismus verkaufte

Vom Versager zum Verräter

Der Verrat Gorbatschows und seiner Clique auf die Seite des Antisowjetismus übergegangener KPdSU-Apparatschiks ist unter Kommunisten unbestritten und in seinen Spätfolgen noch unabsehbar. Er inspirierte und ermutigte Tendenzen des Revisionismus und Reformismus in den ehemals führenden kommunistischen Parteien Osteuropas, führte zur Zerschlagung der europäischen sozialistischen Staaten, zu den Kriegen auf dem Balkan, am Golf und am Hindukusch, zum Übergang der USA auf die Positionen einer uneingeschränkten Weltherrschaftspolitik. Man kann wohl davon ausgehen, daß ein Verrat dieses Ausmaßes in der Geschichte einmalig ist. Doch vor dem Übergang zum direkten Verrat stand aus meiner Sicht das Scheitern eines ebenso ehrgeizigen wie unfähigen sowjetischen Staatsmannes. Heute behauptet der einstige KPdSU-Generalsekretär, er habe den Völkern der UdSSR und der sozialistischen Staatengemeinschaft Europas die Freiheit gebracht, eine Rückkehr zum Sozialismus sei reaktionär. Gorbatschow geht bekanntlich noch weiter und erklärt, von Anfang an den Sturz der Sowjetmacht im Auge gehabt zu haben. Diese Aura hat er sich zugelegt, um aus seinem eklatanten Versagen, seiner Scharlatanerie als Parteiführer und Staatsoberhaupt politisches und materielles Kapital zu schlagen. Als er 1985 an die Spitze der KPdSU gelangte, gab sich der rasch aufgestiegene Karriereist – vielleicht nicht nur aus Tarnungsgründen – noch ganz anders. Die sozialistische Entwicklung der UdSSR war vor allem in der Wirtschaft seit längerem gefährlich ins Stocken geraten. Diese bedrohliche Situation hatte empfindliche Rückwirkungen auch auf andere höherentwickelte sozialistische Staaten Europas, die auf mannigfache Weise untrennbar mit der Sowjetunion verzahnt waren. Allein der DDR-Außenhandel mit der Hauptmacht des Lagers umfaßte 57 % seines Volumens. Doch seit geraumer Zeit kam Moskau in Quantität und Qualität seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht mehr nach, was in den Volkswirtschaften dieser exportorientierten Länder zu erheblichen Störungen führte. Zudem mußte die Sowjetunion politische und militärische Antworten auf das von den USA und der NATO radikal verschärfte atomare Wettrüsten finden. Es bestand also dringender Handlungsbedarf. Vorantreibende Impulse konnten nur aus der UdSSR kommen. Gorbatschow, der seinen Mitarbeiterstab vollständig auswechselte und neben sterilen Bürokraten auch zahlreiche bewährte Funktionäre aus dem KPdSU-Apparat verdrängte, suchte eine voluntaristische Lösung. Er machte zunächst den Eindruck von Frische und Dynamik. Als er das „Neue Denken“ – den Bruch mit der marxistisch-leninistischen Ideologie – verkündete, wurde die fundamentale Richtungsänderung von vielen deshalb noch nicht durchschaut. Seine sozialistische Rhetorik zur Begründung von Glasnost und Perestroika verfiel zunächst. Gorbatschow war ein Gaukler, der mit demagogischen Tricks arbeitete. Für die höchste Funktion in der KPdSU und die zu lösen-

den dringenden Aufgaben brachte er kaum Voraussetzungen mit. Er war dafür weder hinreichend vorbereitet noch darauf eingestellt. Dem Senkrechtstarter, der dank Protektion in Rekordzeit die höchste Stufe der Macht erklommen hatte, fehlte eine realistische Konzeption. Für eine wirkliche Durchdringung der ökonomischen Materie, für die Wirtschaft als Kernstück der gesellschaftlichen Entwicklung, zeigte er nur begrenztes Interesse. Sein einstiger Berater Valentin Falin spricht in diesem Zusammenhang von Inkompetenz. Statt dessen verlegte sich Gorbatschow auf „Reformen des politischen Systems“, wobei er zu nächst effektiv brillieren konnte. Das kapitalistische Ausland applaudierte ihm. Brandt durchschaute ihn als erster, als er sinngemäß sagte, im Kreml sitze de facto ein Antikommunist.

Gorbatschow ging von der Prämisse aus, das Sowjetsystem habe sich als Hemmschuh für eine gesunde Entwicklung erwiesen. Statt es effektiver zu nutzen, sollte es „umgebaut“ werden. Dazu müsse eine „freie Diskussion unter Aufhebung aller Tabus“ – auch für die Medien – eröffnet werden. Der erste Mann in der KPdSU – ein politischer Scharlatan – ignorierte hartnäckig die Existenz antikommunistischer, klassengegnerischer und nationalistischer Kräfte, die sich damals vor allem in der Ukraine, in den baltischen Republiken und im Kaukasus sowie unter Teilen der Intelligenz sammelten. Besonders unter Journalisten, die in Scharen auf die Seite der Feinde der UdSSR übergingen. Er sah in ihrem Widerstand nur Auswirkungen einer „verfehlten Politik“ seiner Vorgänger. Solche Leute seien im Grunde ihres Herzens kritische und mißverständene sowjetische Patrioten, die nun endlich ihre Stimme erheben könnten. Aus diesem Grunde wurde die Pressezensur beseitigt, die KGB-Abteilung für antisowjetische Tätigkeit aufgelöst, das Verbot gewisser Publikationen aufgehoben und Antikommunisten die Rückkehr in politische Zentren ermöglicht. Das und die „Enttabuisierung“ der sowjetischen und Parteigeschichte ermöglichten eine sprunghaft ansteigende und ungestraft handelnde Konterrevolution. Im Zeichen von Glasnost und Perestroika sowie mit faktischer Duldung Gorbatschows wurden Partei und Sowjetstaat nun massiv angegriffen. In kurzer Zeit avancierte der KPdSU-Generalsekretär zum Lieblingspolitiker aller Antikommunisten. Gefangener seiner Eitelkeit und maßlosen Selbstüberschätzung, begab er sich in die offene Verstrickung des Imperialismus. Dadurch verlor er sukzessive seine politische Handlungsfreiheit und wurde bewußt oder unbewußt zum Spielball fremder Interessen. Als selbständige Größe abgewertet, konnte er für die Sowjetunion außenpolitisch nichts mehr ausrichten. Auch innenpolitisch geriet er unter die Kontrolle seiner von Jelzin angeführten Widersacher. Mit dem Land ging es unterdessen rapide abwärts: Die Wirtschaftskraft sank, die Versorgung verschlechterte sich immens und die allgemeine Unzufriedenheit wuchs von Tag zu Tag. Die Schwäche der Partei und des Staatsapparates ausnützend erhoben Konterrevolutionäre aller

Couleur das Haupt. Zunächst glaubte Gorbatschow, mit dem ihm zugeschriebenen Charisma und seinem Redetalent die Situation beherrschen zu können. Doch das mißlang gründlich; er wurde ausgelacht und ausgepöf. Sein Fiasko als Parteiführer und Staatsoberhaupt war total.

Von antisowjetischen Politikern wie Schewardnadse und Jakowlew umgeben, begann er nun auf offenen Verrat zu setzen und aus der Not eine Tugend zu machen. Gorbatschow fürchtete, als gescheiterter Dilettant und Versager die Sympathie und das Interesse des Westens zu verlieren. Von nun an stellte er dessen „Empfehlungen“ und Wünsche widerstandslos durch. Die Hauptforderung der NATO lautete: bedingungslose Preisgabe der Verbündeten Moskaus im Warschauer Vertrag. Zum Jahresende 1990 hatte sich die UdSSR verpflichtet, ihre Truppen aus allen bisherigen „Bruderländern“ zurückzuziehen, nachdem in diesen konterrevolutionäre und prowestliche Regimes errichtet worden waren. In einigen Sowjetrepubliken siegten Separatisten, die ihre Länder von der Sowjetunion abspalteten. Bürgerkriege flammten auf. Hartnäckig weigerte sich Gorbatschow, Gewalt gegen Konterrevolutionäre anzuwenden. Die sowjetischen Truppen wurden angewiesen, in jedem Falle in den Kasernen zu bleiben, auch in der DDR.

Mit Gorbatschows Kapitulation war das Ende der Sowjetunion besiegelt. So hatte auch der dilettantisch ausgeführte Versuch linker Kräfte, im August 1991 zur Wiederherstellung der sowjetischen Zentralmacht in Aktion zu treten, keine Chance eines Erfolges mehr. Gorbatschow solidarisierte sich mit den Moskauer Konterrevolutionären um Jelzin und desertierte vom inzwischen machtlosen Posten des KPdSU-Generalsekretärs in der Hoffnung, als Staatspräsident noch überdauern zu können. Wenig später war er federführend beim verräterischen Beloweschk-Abkommen, das den Prozeß der staatsrechtlichen Zerschlagung der UdSSR abschloß.

Gorbatschow war nach seinem Sturz im Dezember 1991 davon überzeugt, weiterhin eine politische Rolle spielen zu können. Machtgier und Geltungsbedürfnis trieben bei ihm nun eigenartige Blüten. So äußerte er im Januar 1992: „Wahrscheinlich war ich doch zu voreilig, als ich vom Amt des Generalsekretärs zurücktrat. Die Partei könnte mir jetzt sehr nützlich sein.“ (Valentin Falin. Politische Erinnerungen, S. 504)

Heute ist Gorbatschow ganz offiziell Menschewik, Führer einer winzigen Sozialdemokratischen Partei Rußlands. Er wird bei Talkshows im Ausland herumgereicht und zu fragwürdigen Jubiläen eingeladen. Das Gras aber ist abgeweidet. Der zum Verräter gewordene Versager hat keinen Preis mehr, nachdem die Millionen für den Verrat gezahlt worden sind. **Bernhard Majorow**

Diese Zeitung kann nicht gekauft werden. Sie besteht nur durch Spenden ihrer Leser und Freunde. Wir danken allen, die uns dabei helfen, trotz vieler Hürden jeden Monat über die Runden zu kommen.

Ein neues Buch, das Spurenleger und -verwischer vom 11. September enttarnt

Trampelnde Elefantenherde

Das Bild von der „trampelnden Elefantenherde“, das der frühere Parlamentarische Staatssekretär im Bonner Verteidigungsministerium und Bundesforschungsminister Andreas von Bülow schon bald nach dem 11. September 2001 zur Charakterisierung der ganz offensichtlich überall gelegten Spuren angeblicher Attentäter gefunden hat, ist auch das Grundmotiv eines jetzt vorliegenden Buches. Es heißt „Das Schweigekartell“ und ist – mit Arnold Schölzel als Herausgeber und einem Dutzend prominenter Autoren der Einzelbeiträge – gerade im Berliner Kai Homilius Verlag, der sich in jüngster Zeit um eine Reihe interessanter Editionen bemüht hat, erschienen. Fragen zur gezielten Verschleierung der Vorgeschichte, des Hintergrundes und der Details jener „moslemischen Terroristen“

beweisunfähig in die Schuhe geschoben, aber ohne Zweifel von maßgeblichen Kreisen der amerikanischen Herrschaftsstruktur selbst mit vorbereiteten und in Szene gesetzten Anschläge in New York und Washington werden aufgeworfen und – soweit möglich – beantwortet.

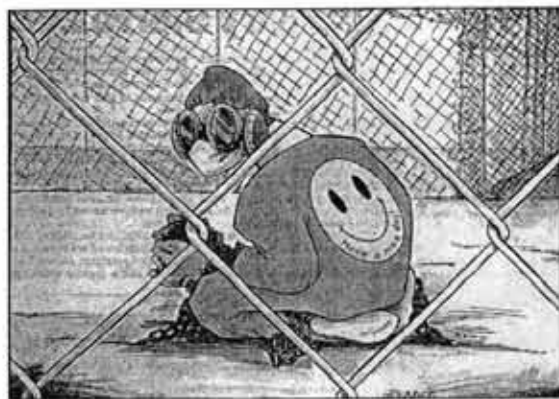
Der Leser gewinnt die durch jüngste Eingeständnisse führender USA-Politiker erhärtete Überzeugung, daß der Krieg gegen Afghanistan und andere Staaten – nicht zuletzt im Interesse der Auflegung eines gigantischen neuen Rüstungsprogramms – am 11. September längst beschlossene Sache war. Das betrifft auch die Absicht der totalen Negierung des Völkerrechts, wie sie sich in der Ersetzung des Aggressionsbegriffs der UNO durch die nebulöse Phrase vom „Krieg gegen den Terrorismus“

ausdrückt. („Wir befinden uns im Krieg“, begründete Bush seinen weltweiten Amoklauf.) Der Auslöser der angeblichen „Vergeltungsaktion“ war also Teil eines weit größeren Szenarios. Es ist in diesem Zusammenhang höchst verdächtig, wenn das FBI und andere für innere Repression zuständige Organe der USA immer wieder vor akuten neuen Großanschlägen warnen, die offensichtlich „hausgemacht“ vorbereitet werden, um sie anschließend – z. B. als Anlaß für den bereits punktgenau geplanten Angriff auf Irak – einer imaginären „Bagdader Filiale Bin Ladens“ zu-

zuweisen. Das hier zu rezensierende Buch – ein wichtiger Beitrag zur Offenlegung des „Geheimnisses“, in dem imperialistische Kriege vorbereitet und entfesselt werden –, führt die These von vermeintlichen Al-Qaida-Terroristen, die nach ein paar Unterrichtsstunden auf Kleinmaschinen in Florida und anderswo Wolkenkratzer im Kern Manhattans mit ultramodernen Passagierflugzeugen punktgenau so zu treffen vermochten, daß die gesamte Statik der Gebäude sofort zusammenbrach, ad absurdum. Das verdienstvoll redigierte Buch, zu dessen Verfassern so namhafte Fachleute für Spionagefragen wie Rainer Rupp und Klaus Eichner, aber auch gute Kenner der USA-Verhältnisse wie Ilse und Horst Schäfer gehören, besitzt den Vorteil, daß die bis zu Erich Schmidt-Eenboom reichenden Autoren durchaus verschiedene ideologische Konzepte vertreten. Die Tatsache, daß zu den vehementesten Kritikern der offiziellen USA-Taktik des Verschweigens – selbst gravierende Widersprüche wurden offiziell nicht untersucht und für die Ermittler wichtige Einzelheiten unter den Teppich gekehrt – ein bekannter Sozialdemokrat wie Andreas von Bülow gehört, zeigt das Maß der Isolierung, in das sich die wahren Schuldigen am 11. September hineinmanövriert haben. Mit dem Erscheinen dieses aus den verschiedensten Informationsquellen gespeisten Nachschlagewerkes haben sich Verlag und Herausgeber ausgezeichnet.

K. S.

Das Schweigekartell. Fragen & Widersprüche zum 11. September. Kai Homilius Verlag, Berlin 2002, 290 Seiten, 18 Euro, ISBN 3-8906-892-3



Guantánamo 2002: „nen schönen Tag auch!“

Ideologische Wachsamkeit - Anliegen der Gossweilerschen „Taubenfuß-Chronik“

Einladung zum Nachdenken

Der Historiker Dr. Kurt Gossweiler – in der DDR durch gewichtige Beiträge zur Faschismus-Forschung bekanntgeworden – hat mit seinem vor einigen Jahren erschienenen Buch „Wider den Revisionismus“ für Aufsehen gesorgt und zur Aufhellung der Ursachen der Niederlage des realen Sozialismus – vor allem auf ideologischem Gebiet – Bemerkenswertes geleistet. Wer darüber hinaus seine zahlreichen Veröffentlichungen in einschlägigen Periodika kennt, weiß um die marxistisch-leninistische Position des Autors, der sich gegenüber sogenannten Tabus als furchtlos erweist.

Jetzt hat Gossweiler mit dem ersten Band der „Taubenfuß-Chronik“ eine neue Arbeit vorgelegt. Sie zeichnet sich durch eine Besonderheit aus. In seinen einleitenden Bemerkungen weist der namhafte Historiker darauf hin, daß sich dieses Buch „aus recht unterschiedlichen Elementen zusammensetzt“. Den Kern bildet eine Art politisches Tagebuch, das er über eine ganze Periode der Entwicklung der Sowjetunion und des sozialistischen Weltlagers geführt hat. Hinzu kommen seine Kommentare und eine Fülle geschichtlicher Dokumente. Es beeindruckt, mit welcher Offenheit der fast 85jährige sein eigenes widerspruchs-

volles Ringen um Verständnis und Klarheit über das zwischen 1953 und 1957 abgelaufene politische Geschehen darstellt. Die Probleme, die das Buch aufwirft, bewegen jeden Marxisten zutiefst. Wer es liest, wird sich an eigene Erfahrungen aus jenen Jahren erinnern und sich mit der brisanten Materie auseinandersetzen. Die politisch-ideologische und theoretische Diskussion um die Frage, wie es zum Untergang der Sowjetunion und der europäischen sozialistischen Länder – vom Autor zu Recht als „Menschheitskatastrophe“ bezeichnet – kommen konnte, ist noch lange nicht abgeschlossen. Sie steht in engem Zusammenhang mit dem unerläßlichen Disput gegen Verfechter bürgerlicher Auffassungen, die diese Diskussion nutzen wollen, um den realen Sozialismus zu diskreditieren und ihm „Existenzunfähigkeit“ anzudichten. Kurt Gossweiler tritt solchen Versuchen fest entgegen und stellt seine Sicht auf die Ereignisse dar. Er erblickt eine grundlegende Ursache darin, daß der moderne Revisionismus über eine lange Zeit und tiefer als erkannt seine zerstörerische Wirkung ausüben konnte. Es müsse zu Fehleinschätzungen kommen, wenn man zulasse, daß sich in die Versuche zur Analyse des Geschehens Wunschdenken einschleiche,

und wenn das wachsame, kritische Prüfen der Übereinstimmung des politischen Handelns kommunistischer Parteien mit den Grundprinzipien des Marxismus erschlafe, formuliert er. Das ist unbestritten von großer Aktualität. Im Prozeß der Geschichtsanalyse erweist sich der Meinungsstreit als ein unverzichtbares Element. Dabei muß man sicher nicht in allen Fragen derselben Auffassung sein. Wie ich Kurt Gossweiler kenne, erhebt er keineswegs den Anspruch, die absolute Wahrheit zu verkünden.

Das vorliegende Buch fordert die Debatte erneut heraus. Wie immer man sich in dieser oder jener Frage positioniert, man muß dem Autor besondere Anerkennung für sein unermüdliches Auftreten gegen Revisionismus und Opportunismus – die Hauptübel in der zeitgenössischen kommunistischen Bewegung – zollen.

Wer in der für den weiteren Kampf fundamentalen Frage „Wie konnte es zur Niederlage kommen?“ nach Antworten sucht, sollte zum Buch von Kurt Gossweiler greifen. Es gibt ihm Argumente und Stoff zum Nachdenken an die Hand. Dieter Itzerott

Kurt Gossweiler. Die Taubenfuß-Chronik oder Die Chruschtschowjade. 1953 bis 1964, Band I 1953-1957, Verlag zur Förderung der wissenschaftlichen Weltanschauung, München 2002, ca. 400 Seiten, 20 Euro, ISBN 3-00-008773-7

Als der NS-Führungsoffizier Franz Josef Strauß fünf Antifaschisten verklagte

Der beleidigte CSU-Kandidat

Einen Monat nach der durch die CDU/CSU verlorenen Bundestagswahl vom November 1980 inszenierte die Bayerische Staatskanzlei einen Prozeß in Recklinghausen. Ein erweitertes Schöffengericht verhandelte an zwei Tagen gegen fünf Antifaschisten. Franz Josef Strauß hatte Strafantrag gegen diese Mitglieder des Antifaschistischen Arbeitskreises stellen lassen, weil sie seinen Namen auf einem Flugblatt mit SS-Runen gedruckt haben sollen. Eine Kinderkrankenschwester, eine Diplompsychologin, ein Betriebsschlosser und ein Studienreferendar wurden auf Kosten der Landeskasse freigesprochen. Der Betriebsrat und Werkzeugfräser Heinz-Dieter Sieler wurde wegen Beleidigung (§ 185 StGB) zu einer Geldstrafe von 450 DM verurteilt. Sieler geht in Berufung. Seit Monaten belästigt und belastet man Gerichte der BRD mit zig politischen Prozessen. Vor erweiterten Schöffengerichten bringt man Beleidigungsdelikte vor und handelt sie ab. Der Dauerbeleidiger Strauß fühlt sich nämlich mit seiner NS-Vergangenheit konfrontiert und deshalb beleidigt.

Wenn schon nur Beleidigung, warum dann vor erweitertem Schöffengericht? fragt sich ein normaler Bürger. Wenn der nämlich seinen Nachbarn mit „Du Franz Josef Strauß!“ beschimpft und dieser sich diffamiert fühlt, aber kein Prozeßhansel ist, empört er sich höchstens beim Schiedsman.

Fragen und Widersprüche auch im Recklinghäuser Prozeß. Zuerst ein paar Dinge am Rande. Da melden sich mehrere Schulklassen zur Prozeßbeobachtung wohlweislich Wochen vorher an. Ob die sich nicht gewundert haben, daß ein Sitzungssaal mit nur 40 Plätzen vorgesehen war? Die Angeklagten fragten sich im Gedränge auf dem Flur, warum ihr Prozeß hundert Minuten später als angesetzt begann, obwohl der ausgewählte Raum zur geplanten Zeit frei war. Schließlich fragten sich etwa 200 interessierte, aber ausgesperrte Bürger, warum es ihnen verwehrt war, an der Verhandlung teilzunehmen.

Die meisten Fragen aber ergaben sich für die Eingelassenen. Warum mußten die Angeklagten die ihnen von Sympathisanten geschenkten roten Nelken verdeckt hinter sich legen? Warum erhielten die Polizisten vom 14. Kommissariat keine Zeugenladungen, obwohl diese verfügt worden waren? Zur Unabhängigkeit „unserer“ Gerichte stelle ich keine Fragen. Doch zur Sachverständigkeit

dieses Gerichts hätte ich schon einige. Mit welchem Recht erklärte es sich in der Angelegenheit „Strauß und Faschismus“ für ebenso sachverständig wie Prof. Kühn (Marburg), Prof. Geis (Tübingen) und Bernt Engelmann (Schriftsteller und Historiker), die als Gutachter abgelehnt wurden? Leider blieben die selbsternannten „Sachverständigen“ auf dem Podium – auf die Angeklagten herabschauend – den nötigen Sachverstand schuldig. Da ist die Vorsitzende Obluda, Gattin des stellvertretenden Polizeipräsidenten von Recklinghausen. Hat sie den Sachverstand durch ihren Ehemann vermittelt bekommen, der Strauß-Erfahrungen bei dessen bürgerkriegsähnli-

chem Auftritt in unserem Kreis sammeln konnte, als viele Hundertschaften der Polizei, Kampfschwimmer, Hubschrauber und andere martialische Eliten das Volk davon abhielten, dem ach so beliebten Kanzlerkandidaten die Hand zu drücken? Da ist auch der Schöffe und CDU-Stadtverordnete Stemmer, ausgezeichnet mit dem Bundesverdienstkreuz ... Von seinem Sachverstand hörte man bei der Verhandlung kein Wort. Der andere Schöffe bewies diesen auch nicht gerade überzeugend, indem er bei den Ausführungen des Staatsanwalts zufrieden lächelte und zwischendurch vehement zustimmend nickte, während er den Argumenten der Verteidigung ziemlich verständnislos folgte.

Die Angeklagten fragten den Staatsanwalt, warum sie eigentlich vor Gericht gebracht worden seien – hätte dieser Strauß denn keine NS-Vergangenheit? Immerhin sei er doch Nationalsozialistischer Führungsoffizier gewesen!

Und warum erwähnte der Staatsanwalt, daß zwei der Angeklagten DKP-Mitglieder sind? Konnte er nicht ermitteln, daß die Kinderkrankenschwester praktizierende Christin ist?

Noch eine Frage: Warum leugnet der Ankläger, daß es sich um einen politischen Prozeß handelt, forderte er doch in seinem Plädoyer: Wir müssen ein Zeichen setzen, damit die politischen Auseinandersetzungen konzilianter werden.

Daß am Ende vier Freisprüche beantragt wurden, spricht für die politische Reife, mit der sich die Angeklagten verteidigten. Übrigens – über typische Klassenjustiz schreibe ich ein anderes Mal.

Hans-Dieter Hesse, Recklinghausen

(Diese Notizen eines Prozeßbeobachters wurden im November 1980 geschrieben. Angesichts der neuerlichen Kanzlerkandidatur eines CSU-Politikers, der noch dazu der politische Ziehsohn des NS-Führungsoffiziers Franz Josef Strauß ist, erhalten sie eine gewisse Aktualität.)

Holland: Faschisten profitierten von Protestwahl

Trauerbonus für Pim Fortuyn

In Holland haben sich die christdemokratischen Schwarzen bei den Parlamentswahlen klar durchgesetzt, ohne über eine eigene Mehrheit in der Kammer zu verfügen. Die bisher regierenden Sozialdemokraten erlitten eine desaströse Niederlage. So ist eine mit Österreich und Italien vergleichbare Konstellation entstanden. Die Rechtskonservativen können nur dadurch die Regierung bilden, daß sie Abgeordnete der Liste des kurz vor der Abstimmung bei einem Attentat getöteten faschistoiden und ausländerfeindlichen Demagogen Pim Fortuyn in das Kabinett einbeziehen. Fortuyn, dessen heterogene und erst in der Formierungsphase befindliche Sammlungsbewegung, die zusätzlich zu dem ihr vorausgesagten guten Abschneiden nun auch noch einen Trauerbonus erhielt, war ein niederländischer Haider, Fini oder Le Pen. Er nutzte die Unzufriedenheit vor allem der Arbeiter, Kleinverdiener und Rentner mit dem rabiaten Sozialabbau unter Premier Wim Kok geschickt aus. Die Massenstimmung, eine weitere Regierungszeit der Sozialdemokraten und ihrer beiden liberalen Koalitionspartner nicht zuzulassen, wurde zugunsten der Rechtsradikalen kanalisiert, obwohl die „Liste Pim Fortuyn“ keine konkreten Alternativangebote machte. Sie schwamm wie Hamburgs Ronald Schill einfach auf der Woge der von den Medien systematisch geschürten Angst vor wachsender Kriminalität und zunehmender Verelendung. Wobei sie alle Übel der kapitalistischen Gesellschaft den in Holland häufig „farbigen“ Ausländern in die Schuhe zu schieben versuchte.

Unter der rot-blauen Regierung aus Sozialdemokraten der Partei der Arbeit (PvdA) und Rechts- wie Linksliberalen, die sich in Holland acht Jahre lang gehalten hatte, waren die Mindestlöhne eingefroren worden. Seit zwei Jahrzehnten stiegen die Einkommen von Arbeitern und Angestellten – trotz der Inflation – jährlich nur um 0,1 %. Wären sie im selben Rhythmus wie das Bruttona-

tionalprodukt erhöht worden, hätten sie um 45 % angehoben werden müssen. Mit dem von der Kok-Regierung vorgelegten, durch Unternehmerverbände und sozialdemokratische Gewerkschaften abgesegneten „Polder-Modell“, das einen weiteren drastischen Abbau des Lebensstandards vorsah, war das Maß der Empörung der Niederländer voll. Just in diesem Augenblick erschien der politisch „unverbrauchte“ Neuling Pim Fortuyn – ein Soziologieprofessor mit brillanten rhetorischen Fähigkeiten – auf der Bildfläche, um sich als Retter der Nation anzubieten. Obwohl er eindeutig faschistoide Sprüche klopfte und geschickt an primitive Instinkte appellierte, wurde er auch von vielen Holländern, die sonst nicht dem rechten Spektrum zuzurechnen sind, als „letzter Rettungsanker“ betrachtet. Seine Losung „Die etablierte Ordnung fürchtet den Wandel“ kam an, obwohl er die tragenden Säulen der bürgerlichen Gesellschaft nicht infrage stellte und völlig offenließ, worin der „Wandel“ eigentlich bestehen sollte.

Nach dem Attentat auf Fortuyn, dessen Hintergründe im Dunklen blieben, leisteten die Politiker der großen Parteien Hollands und selbst das Königshaus eine gewaltige „Trauerarbeit“. Sie taten alles, um den toten Favoriten der Rechtsaußenszene nachträglich hof- und salonfähig zu machen. Er wurde regelrecht als Märtyrer, der für die niederländische Demokratie gefallen sei, aufgebaut. „Man betrauerte ihn, als sei er der letzte Demokrat gewesen“, schrieb die belgische Zeitung „Solidaire“. Das hat sich am Tag der Protestwahl für die verwaiste „Liste Pim Fortuyn“ ausgezahlt und im zweiten Platz niedergeschlagen.

Der gefährliche „europäische Trend“ nach rechts außen, der nicht isoliert von faschistischen Zügen in der Politik der amerikanischen Bush-Administration betrachtet werden kann, hat eine weitere Nuance erfahren.

S. R.

65 Jahre nach der Auslöschung der baskischen Stadt Gernika

Die Terroristen der Legion Condor

Es war ein Montag, Markttag, jener 26. April 1937 in Gernika (Guernica). Von den Flugplätzen in Vitoria und Burgos aus starteten die Junkers 52, Heinkel, Dornier und Messerschmidt auf Befehl des Nazi-Generals Hugo Sperrle und unter dem Kommando des Oberstleutnants von Richthofen. Der Angriff begann um 16.30 Uhr. Die Glocke der Kirche Gernikas läutete dreimal Sturm, schlug Alarm. „Mehr als drei Stunden folgte eine Bombardierungswelle auf die andere. Die Flugzeuge warfen Brandbomben. Einige von ihnen stiegen auf eine Höhe von nur 200 Metern ab, um auf die flüchtende Bevölkerung mit Maschinengewehren zu schießen“, berichtet ein Zeitzeuge.

Der baskische Präsident Aguirre informierte die republikanische Regierung über den Bombenangriff, der Gernika als erste Stadt Europas auf diese Weise in Schutt und Asche legte, über die Grausamkeit gegen Zivilisten.

Die spanische Republik befand sich im Krieg gegen die vom deutschen und italienischen Faschismus unterstützten Franco-Generäle. In seinem Verlauf (1936-1939) machten die Terroristen Hitlers und Mussolinis zum ersten Mal in der neuzeitlichen Geschichte die Zivilbevölkerung zum bevorzugten Ziel. Später wurde das „Normalität“. Gernika aber symbolisiert den Beginn dieser Barbarei.

Das nazifaschistische „Militärische Wochenblatt“ propagierte schon damals diese Art totaler Kriegführung. In der ersten Maiwoche 1937 schrieb es: „Kein Staat verzichtet heute noch auf die Bombardierung von offenen Städten. Bisher standen solche Bombardements im Gegensatz zu den Menschenrechten. Aber verzichtete man auf sie, würde man das Kriegsziel infrage stellen. Bislang ließ man das Hinterland des Feindes in Ruhe ...“, aber die Technik hat den Völkern die Fliegerei gegeben, mit der man im Kriege die Wirtschaft des Gegners und sein Hinterland angreifen kann.“ Richthofen notierte wenige Tage nach dem Überfall in seinem Tagebuch: „Gernika, Stadt von 5 000 Einwohnern, buchstäblich dem Erdboden gleichgemacht ... ein voller technischer Erfolg ... einfach toll.“

Trotz dieser klaren Sprache haben die Faschisten ihren kaltblütig geplanten Terrorakt nie zugegeben. Sie sprachen sogar von „Selbstzerstörung durch die Basken“. Franco-Radio Salamanca verkündete „höhere Aufgaben“ statt „sentimentaler Neigungen“ in bezug auf die „ungelegenen Toten“. Was drei Tage nach der Bombardierung geschah, als der Widerstand der Verteidiger der Republik gebrochen werden konnte, (dort schlug sich u. a. das baskische Bataillon Rosa Luxemburg), berichtete die Zeitschrift „Gudari“ (Kämpfer): „Von Anfang an versuchten die Faschisten, ihre Rolle bei den Geschehnissen zu vertuschen. Gleich nach der Einnahme der Stadt wurde diese fünf Tage lang für die internationale Presse gesperrt. In dieser Zeit füllte man die Bombenkrater auf und übergoss die Ruinen mit Benzin.“ Von damals stammt auch

Francos Befehl, alle Berichterstatte zu erschießen, die in Begleitung der „Roten“ gefangenengenommen wurden.

Am 65. Jahrestag des Blutbades war ich in Gernika. Pünktlich am Nachmittag begannen wieder die Sirenen zu heulen, zur Erinnerung an den Angriff von 1937. Überall sah man Plakate und Transparente. Sie stellten das damalige Geschehen in einen Zusammenhang mit Palästina heute, mit dem Selbstbestimmungsrecht der Basken und aller Völker, die gegen die Politik des Kapitals kämpfen. Schon am Vorabend des 26. April fand eine internationalistische Gedenkveranstaltung statt. Auch hier war der Widerstand des palästinensischen Volkes ein besonderes Thema. Darüber sprach Paul Nicholson, der baskische Vertreter in der internationalen Bauerngewerkschaft „Via Campesina“. Er war erst zwei Tage zuvor aus Ramallah zurückgekommen, wo er sich mit anderen Verfechtern der Solidarität im Hauptquartier Arafats befunden hatte. Nach dem Sirensignal begann die offizielle Feier an der Gedenkstätte auf dem Friedhof. Auch hier, wo Blumen niedergelegt wurden, gedachte man der Toten aus Palästina und Afghanistan. Anschließend gab es eine Veranstaltung für die Überlebenden von 1937. Unter anderem sprach eine USA-Bürgerin. Sie habe um die Ecke des World Trade Centers gewohnt und so den 11. September hautnah erlebt. Als Teil einer Gruppe, die sich um die Überwindung des Schocks der New Yorker kümmerte, kam sie bis Gernika. Sie setzte den Angriff auf die Stadt und den 11. 9. gleich. Ich weiß nicht, was die Anwesenden dachten, aber mir fielen spontan Hiroshima und Nagasaki ein, Korea und Vietnam. Und die vielen Kriege der letzten Jahre. Allein zwischen 1990 und 1995 sind nach offiziellen Quellen fünfeinhalb Millionen Menschen umgekommen, drei Viertel davon Zivilisten.

Ein Teilnehmer machte den Einwurf, die Bombardierung Gernikas habe politische und ideologische Ziele gehabt. Es sei darum gegangen, das Herz des baskischen Volkes zu treffen. Er fragte die US-Ameri-

kanerin nach dem politisch-ideologischen Hintergrund des 11. September. Die peinliche Stille, die entstand, verwunderte nicht. In Zeiten des Vergessen-Machen-Wollens als Nährboden für die Straflosigkeit des Unrechts ohne Ende die Frage nach dem wirklichen Wer-Warum-Wofür zu ignorieren, heißt, die Täter-Opfer-Auseinandersetzung ohne Schlußfolgerungen zu belassen. Diese Haltung ist in der BRD als „Bitburg-Linie“ bekannt, so benannt nach Reagans „Opfer-Ehrung“ auf dem dortigen SS-Friedhof.

Vor fünf Jahren, am 13. April 1997, trat der damalige Bürgermeister Gernikas, Eduardo Vallejo de Olejua, bei einer Veranstaltung in Berlin gegen die Lügen von Historikern auf: Gernika sollte als Ort und Symbol für die seit alters her bestehenden freiheitlichen Rechte des baskischen Volkes ausgelöscht werden, stellte er fest. „Damals erfuhr ich erstmals, weshalb die Göring-schen Luftpiraten gerade diese Stadt mit mehreren Angriffswellen ihrer Flugzeugstaffeln in Trümmern legten. Den Piloten der Legion Condor war kein beliebiges Übungsfeld für den Zweiten Weltkrieg zugewiesen worden. Gernika sollte als heilige Stadt der Basken zerstört werden“, berichtete der inzwischen verstorbene Spanienkämpfer Fred Müller im Informationsbrief der Interbrigadisten über jene Berliner Veranstaltung.

Doch es ging nicht nur um Demoralisierung und Unterwerfung der Basken, sondern auch um die Plünderung ihrer Bodenschätze. Ganz bewußt ließ man die Industriezone mit den Waffenfabriken unbeschädigt. Für die Hauptarbeit bei der Niederschlagung des Baskenlandes (Euskadi) bekam Hitler einen Vorzugsvertrag zur Ausbeutung der dortigen Erzvorkommen. 5 000 Kriegsgefangene wurden im Mai 1938 in die baskischen Minen verlegt. Euskadi war Zentrum und Versuchsfeld der Repression der Faschisten, die sich dann, nach Francos Sieg 1939, auf den restlichen spanischen Staat ausdehnte.

So ist es bis heute geblieben. Schon beim Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß wurde ein wichtiges Anliegen der baskischen Exilregierung unter J. A. Aguirre abgewimmelt: Ohne Erfolg versuchte diese durchzusetzen, daß General Hugo Sperrle wegen Gernika der Prozeß gemacht werde. Sie unternahm alles, präsentierte dem Tribunal sogar ein komplettes Dossier über die Verwicklung der deutschen Offiziere. Aber das Gericht ging davon aus, NS-Kriegsverbrechen erst ab 1942 zu prozessieren. Dahinter stand der Druck der USA. Offenbar wollte man Franco-Spanien, auf dessen Territorium bald Luftwaffenbasen errichtet werden sollten, schonen.

Übrigens: Die Leute in Gernika nahmen mich als deutsche Antifaschistin freundlich auf. Sie sind nicht gegen die Deutschen schlechthin. Ihr Gedenken dient der Erinnerung, der Weitergabe und des Weiterzählens des Unrechts von damals an die nächste und übernächste Generation, damit der Kampf von einst seine Fortsetzung findet.

Isolda Bohler, Valencia



Aus „The Guardian“, Sydney

Lettland vor seinem Beitritt zu NATO und EU

Rigas ethnische Säuberungen

In einer früheren Ausgabe des „RotFuchs“ ist über Prozesse vor Gerichten Lettlands gegen sowjetische Patrioten berichtet worden, die während des Krieges als Partisanen der Roten Armee lettische Kollaborateure der Nazis und Angehörige baltischer SS-Einheiten bekämpften. Sie wurden wegen „Genozidverbrechen, begangen am lettischen Volk“, unter Anklage gestellt und verurteilt. So erhielt der 86jährige Veteran des Großen Vaterländischen Krieges, Wasili Kononow, der an Kampfaktionen zur Vernichtung faschistischer lettischer Verbände teilgenommen hatte, wegen „Kriegsverbrechen“ eine 6jährige Haftstrafe. Der 84jährige Michail Farbtsch, zu sowjetischen Zeiten Staatsanwalt, mußte auf einer Bahre in den Gerichtssaal getragen werden. Gegen ihn verhängte das Tribunal eine Freiheitsstrafe von 5 Jahren.

Zur gleichen Zeit wurden auch in der Ukraine Angehörige dortiger SS-Einheiten „rehabilitiert“ und materiell mit Veteranen der Sowjetarmee auf eine Stufe gestellt. Nach einem Bericht der Londoner Zeitung „The Times“ billigte der ukrainische Ministerpräsident Anatoli Kinach de facto die Entscheidung der Stadtverwaltung von Iwano-Frankowsk, den Angehörigen der aus einheimischen Faschisten bestehenden 14. SS-Division „Galizien“ den Status von „Kämpfern für die Freiheit und Unabhängigkeit der Ukraine“ zuzubilligen. Ihre Einheiten waren gegen die Rote Armee eingesetzt und begingen furchtbare Verbrechen an Partisanen und unter der Zivilbevölkerung.

Doch zurück zu Lettland: Russische Presseberichte lenken die Aufmerksamkeit auf Praktiken der Regierung in Riga, die verschiedene Grade von Einschüchterung gegen besonders aktive ethnische Russen einschließen. Diese werden durch die Sicherheitskräfte verfolgt, ohne Grund Verhören unterworfen und von Haussuchungen betroffen. Die Maßnahmen richten sich besonders gegen Journalisten, Lehrer und Jugendfunktionäre.

Nach 1997 veröffentlichten Daten der EU-Kommission stellen Letten in 7 der 8 größten Städte des Landes die Minderheit dar, während sie in Kleinstädten und auf dem Lande in der Mehrheit sind.

Ende August 2000 ratifizierte das lettische Kabinett Ausführungsbestimmungen zum „Gesetz über die Nationalsprache“. Die Beherrschung des Lettischen ist für den russisch sprechenden Teil der Bevölkerung (30 %, zu denen noch 4 % Belorussen und 3 % Ukrainer hinzukommen) die Vorbedingung für die Gewährung der Staatsbürgerschaft, auch wenn sie in Lettland geboren wurden oder ihr ganzes Leben lang dort gelebt und gearbeitet haben. Die erste Hürde ist die Notwendigkeit, die lateinischen Buchstaben zu erlernen, da die lettische Schriftsprache nicht – wie das Russische – auf dem kyrillischen Alphabet beruht. Zweitens ist lettisch – eine alte indo-europäische Sprache – sehr schwer zu beherrschen. Bei der Prüfung werden nicht nur solide mündliche und schriftliche Sprachkenntnisse, sondern auch Wissen aus der lettischen Geschichte verlangt. Alte Leute und arbeitende Menschen, Män-

ner wie Frauen, haben große Schwierigkeiten, damit zurechtzukommen. Die Sprache wird jetzt zu einem bürokratischen Mittel, um eine Ausschlusspolitik gegen Minderheiten einzuführen. Man muß wissen, daß von insgesamt 44 % Nichtletten 685 000 oder 28 % keine lettische Staatsangehörigkeit besitzen.

Nicht-Bürger Lettlands sind verschiedenen Formen der Diskriminierung unterworfen, namentlich dem Ausschluß von bestimmten Berufen. Sie können z. B. keine Anwälte, Apotheker, Feuerwehrleute, Fluglinien-Mitarbeiter usw. werden. Ihnen wird das aktive und passive Wahlrecht verweigert. Sie sind nicht berechtigt, Arbeitslosenunterstützung zu beziehen. Darüber hinaus wird lettisch immer mehr die einzige Amtssprache in Regierungsbehörden und vor Gerichten. Nichtsprachkundige haben lediglich das Recht, auf eigene Kosten die Dienste eines Dolmetschers in Anspruch zu nehmen.

Im März 1998 trieben knüppelschwingende Polizisten eine Massendemonstration ethnischer Russen auseinander, die vor dem lettischen Parlament gegen den repressiven Charakter der ins Auge gefaßten Sprachgesetze protestierten. Ihre Sorge war berechtigt: Ab 2003/2004 müssen alle staatlichen Schulen, wo bisher in russisch unterrichtet wird, zum Lettischen als Lehrsprache übergehen.

Diese Unterdrückungspolitik zielt darauf ab, unerträgliche Lebensbedingungen für eine zahlenmäßig bedeutende nationale

Minderheit zu schaffen. Ihre Wirkungen entsprechen „ethnischer Säuberung“. Die gegenwärtige Situation in Lettland ist besonders bedauerlich, zieht man in Betracht, daß die verschiedenen Volksgruppen viele Jahrzehnte friedlich miteinander lebten und untereinander heirateten. Als Sowjetbürger hatten sie gleiche Rechte zu studieren, zu arbeiten und überall in der Union zu reisen. Heute werden Russen, Ukrainer, Belorussen und Georgier als „Okkupanten“ herabgewürdigt. Man fordert sie auf, sich „nach Hause“ zu scheren.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß bei weitem nicht alle Letten eine feindselige Haltung zu ihren russischsprechenden Nachbarn und Arbeitskollegen einnehmen oder die Verdrängung der russischen Sprache aus dem Bildungswesen billigen. Angesichts des Fehlens lettischer Übersetzungen wissenschaftlicher und technischer Literatur bleibt sie ohnehin eine Quelle des Lernens.

Die Politik der „ethnischen Säuberungen“ ist von oben aufgezwungen. Sie sucht eine multikulturelle Gemeinschaft mit langer historischer Tradition aufzusplitteln und nur einer Kultur zu unterwerfen. Wird die Wiederbelebung einer am faschistischen Prototyp orientierten Philosophie Lettlands Mitgliedschaft in der Europäischen Union und in der NATO ausschließen?

Dr. Vera Butler

Unsere in Melbourne, Australien, lebende Autorin entstammt einer russisch-deutschen Familie und wurde in Riga geboren.



Spurensuche in Dschenin

Grafik: Arno Fleischer

Portugals Kommunisten vor ihrer Nationalkonferenz

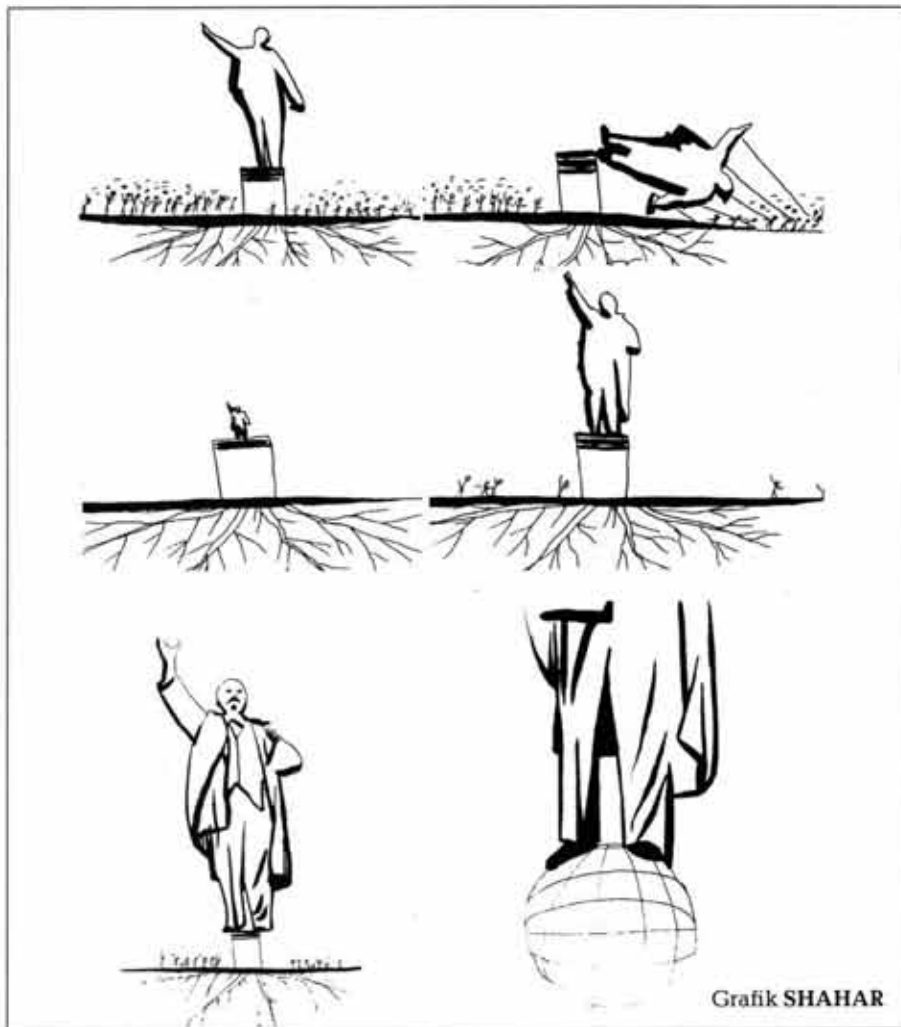
Reinigendes Gewitter?

In der Portugiesischen Kommunistischen Partei (PCP) findet eine scharfe politisch-ideologische Auseinandersetzung zwischen den um die Kampfgefährten des ehemaligen Generalsekretärs Álvaro Cunhal gescharten Marxisten-Leninisten und Parteigängern eines Zusammengehens mit der rechtssozialdemokratischen Sozialistischen Partei (PS), die bisher die Regierung stellte, statt. Auf einer Nationalkonferenz der PCP am 22. Juni soll die mit dem Amtsantritt der großbürgerlichen Rechtsregierung in Portugal entstandene neue Lage erörtert werden. Beobachter rechnen zugleich damit, daß sich die Mehrheit der Delegierten eindeutig gegen die Rechtsopportunisten und Revisionisten erklären und entsprechende organisatorische Konsequenzen fordern wird. Wir veröffentlichen im folgenden einen Beitrag des legendären PCP-Führers Jaime Serra, der im Rahmen einer vor der Parteikonferenz durch das Zentralorgan „Avante!“ eingerichteten Diskussionstribüne erschien.

„Eine vorausgeschickte Bemerkung: Der Autor dieser Zeilen ist von Beruf Metallarbeiter. Er gehört der Partei seit 1936 an und war als knapp 16-jähriger das erste Mal in politischer Haft. 1947 war er nach einem Werftarbeiterstreik gezwungen, in die Illegalität zu gehen. Drei weitere Male im Gefängnis, gelang ihm jedes Mal die Flucht, um den Kampf fortzusetzen. In der Partei hat er im Laufe der Jahre verschiedene Funktionen ausgeübt. Er gehörte allen kollektiven Leitungsorganismen an – dem Zentralkomitee, der Politischen Kommission und dem Sekretariat. In den letzten Jahren der faschistischen Diktatur war er für die Revolutionäre Bewaffnete Aktion (ARA) verantwortlich, deren Schläge gegen den Kolonialkrieg einen wertvollen Beitrag zum Sturz des faschistischen Regimes und zum Anbruch des Portugals des April leisteten. Nach dem 25. April 1974 war er nacheinander Verantwortlicher für die Regionalleitungen der PCP in Setúbal und Mittelportugal. Er gehörte der Verfassungsgebenden Versammlung und dem Parlament an.“

Diese kleine biographische Notiz verfolgt lediglich das Ziel, nachzuweisen, daß der Autor weiß, wovon er spricht.

Als die PCP 1921 gegründet wurde, machte die portugiesische Gesellschaft äußerst schwierige ökonomische und politische Bedingungen durch. Die Arbeiterklasse und die Werktätigen im allgemeinen erlebten in dieser Zeit unter dem doppelten Einfluß des politischen Opportunismus der Zweiten Internationale und der anarchosyndikalistischen Ideen, die damals in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung dominierten, eine Periode großer ideologischer Desorientierung. Unter diesen Verhältnissen ist es verständlich, daß auch die PCP verschiedene Schwierigkeiten zu überwinden hatte, bevor sie Anfang der 40er Jahre ihre endgültige Identität als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, die sich auf die ideologischen Prinzipien des Marxismus-Leninismus stützt, klar bestimmen konnte. Diese Prinzipien haben ihre Feuerprobe in einer politischen Praxis lan-



ger und harter Jahre des Kampfes bestanden. Sie wurden auf verschiedenen Parteitage vor und nach dem 25. April bekräftigt.

In der gegenwärtigen politischen Situation, die sich im Machtantritt der bisher rechtesten Regierung seit dem 25. April ausdrückt, was zur Einberufung der Nationalkonferenz der Partei für den 22. Juni führte, erweist sich die politische Aktion der PCP – der einzigen wirklich revolutionären politischen Kraft unseres Landes – als unerlässlich. Der Zusammenhalt, die Einheit im Denken und in der Aktion drängen sich mehr als je zuvor allen Mitgliedern auf. Dabei bilden der Respekt für die Prinzipien und festgelegten Regeln die Grundlage.

Deshalb ist es angebracht zu fragen: Warum läuft eine so wütende Kampagne gegen diese Regeln und Prinzipien, entfesselt und geschürt durch eine ganze Plejade neuer und „erleuchteter“ Revisionisten mit klarer Klassenprägung, die als „Begläubigungsschreiben“ angebliche und falsche „Opfer“ vorweisen, welche sie gebracht haben wollen? In etlichen Fällen handelt es sich wohl eher um auf Sesseln verschiedener Verwaltungsebenen abgeschabte Hosenböden. Warum findet diese Aktion, die sich in orchestrierter Form vollzieht, so großen Ansporn und solche Unterstützung

durch die Hauptorgane der bürgerlichen Medien, wo doch alle wissen, daß die PCP die einzige Kraft ist, deren Existenz und politische Aktion die herrschenden Klassen wirklich fürchten? Warum wird sie ausgerechnet durch jene gefördert, die die PCP, sei es durch Gewalt, sei es durch raffiniertere Formen, schon immer zu zerstören beabsichtigten und das nach wie vor beabsichtigen? Mit diesem Ziel nutzen auch die neuen Revisionisten, von denen einige bereits im Solde der bürgerlichen Medien stehen und andere schändlich mit ihnen zusammenarbeiten, die ihnen zur Verfügung gestellte Öffentlichkeit, um Initiativen von spalterischem Charakter zu unternehmen. Es handelt sich um einen Prozeß der politischen und ideologischen Entartung, der in der langen Geschichte unserer Partei kein neues Phänomen ist. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt nimmt er jedoch besorgniserregende Aspekte an, zieht man die Positionen und die falschen Argumente derer in Betracht, die auf den Plan treten, um Leichtgläubige zu täuschen. Es darf nicht gestattet werden, daß sich jene – auch nur im formalen Sinne – weiterhin als Mitglieder der Partei betrachten, die sich durch ihre systematische Aktion eindeutig an deren Rand oder gegen sie stellen.“

Burmas Kommunisten sammeln neue Kräfte

Die Enkel der Dschungel-Partisanen

Längere Zeit war von der KP Burmas (CPB) – einst eine der einflussreichsten kommunistischen Parteien Asiens – nur wenig zu vernehmen. Nach Jahrzehnten tapferen Widerstandes gegen die pseudosozialistische Militärdiktatur in Rangun hatten innere Differenzen zum Verlust auch des letzten „befreiten Gebietes“ geführt und die CPB-Spitze ins Exil gezwungen. Jetzt meldete sich „Genosse Jacob“ namens eines Zentralen Organisationskomitees der CPB in der Londoner Tageszeitung „Morning Star“ zu Wort, um von neuen Anstrengungen der burmesischen Kommunisten zu berichten. (Die vom 1962 unter General Ne Win ans Ruder gelangten Militärregime erfundene Staatsbezeichnung Myanmar, die dessen nationale Vorreiterrolle unterstreichen soll, wird von der gesamten Opposition einschließlich der CPB nicht anerkannt.)

Bemühungen für den Zusammenschluß der antidiktatorischen Kräfte, in deren Rahmen die von Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi geleitete Nationale Liga für Demokratie (NLD) das größte Gewicht besitzt, haben bisher nicht zum Erfolg geführt. „Einen gemeinsamen Feind zu haben, reicht nicht aus. Man braucht auch ein gemeinsames Programm der gegen das Regime auftretenden Kräfte“, betonte „Genosse Jacob“. Der Dialog, den Teile der Opposition in jüngster Zeit mit Vertretern der Diktatur gesucht hätten, habe sich als fruchtlos erwiesen.

1988 waren die Herrschenden, die sich auf die Armee, die Polizei, den Sicherheitsdienst und rückständige Schichten der Bevölkerung stützen, durch einen Volksaufstand in Bedrängnis geraten. Sie mußten in die Abhaltung von Wahlen im Jahre 1990 einwilligen. Aus ihnen ging Aung San Suu Kyis NLD als klare Siegerin hervor. Dennoch kam sie nicht an die Regierung. Die lange Zeit in Hausarrest gehaltene Politikerin, über deren Situation international viel berichtet wurde, ist die Tochter des burmesischen Nationalhelden Aung San, der im antikolonialen Befreiungskampf eine führende Rolle spielte und 1947 von einem rechtsgerichteten Terroristen – vermutlich im Auftrag Londons – ermordet wurde. Heute versucht Aung San Suu Kyi die radikale Vergangenheit ihrer Familie in Vergessenheit geraten zu lassen, um im Westen Punkte zu sammeln. 1939, auf dem Gründungskongreß der CPB, war Aung San zu deren erstem Generalsekretär gewählt worden. Auch ein Onkel der NLD-Führerin übte einige Jahre später diese Funktion aus.

1940 begab sich Aung San als Abgesandter seiner Partei nach China, um Mao Tse-tungs Rote Armee zu kontaktieren und ihre Hilfe beim Aufbau bewaffneter Volkskräfte auch in Burma zu erbitten. Er fiel jedoch bei der Reise in die Hände der Japaner. In der Haft brach er mit der CPB und willigte widerstrebend ein, eine Burmesische Unabhängigkeitsarmee unter japanischer „Anleitung“ für den Kampf gegen die Briten zu formieren. 1943 ging er, der dem Antifaschismus trotz seiner Schwankungen innerlich verbunden geblieben war, mit seinen Leuten auf die Seite der Alliierten über. Die CPB besaß unterdessen im Dschungel

ihre eigenen Guerilla-Einheiten. Sie war von Beginn an gegen alle Angebote aufgetreten, im Widerstand gegen die britische Unterdrückung mit den Japanern zusammenzuarbeiten. Im Nachkriegs-Burma stellte sie eine bedeutende nationale Kraft dar. Ihre Tageszeitung fand eine große Leserschaft. Die Partei übte entscheidenden Einfluß in den Gewerkschaften und im Bauernverband aus.

Doch die vor dem Abzug stehenden britischen Kolonialisten, die zur Aufgabe Burmas gezwungen waren, richteten ihre Schläge vor allem gegen die ihnen verhaßten Kommunisten. Nach der Ermordung Aung Sans setzte eine scharfe Repression ein. Die Zeitungen der CPB wurden verboten, ihre Funktionäre verhaftet, gewerkschaftliche Aktivitäten unterdrückt. 1948 zwang die regierende rechtssozialdemokratische Burmesische Sozialistische Partei die CPB in die totale Illegalität. Aufgrund großen Einflusses unter den Bauern gelang es ihr jedoch, in kurzer Zeit befreite Zonen auf dem Lande zu schaffen und eine neue Guerilla-Armee aufzubauen, die jahrzehntelang intakt blieb.

Wie andere kommunistische Parteien Südostasiens, z. B. die KP Indonesiens und die KP der Philippinen, schlug sich auch die CPB im sowjetisch-chinesischen Konflikt auf die Seite Peking. Das sicherte ihr einerseits die Unterstützung der KP Chinas für die befreiten Zonen und den bewaffneten Kampf, unterwarf die Partei jedoch andererseits auch negativen Belastungen, die sich z. B. aus dem ultralinken Abenteuerertum der „Kulturrevolution“ ergaben. Auch in Burma wurden zahlreiche bewährte Kader ausgeschaltet, verfolgt und in einigen Fällen sogar als Verräter behandelt. Das fügte – „Genossen Jacob“ zufolge – der Partei ersten Schaden zu. Es sei ein schwerer Fehler gewesen, sich nicht auf die eigenen Erfahrungen zu verlassen.

Die ohnehin fragile Position der CPB wurde noch dadurch erschwert, daß die UdSSR und andere sozialistische Staaten in den 60er und 70er Jahren zu einer Politik der Annäherung an das Ranguner Regime übergingen. In der sowjetischen Literatur wurde die herrschende Burmesische Sozialistische Programmpartei auf einmal als revolutionäre Organisation dargestellt, deren zur Täuschung der Massen vorgelegtes Dokument „Burmas Weg zum Sozialismus“ Moskau für bare Münze nahm. In Wirklichkeit aber verfolgte diese Partei innenpolitisch einen anti-kommunistischen Kurs.

Große Schwierigkeiten erwuchsen der CPB aus der Tatsache, daß zentrale Sektoren der burmesischen Landwirtschaft mit der Opium-Erzeugung verbunden sind. Obwohl sich die Partei bemühte, alternative Kulturen wie Weizen ins Spiel zu bringen, schwapp-

te die Opium-Problematik immer wieder in die CPB hinein. Auch eigene Kader waren in sie verwickelt. 1985 beschloß der 3. PCB-Kongreß strenge Maßnahmen gegen Parteimitglieder, die mit Opium-Anbau oder -handel zusammenhingen. Die Folge waren Massenausritte in ländlichen Zonen. Es kam zum Bruch zwischen der Partei und den Bauern. So ging der CPB, die in den Städten wenig Chancen hatte, das letzte befreite Gebiet verloren. Ihre von den Massen isolierte Führung sah sich im März/April 1989 zur Flucht ins Ausland gezwungen. Nach einer Phase der Ernüchterung und des Nachdenkens über die Ursachen der erlittenen Niederlage begann die CPB-Zentrale mit der Neugruppierung von Kräften. Aufgrund ihrer Erfahrungen ist sie nach wie vor davon überzeugt, daß eine Konzeption zur Überwindung der Militärdiktatur in Burma auch die Komponente des bewaffneten Kampfes nicht ausschließen kann. „Das Ziel besteht darin“, erklärte der bereits mehrfach zitierte burmesische Genosse, „ein friedliches und demokratisches Burma zu schaffen. Das hat den Aufbau einer starken und effektiven antidiktatorischen Allianz zur Voraussetzung.“

R. F., gestützt auf „Morning Star“, London, und „The Guardian“, Sydney

Freispruch im Clabecq-Prozeß

Am 22. Mai 2002 hat der Appellationsgerichtshof in Brüssel die 13 wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und anderer ihnen unterstellter Delikte angeklagten Stahlwerker aus dem belgischen Clabecq in zweiter und letzter Instanz freigesprochen. RF berichtete in der Vergangenheit über den spektakulären Fall. Die Verteidigung der 13 Arbeiter um Roberto D'Orazio und Silvio Marra war ein wichtiges Kapitel Klassenkampf in Belgien. Dabei spielte die Partei der Arbeit (PTB) eine herausragende Rolle.



D'Orazio und Marra nach der Urteilsverkündung

Warum die KP der Russischen Föderation Duma-Sprecher Selesnjow ausschloß

Herostraten-Taten

Die antikommunistische Hysterie ist ein Kennzeichen einer kranken und aggressiven Gesellschaft. Daß in der russischen Staatsduma Aufrufe zum Verbot der KPRF und zur gerichtlichen Verfolgung ihres Führers Sjuganow verteilt wurden, ist keineswegs ein Zufall. In dieser Forderung treffen sich die verschiedensten reaktionären Kreise Rußlands und Vorstellungen der republikanischen Administration der USA. Die Popularitätskurve des Präsidenten Putin ist kraß gefallen. Dieser aalglatte Regier sucht nach jemandem, auf den man die Hundemeute loslassen könnte. Denn mit der Sache im Lande steht es immer schlechter. Und je schlechter es läuft, um so mehr Farbe verwenden die großen Fernsehstationen darauf, den Präsidenten weißzuwaschen. Das haben wir schon am Beispiel Jelzins gesehen.

Von Putin ist nicht nur das fast verhungerte und wiederholt betrogene Volk enttäuscht, sondern auch die Stütze des Regimes – die Armee. Die Zeit drängt, zum Popanz Antikommunismus zu greifen. Erinnern wir uns an den Namen desjenigen, der den Vorschlag einbrachte, die KPRF zu verbieten: Das ist der Abgeordnete der Fraktion Vaterland – Ganz Rußland A. M. Fedulow. Früher war er absolut unbekannt. Übrigens, an Exemplaren, die nach dem Ruhm des antiken Griechen Herostrat drängen, der einst den Diana-Tempel auf der Athener Akropolis anzündete, um wenigstens so in die Geschichte einzugehen, hat es in der Staatsduma ohnehin keinen Mangel.

Fedulow droht Sjuganow mit Strafverfolgung. Warum? Der Führer der KPRF entlarvt kühn und entschlossen die Macht, indem er das jetzige Regime „liberalen Faschismus“ nennt. Er tritt für den Schutz der mittellosen werktätigen Massen ein, ruft sie zu friedlichen Protestaktionen auf. Die KPRF sammelt ständig Punkte und ist fähig, bei den nächsten Wahlen zu siegen (in vielen Regionen ist dies schon geschehen). Das ist auch die Sünde, deretwegen man die Partei verbieten und ihren Führer bestrafen möchte. Unwillkürlich entsteht die Frage: Was ist das für eine Demokratie, derer sich das Regime so brüstet? Das ist doch nur eine Karikatur auf Demokratie.

Zweifellos wird die jetzige antikommunistische Hysterie, in deren Klima man die KPRF der Posten der Vorsitzenden fast aller von ihr bisher geleiteten Duma-Ausschüsse beraubt hat, der Partei nur neue Stimmen bei den bevorstehenden Wahlen bringen. Und die Aktionen zu ihrem Verbot und zum Angsteinjagen werden, sollten sie tatsächlich geschehen, nur Abneigung bei den Volksmassen und – was nicht weniger wichtig ist – bei der Armee hervorrufen. Einige Worte über die besondere Position des Vorsitzenden der Staatsduma, des Mitglieds der Fraktion der KPRF G. Selesnjow. Trotz des Beschlusses des Plenums des ZK der KPRF hat er es abgelehnt, vom Posten des Speakers der Duma zurückzutreten. Er motivierte dies damit, daß die Staatsinteressen für ihn wichtiger seien als die der Partei. Wir fügen hinzu, daß Selesnjow schon lange als Lobbyist für die Interessen des Kreml auftritt und diesen bedient. Also ist ein solches Benehmen nichts Neues.

Dem Wesen der Sache nach ist es daselbe, was in der Vergangenheit ein anderer Duma-Speaker, nämlich Rybkin, tat. (Selesnjow ist inzwischen aus der KPRF ausgeschlossen worden. Die Maßnahme traf auch zwei weitere Ausschußvorsitzende, die sich geweigert hatten, aus Solidarität mit den Gemaßregelten von ihren Posten zurückzutreten – R. F.)

Sehr wichtig ist, daß die Mehrheit der Regionalabteilungen der KPRF – im Gegensatz zur Position einzelner Mitglieder der zentralen Leitung – auf dem Rücktritt Selesnjows bestand. Augenscheinlich verbindet dieser seine politische Zukunft damit, daß die KPRF bei den nächsten Wahlen nicht als Partei auftritt, wie dies alle Jahre der Fall war, sondern unter der Flagge der Volkspatriotischen Union Rußlands. Auch die in aller Eile von Selesnjow zusammengezimmerte Gruppierung „Rossija“, die sich auf die Unterstützung des Präsidenten orientiert, will unter dieses Dach. Selesnjow kann sich aber auch verrechnen. Die antikommunistische Hysterie wird in Rußland nicht Fuß fassen. Sie hat sich schon in den ersten Jahren der Konterrevolution erschöpft. Boris Chorjew

Mitglied der Ideologischen Kommission des ZK der KPRF

Übersetzung: Eberhard Bock (Prawda Rossii Nr. 18/2002)



„Mein Beitrag zu unserem Abrüstungsabkommen!“ Grafik: Gustavo Munoz Matiz, „Solidaire“

George Dabbelju klopft auf den Busch

Drohgebärde gegen Kuba

Der frühere USA-Präsident Jimmy Carter hat Kuba besucht und dort mehrfach mit Castro gesprochen. Als Pflichtübung absolvierte er ein „Treffen mit Dissidenten“ – längst Routine bei Visiten solcher Gäste. Carter wurden alle Möglichkeiten zum Kontakt mit der Bevölkerung eingeräumt. Das kubanische Fernsehen übertrug seine Rede an der Universität Havanna live. Immerhin war er der bisher ranghöchste USA-Bürger, der den sozialistischen Karibikstaat seit dem Sieg der Revolution betreten hat.

Carter kam nicht als Freund Kubas. Aber auch nicht als Säbelraßler. Er vertrat jene mit dem Embargo-Kurs des Weißen Hauses unzufriedenen Kreise in den USA, die Handel, Tourismus und amerikanische Investitionen in Kuba ankurbeln möchten. Er steht für „Wandel durch Annäherung“, für eine „Konterrevolution auf Filzlatzchen“. In Kuba, wo man den Gast freundlich begrüßt hat, wurde das illusionslos in Rechnung gestellt. Man weiß, daß der Dollar als zweite (oder inzwischen erste?) Landeswährung neben dem Peso, die jetzt noch durch den in Touristenzentren offiziell eingeführten Euro ergänzt wird, Erleichterungen bringt und zugleich Gefahren für die politische Stabilität der Inselrepublik birgt. Wir früheren DDR-Bürger kennen das Problem aus eigener Erfahrung und ordnen

deshalb den Carter-Besuch mit Licht und Schatten richtig ein. Auch als außenpolitischen Erfolg Kubas.

Der Politiker aus dem USA-Südstaat Georgia kam ohne Drohgebärde. Die überläßt er dem amtierenden Präsidenten, dessen internationaler Kurs trotz bisweilen salbungsvoller Rhetorik seiner Redenmacher unverkennbar faschistoide Züge trägt. Kürzlich hat George Dabbelju wieder einmal auf den Busch geklopft. Kuba entwickle im Ansatz biologische Waffen, ließ er zwei erzkonservative Spitzenbeamte des Washingtoner Außenministeriums – Staatssekretär John Bolton und Lateinamerika-Abteilungsleiter Otto Reich, einen Exilkubaner – verkünden: „Der Präsident hat eine Überprüfung der politischen Mittel angeordnet, die uns zur Verfügung stehen, um Kubas Übergang zur Demokratie beschleunigen zu helfen.“ Hier ist wohl eher die Konterrevolution in den Kommißstiefeln der Marines gemeint. Mit dieser Ankündigung, die Rückkehr der Fabrik- und Großgrundbesitzer nach Kuba forcieren zu wollen – denn nur darum geht es, wenn Imperialisten das Wort Demokratie im Munde führen – ist das sozialistische Land in der westlichen Hemisphäre auf die Liste potentieller Angriffsziele Bushs gesetzt worden. Wo der wahre Schurkenstaat zu suchen ist, wird damit noch transparenter.

R. F.

¡Presente!

■ **Vera Nikolajewna Figner**, vor 150 Jahren (am 7. 7. 1852) im Gouvernement Kasan geboren, starb hochbetagt am 15. 6. 1942 in Moskau. Die russische Berufsrevolutionärin und Schriftstellerin studierte 1872-75 Medizin in Zürich. Hier beschäftigte sie sich mit revolutionären Gesellschaftstheorien und schloß sich dem revolutionären Flügel der Volkstümlerbewegung an. Nach Rußland zurückgekehrt, stellte Vera Figner ihr Wirken in den Dienst des revolutionären Kampfes gegen den Zarismus. Sie war führendes Mitglied der Geheimorganisation „Narodnaja Wolja“, die auf dem Wege des individuellen Terrors die Selbstherrschaft beseitigen wollte (Attentate auf den Zaren). Die Narodowolzen hatten den Schwur geleistet, für die revolutionäre Sache alle Geistes- und Seelenkräfte, wenn nötig auch das Leben, hinzugeben. Die sieben Attentate auf Alexander II., von denen erst das letzte zum Ziel führte, rüttelten an den Grundfesten der Selbstherrschaft. Doch im Volk, dem sie helfen wollten, fanden die Aktionen der Narodowolzen kaum Widerhall. Außerdem erwies sich der Terror gegen Vertreter des Zarenregimes als ein untaugliches Mittel zur Lösung sozialer Probleme. Die Selbstlosigkeit der „tüchtigen Leute“ aber, wie Karl Marx die Volkstümlerrevolutionäre nannte, wurde zum Vorbild für spätere revolutionäre Kämpfer.

1883 wurde Vera Figner verhaftet und zum Tode verurteilt. Später wurde sie zu lebenslänglicher Kerkerhaft begnadigt; nach zwanzigjähriger (!) Festungshaft in Schlüsselburg wurde sie verbannt. Nach der Revolution von 1905/07 emigrierte sie und kehrte 1915 nach Rußland zurück. Nach der Oktoberrevolution war Figner aktiv gesellschaftlich und schriftstellerisch tätig. Mit ihren Lebenserinnerungen „Nacht über Rußland“ (deutsche Erstausgabe 1927 im Malik-Verlag), in denen sie eindrucksvoll das Wirken russischer Revolutionäre, ihre Festungshaft in Schlüsselburg und ihr Leben in den ersten Jahren der Freiheit schildert, schuf sie ein hervorragendes Werk der Memoirenliteratur und zugleich eines der berühmtesten Bücher der russischen Revolutionsgeschichte.

Das ND schrieb in seiner Rezension zum Nachdruck des Buches (Verlag Volk und Welt, 1985): „Im Mittelpunkt des Buches aber steht die faszinierende Gestalt der Verfasserin. Das steinerne Grab konnte den Kampfgeist der tapferen Frau nicht brechen.“ Mit ihren Lebenserinnerungen, zahlreichen Beiträgen zur Bildungs- und Erziehungsarbeit auf dem Lande und der Tätigkeit als Vorsitzende des Kropotkin-Komitees fand Vera Figner einen anerkannten Platz im Kulturleben der Sowjetunion.

■ Am 10. Juli hätte er seinen 100. Geburtstag feiern können: der in Velbert geborene und am 26. 3. 1969 in Westberlin gestorbene antifaschistische Schriftsteller **Günther Weisenborn**. Seiner ermordeten und seiner überlebenden Freunde hat Weisenborn, der als Mitglied der Widerstandsgruppe Schulze-Boysen/Harnack von den Nazis ins Zuchthaus geworfen worden war, auf zweierlei Weise gedacht. In ihrer Welt sind das Drama „Die Illegalen“ und der Band „Memorial“ angesiedelt. Über sie berichtete er in „Der lautlose Aufstand“, der ersten und unter vielen Aspekten bis heute unübertroffenen Darstellung aller Seiten des antifaschistischen Widerstandskampfes. Blickt man auf Weisenborns literarisches Werk, so spannt sich ein weiter Bogen in Form und Inhalt von der Mitarbeit an Brechts „Mutter“ über Bühnenwerke, Hörspiele und Romane bis zu der China-Reportage „Am Yangtse steht ein Riese auf“ und den „Aufzeichnungen eines Außenseiters“, veröffentlicht unter dem Titel „Der gespaltene Horizont“.

Der Röderberg-Verlag (Frankfurt am Main) schrieb 1974 in seinem Vorwort zur Neuauflage des Buchs „Der lautlose Aufstand“: „Jahrelang war dieser Bericht vergriffen. Es entspricht einer politischen Notwendigkeit und einem oft geäußerten Wunsch, wenn dieses Standardwerk über den deutschen Widerstandskampf gegen das Hitler-Regime erneut der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Gestützt auf historisches Material, das Gestapo-Statistiken und Geheimberichten, Akten des ‚Volksgerichtshofes‘ in Berlin und Originalberichten zahlreicher Widerstandsgruppen entnommen wurde, ist durch dokumentarisch belegte Fakten die Breite und Größe der deutschen Widerstandsbewegung gegen das faschistische Unrechtssystem nachgewiesen worden. Es ist das historische Verdienst des ‚Lautlosen Aufstandes‘, zum ersten Mal unwiderlegbar bewiesen zu haben, daß längst nicht alle Deutschen für Hitler und das nationalsozialistische ‚Dritte Reich‘ waren oder es schweigend hingenommen haben. Nach der ersten Veröffentlichung dieses Berichtes hätte es fortan unmöglich sein müssen, eines der großartigsten Kapitel in der Geschichte der deutschen Demokratie zu verbiegen, zu verkleinern oder gar ganz auszuklammern: eben die antifaschistische Widerstandsbewegung, den weithin gemeinsamen Kampf unterschiedlicher Gruppen von Anfang an.“

Die erste Auflage dieses Buches erschien im März 1953 bei Rowohlt. In einer Zeit, in der durch eine ‚Hitler-Welle‘ von den politisch-ökonomischen Wurzeln des Faschismus abgelenkt wird, seine Verbrechen verharmlost werden und sich um den einstigen ‚Führer‘ alt-neue Mythen ranken, ist jede Darstellung über den antifaschistischen deutschen Widerstand notwendiger denn je.“

Sehr zu bedauern ist, daß heute nur noch einzelne Exemplare dieses Buches antiquarisch aufzustöbern sind – eine Neuauflage wäre angesichts aktueller Ereignisse dringend, ist aber leider nicht in Sicht.

■ Vor einem Vierteljahrhundert (am 15. 7. 1977) starb in Moskau der russisch-sowjetische Schriftsteller **Konstantin Alexandrowitsch Fedin**. Neben seinen bekannteren Werken („Städte und Jahre“, „Die Brüder“, „Frühe Freuden / Ein ungewöhnlicher Sommer / Die Flamme“) sind es vor allem drei Bücher, auf die ich besonders hinweisen möchte: „Dichter, Kunst, Zeit – Aufsätze, Erinnerungen“, Aufbau-Verlag, 1959; „Fedin und Deutschland – Aus dem Werk. Alte und neue Begegnungen. Stimmen der Freunde“, Aufbau-Verlag, 1962; „Gorki unter uns – Bilder aus dem literarischen Leben“, Aufbau-Verlag, 1982.



Zeichnung: Herbert Sandberg

Anna Seghers schrieb über Fedin: „Er bringt mit seinem jungen und hellen Gesicht, wo er geht und steht, auf der Kongreß-Tribüne in Moskau oder auf einem Waldweg im Harz, weite Ausschnitte seines durchlebten russischen Lebens mit, seines russisch durchlebten Lebens, seiner Sowjetheimat, seiner Geschichte, seiner Gesellschaft, seiner Landschaften. Und zugleich begreift doch keiner so gut wie er, was in den deutschen Menschen um ihn herum, in jungen und alten, vorgehen mag; er begreift ihre Handlungen und ihre Worte, ihr Tun und Lassen. Das begreift er nicht nur, weil er selbst in Deutschland oft gelebt und gearbeitet hat, er begreift es vor allem auch, weil er alle Art Menschen sehr genau und geduldig betrachten und anhören kann, mit einer aufmerksamen, gütigen, festen Gerechtigkeit.“ W. M.

Leserbriefe an **RotFuchs**



Am 4. Mai 2002 fand in Dresden eine vom Marxistischen Forum Sachsen, Gruppe Dresden, organisierte Konferenz zum Thema „Systemveränderung und Demokratie“ statt. Sie wurde auch von den regionalen Gruppen der KPF der PDS, der DKP, der KPD und des Revolutionären Freundschaftsbundes mitgetragen. Die Konferenz diente der Verständigung über Grundfragen gemeinsamer Politik. Sie konstatierte das „Kommunistische Aktionsbündnis Dresden“ (KAD). Es strebt ein Zusammenwirken marxistisch orientierter Gruppen und Parteigliederungen im Gebiet um die Stadt Dresden an. Geleitet wird das KAD von einem Koordinierungsrat. Die Ziele des KAD sind vor allem: Erschließung der Erkenntnisse von Marx, Engels und Lenin und der internationalen Arbeiterbewegung für den Kampf gegen den Imperialismus in der Gegenwart; Unterstützung der marxistischen Bildung in den Gruppen mit dem Ziel der Verbreitung der wissenschaftlichen Weltanschauung; Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Neofaschismus; wechselseitige Information über Aktivitäten der dem Bündnis angehörenden Gruppen; Vereinbarung und Organisation gemeinsamer Aktionen im Rahmen der Ziele des KAD; Herstellung von Verbindungen zu linken und antifaschistischen Gruppen, Unterstützung außerparlamentarischer Aktionen, insbesondere der Friedensbewegung.

Im KAD kann jede Organisation oder Gruppierung mitarbeiten, die seine Ziele und seine Arbeitsweise unterstützt.

**Übermittelt von
Ferdinand Goldscheidt, Dresden**

Hier ein paar Anmerkungen zur Ausgabe Nr. 52. Neben dem sehr bewegenden Nachruf auf Klaus Croissant von Werner Hoppe fand ich vor allem den internationalen Teil sehr gelungen. Obwohl „nur“ als Übersetzung, war vor allem der Artikel „Der Ausverkauf – Wie Putin Russlands außenpolitische Interessen preisgibt“ in seiner Prägnanz höchst informativ. Die Beiträge zum „Nahost-Konflikt“ beleuchten ebenso wie die zur PRC-Entwicklung in Italien, zu China und zur FKP (PCF) Aspekte, die sonst kaum irgendwo anders zu finden sind. Gratulation!

Der Beitrag von Hans-Dieter Hesse zum Strauß-Auftritt 1980 in Dorsten erinnerte mich an unsere Aktionen, u. a. in Essen. Zu der Kundgebung mit Strauß auf dem innerstädtischen Burgplatz (direkt neben der Essener Münster-Kirche) hatten wir damals natürlich auch mobilisiert. Am Vorabend waren wir mit einem halben Dutzend Plakattrupps unterwegs. Da meine Heimatstadt bereits einem polizeilichen Heerlager glich, wurden wir (wie vorher bereits erwartet) alle festgenommen und trafen uns spät abends auf der Wache wieder; wir hatten aber viel Spaß dabei, weil wir zuvor mit kreativen Aktionen die Staatsmacht gefoppt hatten. Am Veranstaltungsort selbst gab es die wirklich bizarre Situation, daß sich die üblichen Scharfschützen ausgerechnet auf den Dächern der großen „Baedeker“-Buchhandlung und des bundesweit bekannten Kinos „Lichtburg“ postiert hatten. Dies bei einem Auftritt von F. J. Strauß, der ja bekanntermaßen ein ausgesprochener Feind von Kunst und Kultur war! Die Greiftrupps der Sondereinsatzkommandos waren pikanterweise

auf dem Hof des benachbarten katholischen Bischöflichen Generalvikariats stationiert ... Nun, sein Auftritt war schließlich, zumindest medial, zum Scheitern verurteilt. Dennoch haben wir von den polizeilichen Stoßtrupps heftig eins aufs Maul bekommen, aber unser Trillerpfeifenkonzert war doch so laut, daß abends im TV von Straußens Hetzrede tatsächlich kein einziges Wort zu verstehen war. Sein Ziehsohn Stoiber hat es heute nicht nötig, Straßenwahlkampf zu machen. Aber es ist dennoch schade und bedenklich, daß die Halenauftritte von diesem Revanchisten und Vertreter der reaktionärsten Kreise des Kapitals nicht in ähnlich angemessener Form gestört werden. (...)

Heinz-W. Hammer, Essen

(...) Bei uns ist jetzt das Komitee „Aktion: Thessaloniki 2003“ gebildet worden. Was hat das auf sich? Vom 1. Januar bis zum 30. Juni 2003 hat Griechenland in der EU den Vorsitz inne. Und wie üblich findet zum Abschluß der Vorstellungsperiode ein Gipfeltreffen der EU-Länder statt. Bei solchen Anlässen kommt es bekanntlich stets zu Massendemonstrationen und Protesten jener Kräfte, die sich der imperialistischen Politik und Wirtschaftsstrategie widersetzen. Inzwischen sind in Hellas überall örtliche Abteilungen des Aktionskomitees entstanden. Dieses Komitee steht allen zum Beitritt offen, die sich seiner Gründungsdeklaration anschließen. Durch Eure Zeitschrift nutze ich die Gelegenheit, Menschen guten Willens in Deutschland einzuladen, mit dem Komitee „Aktion: Thessaloniki 2003“ in Kontakt zu treten.

Der Juni 2003 liegt nicht mehr in allzu weiter Ferne. Wir alle – Balkanbewohner, weitere Europäer, Menschen aus aller Welt – sollten die Premierminister der EU ganz „heiß und herzlich“ in unserer Stadt empfangen. Die Tradition der Globalisierungsgegner – sie reicht von Seattle über New York, Genua und Göteborg bis Madrid – wird auch in Thessaloniki ihre Fortsetzung finden. (...)

Sokrates Papadopoulos, Thessaloniki

Die letzte UZ-Beilage vor Augen, bin auch ich der Auffassung: Der „Entwurf“ ist als Grundlage und Bezug der Programmarbeit ganz und gar unbrauchbar. Ohne Wenn und Aber.

**Dr. Wolf-Dieter Gudopp v. Behm,
Frankfurt/M.**

Seitdem ich vor zwei Jahren in die annektierte DDR zog, kann ich mich bei jedem Spaziergang durch Berlin-Buch, wo ich wohne, von dem in 40 Jahren DDR Geleisteten überzeugen. Die „faulen Ossen“ haben trotz BRD-Aggression (Boykott, Sabotage etc.) für alle bezahlbare Wohnungen, Gesundheitseinrichtungen und Grünanlagen geschaffen und trotz schwierigster Bedingungen unterhalten. Und das, obwohl die Arbeiter in der DDR die Reparationszahlungen der BRD gleich mitfinanzierten. So erwirtschaftete jeder DDR-Bürger – nach Berechnungen des Bremer Historikers Prof. Dr. Arno Peters – 4012,- DM zusätzlich zu den von der DDR zu leistenden Reparationen. DDR und BRD haben bis zum 31. 12. 1953 zusammen 101 299 948 889,- DM gezahlt. Davon brachte die DDR 99 138 888 889,00 DM auf, während von der BRD nur Reparationen in Höhe 2 161 060 000,- DM gezahlt wurden. Das waren ganze 2,18 %!

Entsprechend der Einwohnerzahl der BRD von 1953 – sie betrug 49 763 400 – hätte diese jedoch 74 389 435 856,00 DM aufbringen müssen.

Dem von der DDR für die BRD verauslagten Betrag von 72 228 375 856,- DM (1953) entspricht nach den Berechnungen der Deutschen Bun-

desbank ein Betrag von 211 477 965 586,- DM, geht man vom Lebenshaltungskostenindex des Jahres 1989 aus. Der Baukostenindex belief sich damals sogar auf 482 343 579 042,- DM. Für die Verzinsung der BRD-Reparations-schuld seit dem Fälligkeitstag (31. 12. 53) ist jener Zinssatz rechnerisch zugrunde gelegt worden, den die DDR für den berühmten 5-Milliarden-Kredit zahlte, der ihr vom Bundesfinanzministerium über deutsche Großbanken zur Verfügung gestellt wurde (6,67 %).

Als also das kapitalistische System über die DDR hereinbrach, beliefen sich die Schulden der BRD gegenüber der DDR auf sage und schreibe 727 165 791 041,- DM oder – auf den einzelnen DDR-Bürger berechnet – auf 42 774,- DM!

Nun, 100,- DM Anzahlung (auch Begrüßungsgeld genannt) hat der eine oder andere ja bereits erhalten. Aber wo bleibt der Rest? Also, her mit dem Zaster!

Doch statt sich bei den „Ossen“ für den Vorschub zu bedanken, werden diese weiter ausgequetscht und als Bürger dritter Klasse, als Besiegte, behandelt. Wer ist hier undankbar? (...)

Michael Christ, Berlin

In der RF-Debatte zum Problem der Niederlage des Realsozialismus konnte ich bislang noch keinen Marxisten, keinen Leninisten ausmachen, der tatsächlich einer „Selbstaufgabe der DDR aus inneren Gründen“ das Wort redet. Aber: Weshalb sollten gerade wir uns vor einer Kritik des Sozialismus im Marxschen Sinne (also einer Selbstkritik, nicht einer Unterwerfung) fürchten, wenn wir grundsätzlich davon ausgehen, daß nur diese Gesellschaft über die erforderlichen Voraussetzungen verfügt, ihre Probleme im Rahmen der eigenen Verhältnisse ohne Anarchie und Krisen zu lösen. Also werden wir feststellen, daß die inneren von den äußeren Gründen nicht zu trennen sind. Jedoch mit Prosper Lissacary, dem großen Biographen der Pariser Kommune, werden auch wir sagen: Wir haben alle Zeugnisse gewissenhaft gesichtet, wir haben gehäufte Beweise verlangt, ehe wir zur Feder griffen, wir sehen den Sieger auf die kleinste Unrichtigkeit lauern, um alle Tatsachen wegzuleugnen, und kennen für die Besiegten kein besseres Plädoyer als „die schlichte und aufrichtige Erzählung ihrer Geschichte. Zudem sind wir den Besiegten und ihren Nachkommen, den Arbeitern der ganzen Erde die Wahrheit schuldig. Der Besiegte will die Ursachen seiner Niederlage, der Sohn die künftigen Klippen, die sozialistische Partei die Feldzüge ihres Banners in allen Ländern kennen ... Wenn der Streiter von Morgen die gestrige Schlacht nicht von Grund aus kennt, so wartet dasselbe Blutbad auf ihn. Unter solchen Umständen ist Schmeicheln gleichbedeutend mit Verraten. Wer dem Volke falsche Revolutionslegenden erzählt und es – ob vorsätzlich oder aus Unwissenheit – durch Geschichtsdithyramben täuscht, ist ebenso strafbar wie der Geograph, der falsche Karten für den Seefahrer entwirft.“ (Geschichte der Kommune von 1871, Vorwort zur Brüsseler Ausgabe vom November 1876, Berlin 1953, S. 11) (...)

Herbert Münchow, Leipzig

Ich habe bisher die 11 Forderungen der Parteigruppe Berlin Nordost und des „RotFuchs“ nur durchgelesen und noch nicht tiefgreifend analysiert. Zusätzlich habe ich mir die ersten Zuschriften angesehen. Dabei muß ich feststellen, dass eines ganz klar in Erscheinung tritt: Die Bürger in den „neuen Bundesländern“ sind über alle Dinge, die die alte Bundesrepublik betreffen, weitaus besser informiert als die

Menschen dort über Fragen, die bei uns die Existenz betreffen. Wenn dies sogar bei Genossen zutage tritt, die sich ja eigentlich mit politischen Themen befassen, wie ist dann erst der Stand bei Otto-Normal-Verbraucher zu erwarten? Was hat die DKP, was haben wir bisher unternommen, um unsere Genossen über das Experimentierfeld des Kapitals zu unterrichten? (...)

Wir müssen uns also mit dem beschäftigen, was aktuell abläuft. Dabei ist es unsere verdammte Pflicht, unsere Genossen westwärts der Elbe darauf hinzuweisen, daß dies nur der Anfang ist. Wenn erst das Experiment mit den „Ossis“ abgeschlossen ist, werden die „Erfahrungen“ auch in den westlichen Betrieben durchgedrückt. Zum Teil bekommen die Kollegen in München, Essen, Köln oder Hamburg heute schon zu spüren, daß sie unter zusätzlichen Druck gesetzt werden.

Vergleicht man die Tarifabschlüsse in der Industrie, bei der zumindest die „gleichen“ Prozente für Ost und West ausgehandelt werden, kann man die Wände hochgehen. Der DGB und die anderen Gewerkschaften unterstützen dabei die weitere Verschlechterung der Situation der Menschen im Osten. 5% von 3000 € sind nun einmal weitaus mehr als 5% von 2000 €. Daraus folgt, der Kollege im Westen bekommt nach diesem Tarifabschluß 150 € hinzu, sein Kollege im Osten jedoch nur 100 €. Die Differenz steigt also um weitere 50 € – was ist daran gerecht?

Dipl.-Ing. Günther Wassenaar, Reinsdorf

Von unserem Balkon im Waldgürtel können wir regelmäßig ein Amselmännchen mit einer weißen Feder beobachten; Albinismus in der Vogelwelt. Eine Auffälligkeit zu Lasten des Kampfes ums Dasein. Günstig für die Freßfeinde Elster, Falke und andere Vogelräuber. Ergebenheit in der Natur ist keine optimale Lösung im Kampf ums Dasein. Natürlich gibt es im innerartlichen Zusammenleben die Rangfolge, das Unterordnen, aber abnormales, auffälliges Erscheinen im natürlichen Lebensbereich ist für Erzfeinde ein Vorteil. Dieses Leuchten der strahlend weißen Feder kann eine Verkürzung der Lebensdauer bedeuten. Der Stärkere frißt immer den Schwächeren bzw. den Auffälligen – das ist ein Naturgesetz.

Vielleicht gibt es einen noch auffälligeren Artgenossen, der vorerst unterliegt, aber der Schutz durch Stärke, Unauffälligkeit, Schnelligkeit, Lautlosigkeit und Täuschen ist wichtig im Überlebenskampf. Man muß wissen, daß es in der Natur keine Moral gibt. Das Fressen und Gefressenwerden ist ein Naturgesetz. Es ist nur eine Frage der Zeit, daß die Amsel mit der weißen Feder im Überlebenskampf unterliegt. Tiere können nicht wie Menschen eine weiße Fahne hissen als ein Zeichen: „Nehmt uns gefangen, aber verschont unser Leben!“ Müßten wir Menschen uns damit abfinden, daß es auch für uns noch einen Stärkeren gibt? Auf jeden Fall probieren wir täglich aus, wer unter uns der Stärkste, Größte, Schönste, Schnellste ist. Wir haben wohl unser Menschsein noch nicht voll ausgebildet.

Probieren wir es doch einmal mit Humanität. Denn das, was gegenwärtig in unserer Gesellschaftsordnung passiert, ist ökonomischer Totalitarismus des globalisierten Kapitals mit universellen Konkurrenzverhältnissen. (s. R. Kurz v. 3. 5. 2002 im ND)

Aber es muß ein streitbarer Humanismus sein, der den Weg bereitet für eine ökologische, solidarische, basisdemokratische und gewaltfreie Gesellschaft; ohne menschliche Kälte. Offensichtlich muß mit Gewalt die Gewalt aus unserem Leben verbannt werden.

Mein erster Eindruck vom „RotFuchs“: Hohes politisches Niveau, viel Inhalt auf wenigen Seiten; es kommen viele zu Wort. Besonders die China-Information kann ich durch eine Reise bestätigen.

Jürgen Stage, Strausberg

Als Moses mit seinen Gesetzestafeln vom Sinai herabstieg, da fand er sein Volk ums goldene Kalb tanzend vor. Und Herr Moses, der für die Verhältnisse seiner Zeit vom Wesen des Kapitals so viel verstand wie Karl Marx, warnte sein Volk: Es kostet das Seelenheil, wenn der Gott Mammon heißt. Ins Moderne übersetzt bedeutet das, man verliert all die ethischen Werte, die ein ordentliches Menschsein auszeichnen. Die Menschlichkeit eben. Darum wurde Besserung gelobt. Nichtsdestotrotz mußte schließlich Gott seinen Sohn schicken, der u. a. die Geldwechsler zum Tempel hinausjagte, alle Sünden auf sich nahm und am Kreuze stellvertretend büßte. Ob diese Aktion von Erfolg gekrönt war, darf bezweifelt werden.

Unsere heutigen Herren fühlen sich als Erben des christlichen Gedankens berufen. Deshalb verteuflern sie ja auch den Kommunismus. Aber nicht nur, daß sie dem Volk Wasser predigen, trinken sie ihren Wein völlig schamlos öffentlich. Nur wenn er hektoliterweise aus ihren unaufklärbaren Spendensümpfen gesoffen wird, dann ist Heimlichkeit angesagt. Und eben jene Herren beklagen nun den „Werte“-Verfall in der von ihnen geschaffenen und favorisierten Gesellschaft. Mangel an Ethik. Mangel an Moral. Mangel an menschlichem Miteinander.

Das alles aber sind Dinge, die sich in Geld nicht ausdrücken lassen. Und da Geld in ihrer Gesellschaft als das einzige Regulativ gilt, stellen sie zwangsläufig ihr Unvermögen unter Beweis, den Werteverfall aufzuhalten. Nun hat die Stadt Aachen, statt Menschen zu ehren, diesmal dem reinen Geld ihren Karlspreis verliehen: dem Euro! Er ist als verehrungs- und lobpreisungswürdig auf den Sockel gehoben worden. Betet ihn an. Geld ist der Herr, dein Gott, und die Deutsche Bank ist sein Prophet. Moses dürfte sich im Grabe umdrehen.

Joachim Loeb, Berlin

Im ND vom 26. März 2002 konnte man den Beitrag von Diether Dehm „Demokratischer Sozialismus und die ‚Wende von Salerno‘“ lesen, für dessen historischen Teil Dr. sc. Gerhard Feldbauer dem Autor als Konsultant zur Verfügung gestanden hatte. Selbstverständlich habe ich nichts gegen wissenschaftlich aufbereitete Fakten. Doch beim Lesen wurde ich von argem Zweifel (...) geplagt. Obwohl ich Dehm als kreativen Geist schätze, kam mir ein Ausspruch des Kirchenschriftstellers Tertullian (gest. um 222) zur Abgrenzung vom Verstandeswissen in den Sinn: „Credo quia absurdum est.“ (Ich glaube daran, weil es unsinnig ist.) In aller Kürze: (...) Die „Wende von Salerno“ war ein historisch einmaliger Sonderfall der Geschichte. Aus ihr ableiten zu wollen, „stets Regieren und Opponieren dialektisch zu verbinden“, halte ich für absurd. Damit wird nicht nur die komplizierte Geschichte der herkömmlichen kommunistischen Weltbewegung dieser „Konzeption“ einfach „dienstbar“ gemacht. Diese Positionierung widerspricht in meinen Augen auch der wissenschaftlich-sozialistischen Erkenntnis, wonach der Hauptweg der Entwicklung von Widerstand und Gegenmacht der außerparlamentarische Kampf ist, weil dies auch gestattet, alle parlamentarischen Möglichkeiten auszuschöpfen und diese voranzubringen. „Das kann unter bestimmten Umständen, gestützt auf starke Positionen außerhalb des Parlaments und günstige parlamentarische Konstellationen, unterstützt von

einer breiten Massenbewegung auf der Grundlage klarer, kontrollierbarer Bedingungen auch zur Regierungsbeteiligung auf Landesebene führen, wenn dies im Interesse der Werktätigen als Position im Klassenkampf genutzt werden kann und reale Möglichkeiten für die Verwirklichung progressiver Forderungen eröffnet.“ (H. Kallabis, H.-J. Krusch, I. Wagner: Ein Beitrag zur linken Programmdebatte in der BRD; 21. 2. 2001) Dehm dagegen meint, daß es mit seiner „Dialektik von Regieren und Opponieren“ möglich sei, „in den Massen Unentschlossenheit und Apathie zu überwinden, Einsicht in die Notwendigkeit des Klassenkampfes und nachhaltig widerstandsfähige Bewegungsformen zu befördern ...“

In der vorstandsgeprägten Politik und Praxis der PDS kann man selbst mit der Lupe solches nicht finden. Und dies bekräftigt auch meine schon oft publik gemachte Meinung, daß es der Führungsriege dieser Partei – insbesondere mit ihrer jetzigen Programmdebatte – gelungen ist, der PDS den Stempel eines „kapitalistischen Sozialismus“ aufzudrücken. Sie „wollen die Lebensbedingungen der modernen Gesellschaft ohne die notwendig daraus hervorgehenden Kämpfe und Gefahren. Sie wollen die bestehende Gesellschaft mit Abzug der sie revolutionierenden und sie auflösenden Elemente“. So Marx und Engels im kommunistischen Manifest u. a. zum „Sozialismus der Bourgeoisie“. (MEW 4/488 f.) (...)

Prof. Dr. Ingo Wagner, Leipzig

Die Bildungskommission des PV der DKP hat einen neuen Bildungsbaustein „Marxistische Parteitheorie und kommunistische Praxis“ veröffentlicht. Darin können wir lesen: „Die DKP hat sich in den Jahren 1989/90 intensiv mit der Geschichte der kommunistischen Bewegung auseinandergesetzt, Fehler und Irrtümer benannt. Es gibt jedoch keinen Grund, sich von den humanistischen Grundlagen kommunistischer Politik und ihren theoretischen Wurzeln zu distanzieren oder sich für die Geschichte zu entschuldigen“.

Wie bitte? Das war alles, „Fehler und Irrtümer“? „Humanistische Grundlagen“ hat bekanntlich auch bürgerliche Politik, ausgehend von „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ und anderen Idealen bürgerlicher Revolutionen. Ansonsten: Die gute Idee, die nur schlecht umgesetzt worden ist. Also nichts als die bekannte Masche: Antikommunismus, verpackt als Kritik am Antikommunismus. Da fehlt nur noch der „wahre Sozialismus“ der MLPD.

Im übrigen bleibt das Bildungspapier vage, unklar, streckenweise langweilig. In welcher Weise unterscheidet sich z. B. die innerparteiliche Demokratie der DKP von der bürgerlicher Parteien? Seitenweise aus dem Statut abzuschreiben macht noch keinen Bildungsbaustein. Zum ersten Mal ist auch zu erfahren, daß es im Rahmen der Programmdebatte eine Statutendebatte geben soll. Um welche Fragen soll es dabei gehen? Welche Prinzipien der inneren Verfaßtheit der DKP sollen auf den Prüfstand?

Wie so oft bei Texten der zentralen Bildungsverantwortlichen der DKP: Der einzige identifizierbare Gedanke ist die Distanzierung von der DDR. **Petra Lehmann, Aschaffenburg**

Wir haben in Neubrandenburg eine Tradition begründet: Solange deutsche Soldaten im Ausland eingesetzt sind, führen wir jeden Donnerstag einen Protestgang von der Johannis-kirche zum Rathaus durch. Im Wahljahr prüfen wir die Kandidaten unseres Wahlkreises an unserer Friedensforderung. Ich denke, mein kleiner Bericht kann auch andere anregen, in

ähnlicher Weise auf die Aktivität der Wähler einzuwirken.

Am 2. Mai haben wir – die offene Friedensinitiative Neubrandenburg – die widerstrebenden Kandidaten eingeladen, um sie zur Friedenspolitik zu verpflichten. In urdemokratischer Absicht haben wir jedem von ihnen an der Johanniskirche folgenden von etwa 30 Bürgern unterschriebenen Wählerauftrag überreicht: „Die Unterzeichneten erteilen Ihnen den Auftrag, im Falle der Wahl in den Bundestag, unabhängig von weiteren Umständen, gegen jeden Auslandseinsatz deutscher Soldaten zu stimmen und sich in dieser Frage auch keiner Fraktionsdisziplin zu unterwerfen.“

Bei einer Zusammenkunft nahmen die Bewerber zu dem im Wählerauftrag formulierten Ansinnen Stellung. Während sich Andreas Schmidt (parteilos, für PDS) als einziger ohne Vorbehalte offen und verbindlich verpflichtete, den Wählerauftrag zu erfüllen, beriefen sich Frau Susanne Jaffke (CDU) und Herr Götz-Peter Lohmann (SPD) auf ihre bewiesene Friedensliebe und vertraten die Überzeugung, daß man das Unrecht in der Welt auch mit der Bundeswehr bekämpfen könne. Herr Lohmann, der darauf aufmerksam machte, daß er gegen Einsätze deutscher Truppen gestimmt habe, erklärte, die positiven Ergebnisse des Bundeswehreininsatzes in Mazedonien hätten ihn in Zweifel gebracht, ob es nicht doch richtig gewesen sei, deutsches Militär dorthin zu schicken. Von den Friedensfreunden wurde gefragt, wo im Grundgesetz Auslandseinsätze der Bundeswehr erlaubt seien. Das stehe so direkt nicht drin, lautete die Antwort. (...)

Können wir einen der Kandidaten empfehlen...? Nur Andreas Schmidt hat unseren Wählerauftrag ohne Wenn und Aber angenommen. (...)

Günter Schmidt, Neubrandenburg

Ich wurde 1929 geboren und habe somit – wenn auch zunächst als Kind – die Zeit des Hitlerfaschismus erlebt und aus ihr die Schlußfolgerung gezogen, die sich auch in unserer DDR-Maxime ausdrückte: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Doch nach der Niederlage des Sozialismus in Europa bin ich nun ungewollt und ungefragt mitten in die deutsche aktive Kriegsbeteiligung hineingezogen worden. Wir alle – selbst jene im Osten, die der Einverleibung der DDR in die BRD damals huldigten – wurden in die unsägliche Politik der Stärke und der unbedingten Gefolgschaft gegenüber den USA verstrickt. (...) Heute gilt nach amerikanischer Präsidensprache nur noch die Devise: Wer nicht für uns ist, ist unser Feind. Den aber kann man nur als Terroristen einstufen.

Wehe, wenn nicht endlich die Volksmassen dieser Politik weltweit in den Arm fallen und noch Schlimmeres verhüten! (...) Haben nun etwa Amerikaner schon „ihren“ Hitler des 21. Jahrhunderts, und gibt es im Nahen Osten nicht in der Person Scharons mit amerikanischer Duldung bereits einen israelischen Politiker, der sich in die Tradition der Ausrottung von Völkern und Menschen einreicht? (...)

Karl Heinz Buschmann, Mutzsch

Bis Konstanz am Bodensee erfreuen junge sowjetische Menschen auf unseren Straßen die Vorüberziehenden mit exzellenter Musik. Auf der Düsseldorfer „Königsallee“ denkt kaum einer in der Flut der Passanten daran, auch nur eine Münze in den Beutel zu werfen.

Der 22. Juni 1941, ein herrlicher Sommer-Sonntag, ein Sonntag, spielt offensichtlich keine Rolle mehr im Gedächtnis der Leute. Dabei war er der Beginn des deklarierten Vernich-

tungsfeldzuges der „Arier“ gegen das „jüdisch-bolschewistische Untermenschentum“. Früh um 4.30 Uhr sank Minsk mit anderen Städten der Sowjetunion im Hagel der Nazi-Bomben in Schutt und Asche. Als Goebbels nach 9.00 Uhr das deutsche Volk mit der Lüge traktierte, die Wehrmacht wäre gerade in einen Angriff der „Sowjets“ hineingestoßen, war dies das Finale von Nazi-Ausgeburten, die Tod und Verderben über Millionen ausspielen. Der direkte Wahnsinn kam zum Ausbruch.

Mit diesem Überfall wurde der bestehende Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion, der am 23. August 1939 in Moskau abgeschlossen worden war, von deutscher Seite gebrochen. Hitler verfolgte damit zwei Ziele: Erstens den sozialistischen Staat und seine „slawischen“ Bewohner zu vernichten und zweitens die ökonomische Ausgangsbasis im Kampf gegen den Westen zu verschaffen, um letztlich die Weltherrschaft anzutreten. (...)

Wolfgang Wallenwein, Düsseldorf

Der Auffassung, den Franzosen bei der Staatspräsidentenwahl wegen ihrer Entscheidung für Chirac statt für Le Pen hohe politische Reife zuzubilligen, kann ich nur zustimmen, wenn man den Kampf auf die Wahlen reduziert. Wahrscheinlich gab es keine andere politische Alternative, als den Reaktionsär Chirac zu wählen, weil die einst stolze FKP – die Partei der unvergessenen Genossen Duclos und Thorez – durch die Revisionisten vom Schlage Robert Hues faktisch zerstört worden ist. Dieses Gift hat nach dem XX. Parteitag der KPdSU unsere Bewegung – auch in den sozialistischen Ländern – infiziert und ihr schließlich einen schweren Schlag versetzt.

Karlheinz Fernholz, Koblenz

Die Themen, die in den Heften 51 und 52 behandelt wurden, bringen einen klaren und klassenmäßigen Standpunkt zum Ausdruck. So zeigen z. B. die Beiträge über die demokratische Bodenreform, daß unsere Agrarpolitik im Interesse der werktätigen Bauern durchgeführt wurde. Leider ist vieles wieder rückgängig gemacht worden. Der Staat verkauft Ländereien und Wälder an private Eigentümer. Selbst der Palast der Republik soll als ein weiteres Stück DDR verschwinden. Erfreulich ist die Bildung des neuen „RotFuchs“-Kessels in Sachsen. Herzlichen Glückwunsch an Prof. Dr. Ingo Wagner und die anderen Genossen! *)

Am 22. September sind die Wähler aufgerufen, über einen neuen Bundestag zu entscheiden. Leider zeigen sich viele Bürger politisch uninteressiert, so daß die Zahl der Nichtwähler größer sein dürfte als 1998.

Die SPD und die Grünen sind USA-hörige Kriegsparteien. Die FDP schlägt sich je nach Wahlergebnis auf die eine oder andere Seite. CDU/CSU vertreten immer mehr den rechten Rand, auch wenn sie als Partei der Monopole, Banken und Versicherungen nicht wenig Arbeiter und Kleinbürger unter ihren Wählern haben. Leider ist die PDS keine revolutionäre Partei mehr. Ich betrachte sie dennoch als Antikriegspartei mit linken Zügen.

Günter Bauch, Fraureuth

*) Die Redaktion entschuldigt sich bei Genossen Werner Heyna, der im Mai-„RotFuchs“ aufgrund einer Nachlässigkeit ihrerseits unter einem falschen Namen als Mitglied der Leitung der Regionalgruppe Sachsen des RF-Fördervereins vorgestellt wurde.

Noch einmal möchte ich auf die Unterschiede zwischen bürgerlicher und sozialistischer Demokratie zu sprechen kommen. Viele Menschen stellen nicht in Rechnung, daß z. B. die Arbeitslosigkeit – sie betrifft seit Jahren um 4 Millionen Menschen – eine in höchstem Grade undemokratische Eigenschaft des Kapitalismus ist. In der „diktatorischen“ DDR hat es das nicht gegeben. Die Arbeitslosigkeit ist nur für die herrschende Klasse „demokratisch“. Sie kann die Arbeitsplätze in aller Freiheit und nach Belieben abbauen.

Die linken Medien müßten die Freiheit von Arbeitslosigkeit in der DDR – ebenso wie andere Errungenschaften, darunter auch die Nichtexistenz von Obdachlosigkeit – immer wieder betonen, denn nach Darstellung der Feinde der sozialistischen Demokratie bestand die DDR ja nur aus Mauer, Stasi und Diktatur. Eine Lüge, die ständig widerlegt werden muß.

Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf



